E&W

Erziehung & Wissenschaft 10/2018
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW

Bildung in der digitalen Welt

Foto: Wolfgang Schmidt

HARALD WELZER

Projekt der Gegenaufklärung

Neulich fragte mich ein Schüler: „Wir wissen doch, dass Internetkommunikation Dopamin-Ausschüttungen verursacht, also die Leute süchtig nach Lob und Beachtung im Netz macht. Wie kann man da auf die Idee kommen, auch noch die Zeit in der Schule so einer Suchtstruktur zu unterwerfen?“ Das konnte ich ihm nicht beantworten – aber recht hat er mit der Frage. Es gibt ja nicht mehr viele Zeiten und Räume, die frei vom Digitalen sind. Unlängst war sogar zu lesen, dass die Zahl der ertrunkenen Kinder in diesem Sommer stark angestiegen ist, weil Mami und Papi sich lieber dem Smartphone widmen, als auf ihre Kinder zu achten.

Dem massiven Druck, der gegenwärtig auf das Bildungssystem ausgeübt wird, in jeder Faser digital zu werden, liegt jedenfalls keine gesellschaftliche Debatte zugrunde – und schon gar keine, die pädagogisch oder entwicklungspsychologisch informiert wäre. Strukturell läuft die Sache so wie bei der viel zitierten Industrie 4.0, die unbedingt eingeführt werden muss, damit man, wie Ex-Staatssekretärin Brigitte Zypries (SPD) einst sagte, „ganz vorn“ ist. Oder wie bei dem berühmten autonom fahrenden Auto, das niemand haben will, für das aber schon eifrig Infrastrukturen eingerichtet werden. Und natürlich stehen längst einige Philosophen in den Startlöchern, um darüber zu befinden, ob das autonome Auto im Zweifel lieber ein Kind oder drei Omas überfährt, wenn es ausweichen muss.

Komisch. Über die flächendeckende Einführung einer Technologie kann man doch eigentlich nur dann befinden, wenn man sagt, welche Gesellschaft man künftig will. Erst von dieser Antwort hängt ja ab, wo und wie Digitalisierung sinnvollerweise eingesetzt werden sollte. Über die gesellschaftliche Bedeutung der Digitalisierung wird allerdings nur insoweit debattiert, als Fragen des Datenschutzes oder des Arbeitsmarkts damit verbunden sind. Was es für Demokratie bedeutet, wenn Privatheit zugunsten totaler Transparenz verschwindet oder Menschen zunehmend in ihren Filterblasen kollektiv voneinander abgesondert werden, darüber findet keine Debatte statt. Und auch nicht darüber, was der Schüler so richtig fragte.

Es kann kein Zweifel bestehen, dass digitale Kommunikation das soziale Miteinander und die Selbstverhältnisse so intensiv verändert hat wie keine andere Technologie in ähnlich kurzer Zeit. Indikatoren dafür sind etwa Filterblasen, Fake News, Verschwörungstheorien oder die Politik der Angst. Angesichts dieser dynamischen Auswirkungen auf die Demokratie kann sich das Bildungssystem nicht indifferent verhalten. Schon gar nicht darf es sich dem Lobbyismus der Internetwirtschaft unterwerfen, dessen Argumente zur Digitalisierung der Schulen und damit auch des Unterrichts völlig inkonsistent sind.

Wie kann man denn bitte auf der einen Seite unablässig behaupten, wie „disruptiv“ digitale Technologie sei – und auf der anderen fordern, ausgerechnet Schulen auf diese auszurichten? Vielleicht ist der ganze Zauber ja so disruptiv, dass er schon in sieben, acht Jahren durch etwas noch Tolleres abgelöst wird. Vielleicht geschieht aber auch schon früher jener große Cyberangriff, der eine Gesellschaft, einschließlich Schulen und Hochschulen, von der Stromzufuhr abschneidet und funktionsunfähig werden lässt.

Ich wage daher die These, dass die Digitalisierung der Gesellschaft ein Projekt der Gegenaufklärung ist – so lange, wie nicht debattiert wird, welche Gesellschaft man im 21. Jahrhundert sein will und was es dafür braucht. Denn: Eine aufgeklärte Gesellschaft befindet selbst darüber, mit welchem Bildungsauftrag sie nachfolgende Generationen auf die Zukunft vorbereiten will. Und nicht ein Wirtschaftszweig, der vor allem mit Eigenwerbung extrem erfolgreich ist.

Harald Welzer,
Professor für Transformationsdesign an der Universität Flensburg
und Direktor der Stiftung Futur Zwei in Berlin

Inhalt

Prämie des Monats
Seite 5

Gastkommentar
Projekt der Gegenaufklärung — Seite 2

Impressum — Seite 3

Auf einen Blick — Seite 4

Prämie des Monats — Seite 5

Schwerpunkt: Bildung in der digitalen Welt
1. Viele Stolpersteine im Schulsystem: Die digitale Spaltung — Seite 6
2. Experten unterstützen Bund: Digitaler Rat soll helfen — Seite 10
3. Anfänge des Programmierens: Lernen mit dem Mini-Rechner — Seite 12
4. Bund-Länder-Gezerre um den Digitalpakt: „Wacklige Brücke“ — Seite 14
5. Verdrängt Digitalisierung Inklusion? Kein Ersatz für Reformen — Seite 16
6. Schulclouds: Wolkige Lösungen mit Luft nach oben — Seite 17
7. Grenze zwischen Arbeits- und Privatleben: Vom Recht auf Ausloggen — Seite 20
8. PRO: Es braucht ein durchgängiges Pflichtfach Informatik — Seite 22
9. KONTRA: Fächerübergreifend kritisches Denken fördern! — Seite 23
10. Virtuelle Weiterbildung: Mit dem Avatar im Meeting — Seite 24
11. Digitalisierung als Jobkiller? Kein Ende der Arbeit — Seite 26
12. Neue Lehrmethoden: Althochdeutsch via YouTube — Seite 28
13. Review-Prozess inklusive: Wikipedia-Artikel statt Hausarbeit — Seite 29
14. Neue Kompetenzen: Digitalisierung als sozialer Prozess — Seite 30
15. Einstieg für die Jüngsten: Digitale Bildung ohne PC — Seite 32

Internationales
Aktionswoche: World Teachers‘ Day 2018 — Seite 33

Schule
Interview mit Georg Lind: Konflikte lösen lernen — Seite 34

Dialog: Zeitschrift für Seniorinnen und Senioren — Seite 35

Blitzlichter — Seite 39

Länderserie Fachkräftemangel
Mecklenburg-Vorpommern: Wenn eine ganze Lehrkräftegeneration fehlt — Seite 40

Jugendhilfe
1. Kita-Preis 2018: „Wir denken uns nichts mehr für die Kinder aus“ — Seite 44
2. Ländermonitor: Ost-West-Spaltung bei Kitas bleibt — Seite 46

Gesellschaftspolitik
Bildungspolitische Strategie der AfD: „Wenn wir kommen, wird ausgemistet!“ — Seite 48

Initiative „Bildung. Weiter denken!“
Hessen und Rheinland-Pfalz: Schulbau ohne Know-how — Seite 50

Leserforum — Seite 51

Diesmal — Seite 56

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 69. Jg.

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel
der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.

Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 01.01.2017,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

Bremer Senat unter Druck

Die GEW Bremen hat Finanzstaatsrat Henning Lühr (SPD), Senat der Hansestadt, Hunderte Widersprüche gegen die schlechtere Bezahlung von Lehrkräften an Grund- und Oberschulen gegenüber Lehrerinnen und Lehrern etwa an Gymnasien übergeben. Dem Protest der Kolleginnen und Kollegen liegt ein von der GEW Hamburg und Bremen in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten zugrunde (Anfang 2018 veröffentlicht, E&W berichtete). Demnach ist die finanzielle Benachteiligung gegenüber anderen Lehrkräften verfassungswidrig, weil sie gegen den Gleichheitsgrundsatz im Grundgesetz (Art. 3, GG) verstößt. Da „in beiden Ländern alle Lehrerinnen und Lehrer trotz verschiedener Statusämter über weite Strecken identische Aufgaben und Pflichten haben“, dürfe es auch keine Besoldungsdifferenzen mehr geben, folgert Gutachter Prof. Ralf Brinktrine. „Der Grundsatz, verfassungsgemäß zu bezahlen, kann nicht geteilt werden“, unterstrich GEW-Landesvorstandssprecher Bernd Winkelmann. Die GEW Bremen forderte den Senat auf, nicht nur ein Besoldungskonzept für Grundschullehrkräfte, wie es die Bürgerschaft verlangt, auszuarbeiten, sondern eines, das Lehrkräfte aller Stufen einbezieht.

Foto: GEW Bremen

Das Bremer GEW-Landesvorstandsteam Bernd Winkelmann, Christian Gloede und Ina von Boetticher (v.l.n.r.) überreicht Finanzstaatsrat Henning Lühr (SPD) mehrere Hundert Widersprüche von Lehrkräften gegen die schlechtere Bezahlung an Grund- und Oberschulen gegenüber etwa Gymnasien.

Wir sind mehr

Unter dem Hashtag #wirsindmehr haben die DGB-Gewerkschaften zu den Ereignissen in Chemnitz die Resolution „Gegen rassistische Hetze – für Solidarität“ verabschiedet. Es sei gut und richtig, dass viele Menschen in den vergangenen Monaten und Tagen gegen rechte Hetze und hassgetriebene Aufmärsche Haltung gezeigt hätten. Doch das reiche nicht, heißt es. Der Rechtsstaat müsse dieser Hetze und denen, die sie verbreiten, entschieden entgegentreten. Politik, Sicherheits- und Ordnungskräfte, aber auch die Zivilgesellschaft seien gefordert. „Wir dürfen den Feinden der Demokratie keinen Raum lassen“, stellt der DGB klar.

Mehr Infos auf den Homepages von DGB und GEW: bit.ly/dgb-pm-wirsindmehr sowie www.gew.de/wirsindmehr

A13 in Thüringen!

Erfolg für die GEW Thüringen: Die rot-rot-grüne Landesregierung hat jetzt beschlossen, dass Regelschullehrkräfte ab dem 1. Januar 2020 in die Besoldungsgruppe A13 bzw. in die Entgeltgruppe E13 eingestuft werden. Die Gewerkschaft hatte sich dafür stark gemacht, Lehrerinnen und Lehrer an Regel-, Gemeinschafts- und Gesamtschulen bei der Bezahlung mit Lehrkräften an Gymnasien, berufsbildenden Schulen und Förderschulen gleichzustellen. Auch Bildungsminister Helmut Holter (Die Linke) hatte sich dafür eingesetzt, künftig alle Lehrkräfte nach A13/E13 zu bezahlen. Diese Entscheidung und die nun auch in Thüringen mögliche Verbeamtung der Gymnasiallehrkräfte, die an Regelschulen arbeiten, seien wichtige Maßnahmen, den Fachkräftemangel an Schulen zu bekämpfen, sagte die Vorsitzende der GEW Thüringen, Kathrin Vitzthum.

Kita-Gesetzentwurf nicht ausfinanziert

Kitas sollen bundesweit besser, die Gebühren verpflichtend sozial gestaffelt sowie Geringverdiener davon befreit werden. Das hat das Bundeskabinett mit dem „Gute-Kita-Gesetz“ – das 2019 in Kraft treten soll – kürzlich beschlossen. Die Wirksamkeit des Gesetzes steht und fällt jedoch mit einer soliden Finanzierung – und die ist nicht langfristig gesichert. Gute Kitas dürften kein Privileg gut situierter Familien sein, betonte Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD), die den Gesetzentwurf vorgelegt hatte. 5,5 Milliarden Euro stehen für mehr Personal in den Einrichtungen, bessere Qualifizierung der Fachkräfte, Umbau der Räume und längere Öffnungszeiten zur Verfügung. Da die Betreuungslage regional unterschiedlich ist, will der Bund mit jedem Land individuelle Zielvereinbarungen treffen. Für die GEW sind die angekündigten Kita-Investitionen des Bundes indes zu wenig. Vorstandsmitglied Björn Köhler erwartet davon keinen deutlichen und nachhaltigen Qualitätsschub in den Kitas, weil Länder und Träger immer noch keine Planungssicherheit hätten. „Dafür müssen dauerhaft Gelder ins System fließen und nicht nur zeitlich bis 2022 begrenzt“, sagte Köhler. Mehr Qualität erfordere vor allem mehr Personal. Er verwies darauf, dass derzeit 300.000 Erzieherinnen und Erzieher fehlten, und drängte auf eine deutliche finanzielle Nachbesserung. Die Gewerkschaft will sich dafür starkmachen, dass im Bundestag noch entsprechende Änderungen vorgenommen werden.

Foto: Alexander Paul Englert

„Gute Kitas dürfen kein Privileg gutsituierter Familien sein“, sagt Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD).

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie eine MusicMan Soundstation.*

Prämie des Monats Oktober:

MusicMan Soundstation

Die etwas kleinere Stereoanlage für unterwegs. MusicMan sorgt für guten Klang von USB-Stick, MP3-Player oder Smartphone, mit integriertem Radio und 3,5-mm-Klinkenkabel.

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon Fax

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

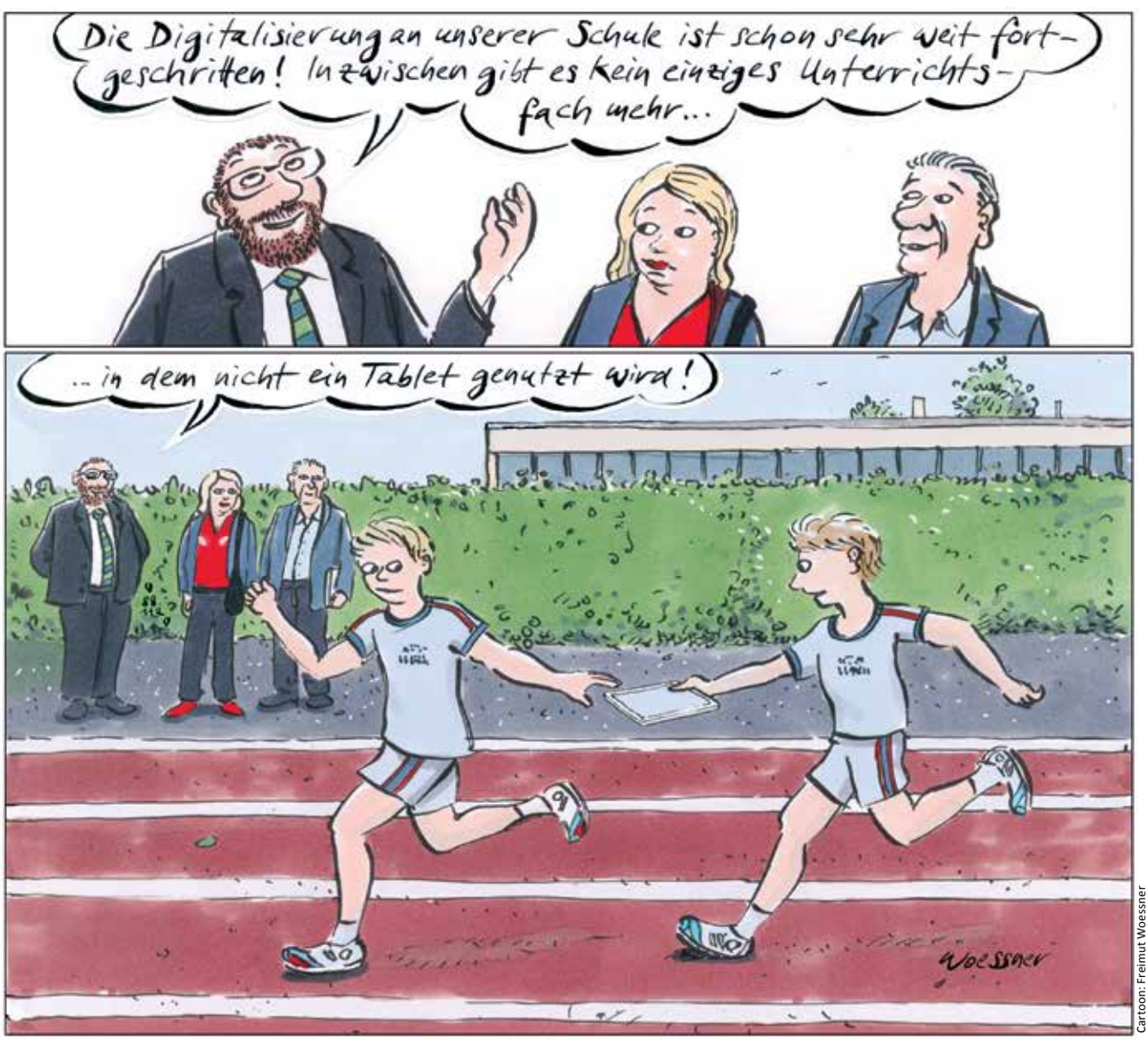
E&W-Prämie des Monats Oktober 2018/MusicMan Soundstation

Die digitale Spaltung

// Während in der Politik über selbstfahrende Autos debattiert wird, haben viele Schulen nicht mal WLAN. Auf dem Weg zur digitalen Schule gibt es viele Stolpersteine – von der Technik über pädagogische Konzepte und Fortbildungen bis zur Finanzierung. //

Im finnischen Tampere unterrichtet ein humanoider Roboter namens Elias Grundschulkinder, in Estland sind seit 1999 alle Schulen ans Internet angeschlossen. Davon kann Deutschland, das schon am Breitbandausbau scheitert, nur träumen – auch wenn an einigen Schulen bereits mit digitalen Medien und Methoden experimentiert wird. Zum Beispiel am Friedrich-Gymnasium (FG) Freiburg: Mathe- und Physiklehrer Patrick Bronner will dort mit seiner 7. Klasse den Erdumfang bestimmen. Das Hintergrundwissen bringen alle mit, Hausaufgabe war die Vorbereitung anhand eines Erklärvideos Bronners. „Die Unterrichtszeit nutze ich dann für Übungsaufgaben“, sagt er.

Um den Erdradius digital zu ermitteln, zeigt Bronner drei Wege auf: die Berechnung mit dem Smartphone auf dem Schulhof über GPS, die Nutzung von Google Maps und eine klassische Internetrecherche. Zuhause müssen die Schülerinnen und Schüler mit ihren Ergebnissen Poster erstellen und in der nächsten Stunde präsentieren. Bronners Unterricht ist immer eine Kombination aus analog und digital. Zwar ha-



Cartoon: Freimut Woessner

ben alle Tablets, doch geschrieben wird in Hefte.
Zur Übung konkreter Inhalte nutzt Bronner das Mathe-Lernportal Bettermarks. Damit kann er der ganzen Klasse sowie einzelnen Schülerinnen und Schülern Aufgaben zuweisen. Zu Beginn der Stunde überprüft er, wo jeder steht und differenziert dann individuell. Neulich fiel der Unterricht aus, da verfolgte er aus dem Zug heraus, wie seine Schülerinnen und Schüler die Aufgaben in der Vertretungsstunde bearbeiteten. Nummer drei lösten nur 60 Prozent richtig, die Aufgabe „musste also nochmal besprochen werden“. Ob seine Klassen nun mehr oder besser lernen, kann Bronner noch nicht sicher beurteilen – aber motivierter seien sie.

Fortbildungen fehlen

Am FG lotet aktuell jede Lehrkraft für sich aus, welche digitalen Medien sie in ihrem Fach einsetzen könnte. Der Musiklehrer etwa nutzt die App „Garage Band“ und lässt die Klasse eigene Stücke komponieren. „Wir verlangen viel von den Lehrern“, räumt Bronner ein. Das Problem: „Es gibt bundesweit nur sehr wenige spezielle Fachfortbildungen mit guten Praxisbeispielen.“ Passende Angebote für seinen Unterricht entdeckte er bisher weder bei Verlagen oder IT-Konzernen noch unter frei verfügbaren Bildungsmaterialien im Netz, sogenannten Open Educational Resources (OER).
Das FG wurde ab 2015 mit einem fünfstufigen Medienkonzept zur digitalen Schule weiterentwickelt. Erst zeigten Schülerinnen und Schüler, was mit Smartphones im Unterricht möglich ist, dann wurde nach dem Bring-your-own-device-Prinzip (BYOD) der Einsatz eigener Mobiltelefone und Tablets getestet. Im dritten Schritt bekamen die Klassenzimmer unter anderem Beamer, WLAN-Access-Point, Apple-TV sowie ein Tafel-Anschlussfeld mit HDMI-, LAN- und Audioanschluss. Danach erhielten die Lehrkräfte und zuletzt Schülerinnen und Schüler Tablets. Die Klassen 7 und 8 sind Tablet-Klassen, ab der 9. werden auch eigene Smartphones genutzt. Ein Klassensatz Tablets kostet 15.000 Euro, hinzu kommen 500 Euro für das Lehrkraftgerät und etwa 1.500 Euro für die Raumausstattung.
Die Stadt Freiburg bezahlte als Schulträger Lehrkräfte-Tablets und Infrastruktur. Als Modellschule bekam das FG 54.000 Euro vom Kultusministerium. Davon wurden zwei Tablet-Klassen eingerichtet, zwei weitere folgen 2019. Anschließend bleibt der Kauf der Geräte wohl „an den Eltern hängen, es gibt kein anderes Finanzierungsmodell“, sagt Bronner, der sich von der Politik konkrete Vorschläge wünscht. Die Bundesregierung will über den Digitalpakt fünf Milliarden Euro für Infrastruktur bereitstellen, aber nicht für Endgeräte. Laut einer Bertelsmann-Studie zur IT-Ausstattung fallen für die Ausrüstung aller Grund- und weiterführenden Schulen pro Jahr 2,8 Milliarden Euro an.

Foto: Friedrich-Gymnasium Freiburg

Digitale Medien gibt es längst noch nicht in allen Klassenzimmern. An einigen Schulen wird experimentiert. Zum Beispiel am Friedrich-Gymnasium in Freiburg: Siebtklässlerinnen ermitteln den Erdradius digital – mittels Smartphone und Google Maps – auf dem Schulhof.

„Auf das Leben vorbereiten“

Ortswechsel: Die Friedrich-Staedtler-Grundschule in Nürnberg, dort baute Verena Knoblauch mit einer Kollegin zwei Tablet-Klassen auf. Die Geräte – inklusive Zubehör und Support – spendierte nach Absprache mit dem Schulamt eine örtliche Softwarefirma. Die Stadt richtete das WLAN ein. Im Unterricht werden die Tablets ab der 1. Klasse fächerübergreifend eingesetzt. Mit den Klassenstufen 3 und 4 arbeitet die Lehrerin und Medienpädagogin ein Referat zu Waldtieren aus. Die Kinder recherchieren mit der Suchmaschine fragfinn.de, mit der App „Book Creator“ erstellen sie multimediale Präsentationen.

Foto: Friedrich-Gymnasium Freiburg

Mathe geht auch digital. Das Kollegium des Freiburger Friedrich-Gymnasiums nutzt dazu das Lernportal Bettermarks. Damit können Mathelehrkräfte sowohl ganzen Klassen als auch einzelnen Schülerinnen und Schülern Aufgaben geben.

„Typische Lernprogramme verwende ich gar nicht“, sagt Knoblauch. „Das Tablet nur so zu nutzen wie früher ein Arbeitsblatt, macht keinen Sinn.“

Bei ihr kommen die Geräte dann zum Zuge, wenn dies Kreativität, Teamarbeit oder kritisches Denken fördert. Die Kinder bearbeiten etwa Fotos, tauschen Hintergründe aus und lernen dabei auch: „Man darf nicht alles glauben, was man im Internet sieht.“ Viele Viertklässler hätten bereits ein Smartphone und nutzten soziale Medien. Da sei es wichtig, schon in der Grundschule über Gefahren aufzuklären: „Wir wollen die Kinder auf das echte Leben vorbereiten. In einer digitalen Welt kann Schule nicht analog arbeiten.“

Das Kollegium wird intern fortgebildet: Knoblauch stellt dabei eine digitale Unterrichtsidee vor – angepasst an individuelle Bedürfnisse und die Ausstattung der Schule. Sie selbst ist bei Twitter gut vernetzt, wo sich etliche Pädagoginnen und Pädagogen unter Hashtags wie #bildungspunks oder #bayernedu austauschen. Die häufige Kritik an fehlenden Konzepten teilt Knoblauch daher so nicht: „Es gibt sie nur nicht auf dem Silbertablett.“

Die Beispiele aus Freiburg und Nürnberg zeigen: Wie digital Schule ist, steht und fällt nicht nur mit der IT-Infrastruktur und -ausstattung. Es hängt auch ab von der Technikaffinität der Lehrenden – und den Schulleitungen, die entsprechende Prioritäten setzen sowie Geld und Personal einplanen müssen. Ein grundlegendes Problem ist der stockende Breitbandausbau. Rund 90 Prozent der 33.000 allgemeinbildenden Schulen kommen für eine Förderung infrage. Bisher erhielten jedoch erst 5.100 Schulen einen Förderbescheid, wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion hervorgeht. Nur in 983 Fällen ist das Vergabeverfahren abgeschlossen. Das Prozedere ist kompliziert: Schulen und Schulträger können keine eigenen Anträge stellen, sondern müssen in bestehende, größere Projekte integriert werden (s. S. 10 und 18 f.).

Und so gibt es neben einzelnen geförderten Modellschulen viele abgehängte, an denen ständig das WLAN ausfällt und für 1.500 Schülerinnen und Schüler nur ein Computerraum zur Verfügung steht. Birgit Eickelmann, Professorin für Schulpädagogik an der Universität Paderborn sowie wissenschaftliche Leiterin der ICILS-Studien zur Medienkompetenz von Achtklässlern 2013 und 2018, stellt in der Untersuchung „Kompetenzen in der digitalen Welt“ für die Friedrich-Ebert-Stiftung bereits eine herkunftsbezogene „digitale Spaltung“ fest. Die gilt nicht nur für einzelne Schülerinnen und Schüler, sondern für ganze Regionen: Eine reiche Kommune bedeutet technisch gut ausgestattete Schulen, eine arme das Gegenteil.

Die ICILS-Studie 2013 bilanzierte, 30 Prozent der „Digital Natives“ hierzulande, also der Menschen, die in der digitalen Welt aufgewachsen sind, seien gerade mal in der Lage, einen Link oder eine E-Mail anzuklicken und mit Hilfe Texte zu verändern. Dem Monitor Digitale Bildung 2017 der Bertelsmann Stiftung zufolge nutzen 48 Prozent der Lehrenden kaum digitale Lernformen – 74 Prozent bemängeln unzuverlässige Technik, 62 Prozent vermissen professionellen Support. Jeder Fünfte sagt, an seiner Schule gebe es gar kein WLAN. Kein Wunder: Nur 8 Prozent der Schulleitungen messen der Digitalisierung eine hohe Bedeutung für ihre Schule bei. Dabei sollten laut der Kultusministerkonferenz-Strategie „Kompetenzen in der digitalen Welt“ alle Schülerinnen und Schüler seit dem Schuljahr 2018/19 fächerübergreifend in digitalen Lernumgebungen unterrichtet werden.

Woher kommen die Geräte?

Eickelmann sagt, zwar gebe es in fast allen Bundesländern inzwischen Konzepte. Diese würden aber nur langsam umgesetzt und seien daher oft noch nicht in den Schulen angekommen.

Statt pädagogischer Fragen werde „viel zu lange und zu langatmig noch die Ausstattungsfrage diskutiert“ – und wer was bezahle. Die Finanzierung notwendiger Technik „kann doch ein Land wie unseres nicht wirklich vor ein Problem stellen“, betont die Expertin. „Ich kann nicht optimale Arbeitsergebnisse fordern und Lehrerinnen und Lehrern nicht die benötigten Geräte und Werkzeuge zur Verfügung stellen.“

Für die Ausrüstung von Schülerinnen und Schülern schlägt sie vor, das „Bring your rented device“ (BYRD)-Konzept weiterzudenken. Dabei wählt die Schule einheitliche Tablets oder Smartphones aus, die Eltern bei einem Händler mieten und am Ende der Laufzeit kaufen können. Anders als bei BYOD gibt es technischen Support, und Schullizenzen können auf die Geräte geladen werden. Die GEW lehnt BYOD ab. Mit Blick auf Sicherheit, Datenschutz, Prüfungsrichtlinien, Lernmittelfreiheit sowie soziale Unterschiede sind viele Fragen offen. Das Projekt „BYOD – Start in die nächste Generation“ der Universität Hamburg stellte zudem eine Überforderung vieler Lehrkräfte fest.

Die müssen nun lehren, was sie mehrheitlich nie selbst gelernt haben. Thomas Knaus, Leiter der Abteilung Medienpädagogik der PH Ludwigsburg und Wissenschaftlicher Direktor des Frankfurter Technologiezentrums Medien (FTzM), fordert vor allem mehr Ausbildungsmöglichkeiten. „Derzeit haben Pädagoginnen, Pädagogen, Lehrerinnen und Lehrer lediglich an 51 von 426 Hochschulen die Gelegenheit, sich in ihrem Studium mit medienpädagogischen Inhalten zu befassen – oft auch nur als freiwilliges Wahlpflichtangebot.“ Bei Fortbildungen sei es ähnlich: „Es gibt zwar geeignete Konzepte und Angebote, aber noch nicht in der nötigen Anzahl.“ Viele Lehrerinnen und Lehrer „reproduzieren daher den Unterricht, den sie selbst erlebten“.

Eickelmann fordert einen engeren Austausch. „Schulen könnten viel mehr von anderen Schulen lernen, nicht überall müsste das Rad neu erfunden werden.“ Trotz des Bildungsföderalismus habe es keinen Sinn, „Konzepte und Materialien 16 Mal zu entwickeln“. Mit der Studie „Personalisiertes Lernen mit digitalen Medien“ der Robert-Bosch-Stiftung gibt es für Lehrende zumindest einen ersten wissenschaftlichen Leitfaden, der rund 30 digitale Lernwerkzeuge bewertet. Auch die GEW unterstützt ihre Mitglieder mit Expertisen, Fachtagungen, Diskussionen und Handreichungen.*

Foto: Verena Knoblauch

Blick nach Nürnberg: In der Friedrich-Staedtler-Grundschule hat Lehrerin Verena Knoblauch in den Klassenstufen 3 und 4 zwei Tablet-Klassen aufgebaut. Mit Hilfe von Suchmaschinen lernen die Kinder, sich Themen zu erarbeiten. Die Geräte spendierte eine örtliche Softwarefirma.

„Digitale Aufklärung“

Lehrkräfte müssen derweil nicht nur die Nutzung digitaler Medien beherrschen und vermitteln, sondern auch die Medienkompetenz ihrer Schülerschaft fördern – Stichworte Fake News und Big Data. Harald Gapski, Forschungsleiter und früherer Leiter Medienbildung/Medienkompetenz am Grimme-Institut in Marl, spricht von „digitaler Aufklärung“: Wie funktioniert und verändert sich die digitale Gesellschaft, wie positioniere ich mich privat darin, wie kann ich sie mitgestalten? Und was bedeutet es, wenn meine Bewerbung zuerst von Algorithmen analysiert wird? „Schule muss die neuen Verhältnisse einer durch Technologie gestalteten, vernetzten und datengetriebenen Welt hinterfragen.“

GEW-Schulexpertin Ilka Hoffmann ergänzt, auch Themen wie Cybermobbing, Datenschutz und die Auswirkungen auf das Lernen und Arbeiten müssten bedacht werden. „Die Kolleginnen und Kollegen fühlen sich oft alleingelassen, ein medienpädagogisches Konzept zu erarbeiten und auf alle Fragen zur Digitalisierung eine Antwort zu haben.“

Niels Brüggen, Leiter der Abteilung Forschung am JFF – Institut für Medienpädagogik in München, rät Schulen, sich dazu außerschulische Partner zu suchen und etwa mit Trägern der Kinder- und Jugendhilfe zusammenzuarbeiten, die medienpädagogische Angebote haben. Der JFF-Experte vermisst noch immer ein umfassendes Verständnis, was Digitalisierung bedeute. Meist gehe es vorrangig um Technik und „wie viele Laptopklassen eine Schule hat“. „Wir erleben aber eine umfassende Mediatisierung unserer Gesellschaft, die nicht nur das Lernen in der Schule, sondern vielfältige Facetten des Zusammenlebens betrifft.“ Brüggen plädiert auch für mehr Beteiligung von Schülerinnen und Schülern – nach dem Vorbild der Münchner Aktion „hack your school“, bei der Jugendliche mit digitalen Tools Lösungen für Probleme an Schulen entwickeln.

Nadine Emmerich,
freie Journalistin

***www.gew.de/schule/medienbildung/**

Digitaler Rat soll helfen

Foto: dpa

Der frisch von der Bundesregierung eingesetzte Digitalrat – mit seiner Vorsitzenden, Unternehmensberaterin Katrin Suder (untere Reihe 4. v. l., neben Kanzlerin Angela Merkel (CDU))

// Die Bundesregierung macht das Thema Digitalisierung zur Chefsache. Neben einer Staatsministerin im Kanzleramt und einem Digitalkabinett berief die Regierung im August auch noch einen Digitalrat – nicht klar ist jedoch, wie deren jeweilige Kompetenzen voneinander abgegrenzt sind. Deshalb ist auch offen, wie sich die Arbeit des Digitalrats auf den Bildungsbereich auswirken wird. //

Der neue zehnköpfige unabhängige Digitalrat mit Mitgliedern aus Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft soll nach Aussage von Regierungssprecher Steffen Seibert „Ideen und Erfahrungen aus der Praxis zusammentragen und die Chancen der Digitalisierung besser für alle Menschen nutzbar machen". Man wolle lernen und fachlichen Rat von außen annehmen.
Mit dem aktuellen Tauziehen um den von der früheren Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) wenige Monate vor der Bundestagswahl ohne Rücksprache mit dem Finanzministerium in Aussicht gestellten milliardenschweren Digitalpakt für die Schulen hat der Digitalrat allerdings nichts zu tun. Das gilt auch für den damit verbundenen Streit um die geplante weitere Aushöhlung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern in der Schulpolitik.

Schaltstelle Kanzleramt

Gleichwohl wird der Digitalrat auch grundsätzliche Fragen zum Interneteinsatz im Schulunterricht oder in der Weiterbildung stellen. Nachdem das Thema Digitalisierung in der vergangenen Wahlperiode in den federführenden Bundesministerien – Verkehr sowie Inneres – eher stiefmütterlich vor sich hindümpelte, sollen nun alle Fäden im Kanzleramt zusammenlaufen. Die Regierungsschaltstelle sieht sich dabei als „Antreiberin" gegenüber den verschiedenen Fachministerien.
Die neue Regierung war noch nicht lange im Amt, da kündigten Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU) sowie die frisch ernannte Staatsministerin für Digitalisierung im Kanzleramt, Dorothee Bär (CSU), eine Neuauflage der Digitalen Agenda an, die 2017 ausgelaufen war. Ende Juni trat dann erstmals der auf Wunsch von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) geschaffene Kabinettsausschuss für Digitalisierung zusammen, der seitdem unter dem Namen „Digitalkabinett" firmiert. Neben der Bundeskanzlerin sowie Vizekanzler und Finanzminister Olaf Scholz (SPD) gehören ihm alle mit Digitalisierung befassten Bundesministerinnen und -minister an.
Das Thema müsse viel energischer als bisher vorangetrieben werden, heißt es dazu aus Regierungskreisen. Während Deutschland beim Thema Industrie 4.0 gegenüber anderen großen Wirtschaftsnationen über einen Entwicklungsvorsprung von zwei bis drei Jahren verfüge, sei man beim Breitbandausbau vor allem auf dem Land hoffnungslos zurückgefallen. Ähnliches gelte für die Ausstattung der Schulen.
Der Digitalrat soll zweimal jährlich tagen, ansonsten intern digital kommunizieren. Überraschung löste die Berufung von Katrin Suder zu seiner Vorsitzenden aus. Die 47-jährige Unternehmensberaterin war von 2014 bis März dieses Jahres beamtete Staatssekretärin im Verteidigungsministerium und dort für den pannengeplagten Prozess der Rüstungsbeschaffung verantwortlich. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hatte Suder 2014 von der Unternehmensberatung McKinsey ins Ministerium geholt. Suder, die als Vertraute und enge Mitarbeiterin von der Leyens galt, hatte das Ministerium im Frühjahr auf eigenen Wunsch verlassen. Ebenfalls im Digitalrat vertreten sind Unternehmerinnen und Unternehmer, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie auslandserfahrene Expertinnen und Experten. Zu letzteren zählt Beth Simone Noveck, die bereits die US-amerikanische Obama- sowie die britische Regierung in digitalen Projekten beriet.
Allerdings: An Konzepten für die Digitalisierung fehlt es bereits jetzt nicht. Stattdessen liegen etwa beim Breitbandausbau in ländlichen Regionen die Probleme eher in der Praxis: in bürokratischen Genehmigungsverfahren, Schwierigkeiten, nicht abgerufene Gelder ins nächste Haushaltsjahr zu übertragen oder dem Mangel an geeigneten Baufirmen. 2017 hatte der Bund für den Breitbandausbau 690 Millionen Euro eingeplant. An die Kommunen überwiesen hatte er bis Jahresende nach Recherchen von Deutschlandfunk Kultur kaum mehr als 20 Millionen.

Karl-Heinz Reith,
freier Journalist

EPALE – E-Plattform für Erwachsenenbildung in Europa

Vernetzen – Teilen – Austauschen

EPALE ist eine mehrsprachige Online-Plattform und virtueller Treffpunkt für Aktive der Erwachsenen- und Weiterbildung aus ganz Europa.

Jetzt kostenfrei registrieren!
https://ec.europa.eu/epale/de/blog/willkommen

EPALE
DEUTSCHLAND

ÜBER DEN TELLERRAND SCHAUEN

Entdecken Sie Praxisbeispiele aus anderen europäischen Ländern

RECHERCHIEREN

Finden Sie Ergebnisse aus Forschung und Praxis sowie Informationen zur Erwachsenenbildungspolitik in Europa

EUROPÄISCHE PROJEKTE DURCHFÜHREN

Suchen Sie Projektpartner und planen Sie Ihr Projekt in einem virtuellen Arbeitsraum

MITMISCHEN

Teilen Sie Projektergebnisse, Artikel oder Veranstaltungshinweise und bringen Sie Ihre Meinung in europäische Diskussionen ein

@EUEB_DE

@EU.Erwachsenenbildung

GEFÖRDERT VOM

Mit finanzieller Unterstützung durch das EU-Programm Erasmus+

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung

NABIBB
BILDUNG FÜR EUROPA

Lernen mit dem Mini-Rechner

Cartoon: Freimut Woessner

// Um Schülerinnen und Schüler mit dem Programmieren vertraut zu machen, gibt es Raspberry Pi und Calliope mini. Lehrkräfte, die im Unterricht mit den Kleincomputern arbeiten, machen gute Erfahrungen. //

Wenn Tobias Hübner mit seiner 7. Klasse Erzählperspektiven behandelt, setzen die Schülerinnen und Schüler den Einstieg ihres Lieblingsbuchs als Computerspiel um. Dazu nutzen sie einen kreditkartengroßen, fünf bis 35 Euro teuren Mini-Computer: den von einer britischen Stiftung entwickelten Raspberry Pi. Für die auf fünf Stunden verteilte Aufgabe verwendet die Klasse die für Kinder entwickelte Programmiersprache Scratch. Das ist weniger kompliziert als es klingt: „Es werden nur grundlegende Computerkenntnisse benötigt“, sagt der Deutsch- und Religionslehrer am Düsseldorfer Luisen-Gymnasium. „Ich habe mir das auch selbst beigebracht.“

Der auch von Hobbybastlern geschätzte Raspberry Pi ist ein vollständiger Computer mit einer riesigen Community und vielen Anwendungsmöglichkeiten – bis zu Robotik und künstlicher Intelligenz. „Es gibt unzählige Bastelanleitungen und Programme, etwa zum Bau eines WLAN-Radios, einer Wetterstation oder eines persönlichen Cloudservers“, sagt Hübner. Die britische Raspberry Pi Foundation stellt auf ihrer Website zudem viele Unterrichtsmaterialien zur Verfügung. Hübner: „Jede Lehrkraft kann den Raspberry Pi nutzen“ – und zwar schon in der Grundschule.

Für den Düsseldorfer Lehrer, der auch unter Medienistik.de bloggt und das Startup Codingschule mit aufbaute, sind Programmierkenntnisse ein wichtiger Teil digitaler Bildung – „und Schule muss die Grundprinzipien vermitteln“. Nur wer selbst einmal ein Programm geschrieben habe, verstehe den Aufbau des Internets oder wisse, wie Smartphones funktionieren. Hübner befasst sich seit 2013 mit dem Raspberry Pi: Damals kaufte er für die Computer-AG am St.-Georg-Gymnasium in Bocholt zehn dieser sogenannten Mikrocontroller samt Zubehör und erarbeitete ein Themenheft, um Schülerinnen und Schülern in einem halben Jahr Programmieren beizubringen. Gesamtkosten: rund 610 Euro, „weniger als ein Computer“.

Deutsche Initiative Calliope

Auch in der Politik sind frühe informatische Kompetenzen längst Thema. „Ich glaube, dass die Fähigkeit zum Programmieren eine der Basisfähigkeiten von jungen Menschen wird, neben Lesen, Schreiben, Rechnen“, erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf der Deutsch-Französischen Digitalkonferenz 2016 in Berlin. In demselben Jahr wurde auf dem IT-Gipfel der Bundesregierung der vom Wirtschaftsministerium geförderte Calliope mini vorgestellt. Mit diesem sollen alle Kinder ab der 3. Klasse fächerübergreifend Programmieren lernen. Mit dem Mikrocontroller, der unter anderem über LEDs (Leuchtdioden), programmierbare Knöpfe, Sensoren, Mikrofon und Lautsprecher verfügt, sind einfache Experimente mit Licht und Sound, aber auch das Programmieren eines Lärmsensors, einer Blumenpflegestation oder eines Miniklaviers möglich. Auf der Website werden Experimente und Unterrichtsmaterial vorgestellt, ein Großteil unter offenen Lizenzen und frei nutzbar. Mit Editoren – Programme, um digitale Texte zu bearbeiten – können am Computer Wenn-dann-Aktionen mit Programmierblöcken wie ein Puzzle zusammengesteckt werden. Diese Kommandos lassen sich in Code umwandeln und auf den Calliope kopieren, um so einzelne Funktionen zu steuern.*

Hinter dem Mini-Rechner, der rund 35 Euro kostet, steckt eine gemeinnützige GmbH. Jedoch: Auch Google – mit 1,1 Millionen US-Dollar größter Geldgeber –, SAP und Bosch sind Unterstützer; der Cornelsen Verlag steuert Lehrmaterial bei. In elf Bundesländern gibt es bisher zusammen mit den Kultusministerien gestaltete Pilotphasen. Die Länder wählen Bewerberschulen aus, Calliope versorgt diese kostenfrei mit Platinen. Bedingung ist die Fortbildung der Lehrkräfte. Im Saarland wird der Mini-Rechner bereits flächendeckend angeboten, das Landesinstitut für Pädagogik und Medien (LPM) schult Lehrende und erstellt freies Lern- und Lehrmaterial mit einer offenen Lizenz (OER – Open Educational Resources).

Sebastian Connette, Lehrer an der Ganztagsgrundschule Wiedheck in Saarbrücken, programmierte den Calliope mit seinen Schülerinnen und Schülern an-

fangs zum Beispiel so, dass die Namen der Kinder über das LED-Feld laufen. „Dabei gibt es sofort Erfolgserlebnisse, das ist unglaublich motivierend“, sagt Connette, der auch für das LPM und die Landesmedienanstalt Saarland (LMS) tätig ist. Nach einem halben Jahr waren die Kinder in der Lage, einen Würfel für ein Mensch-ärgere-dich-nicht-Spiel zu coden. Anfänglich wurde in einer AG programmiert, inzwischen ist das Board in den Unterricht integriert. Connette beobachtet „enorme“ Lernerfolge: Für den Würfelbau mussten die Kinder das Konzept der Variablen verstehen – das ist sonst erst auf weiterführenden Schulen Mathe-Thema.

Die Verbreitung des Calliope mini ist derweil von Land zu Land unterschiedlich, auch Fortbildung und Finanzierung sind uneinheitlich organisiert. Laut Projektkoordinatorin Nora Perseke wurden bundesweit bislang rund 50.000 Geräte verkauft – unter anderem durch Cornelsen – und verschenkt. Von diesen gingen 20.000 spendenfinanziert an Pilotschulen und 30.000 etwa an schulische Einzelinitiativen, Jugendklubs oder Bastlerinnen und Bastler. Die ambitionierten Ziele des Unternehmens sind damit noch nicht erreicht.

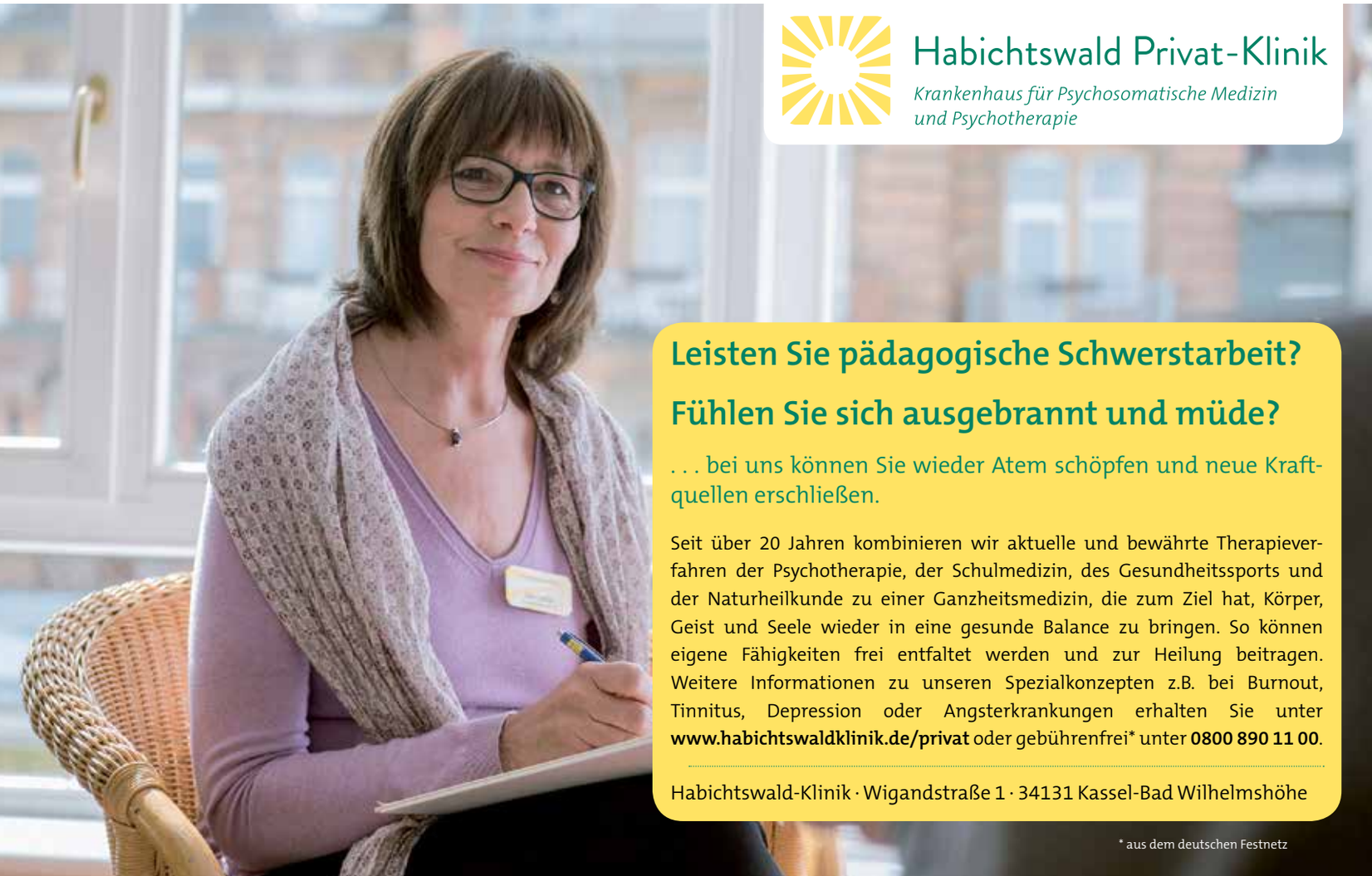
In der Vergangenheit gab es zudem Kritik an der Unterstützung aus der Wirtschaft – von Lobbycontrol, aber auch der GEW: Die Konzerne könnten Einfluss auf Bildungsinhalte nehmen.

Foto: Calliope Gmbh

Mit dem Mikrocontroller Calliope mini, den das Wirtschaftsministerium fördert, sollen alle Grundschulkinder ab der 3. Klasse fächerübergreifend Programmieren lernen.

Calliope weist dies zurück: Laut Satzung dürften Partner dies explizit nicht. Hübner sieht das Firmenengagement ebenfalls kritisch, gibt aber zu bedenken: Wenn Schulen sich diesem verweigerten, verzichteten sie auf viel technologisches Wissen. „Die Lehrkräfte brauchen dieses Know-how, wir hängen zu sehr hinterher.“ Er fordert „klare Spielregeln, wie sich Unternehmen engagieren dürfen“ und Transparenz, „wer was finanziert“. Gäbe es Unterstützung durch US-Konzerne, sollten Schulen zudem Themen wie Datenmissbrauch, Steuertricks und unzumutbare Arbeitsbedingungen behandeln.

Nadine Emmerich,
freie Journalistin



„Wacklige Brücke“

// Zwei Jahre nach den ersten Plänen für den Digitalpakt Schule ist das Projekt zur Geisel im Gezerre um Bund-Länder-Zuständigkeiten avanciert. //

Der „Digitalpakt Schule“ sollte mal ein Symbol für den Aufbruch werden. Im Oktober 2016 war das, als die damalige Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) per Zeitungsinterview fünf Bundesmilliarden ankündigte – für eine vernünftige Computerinfrastruktur und ein brauchbar flottes WLAN. Auch einen schicken Namen hatte sich Wankas Ministerium ausgedacht: „Digitalpakt#D“.

Zwei Jahre später ist der Digitalpakt vor allem ein Symbol für unendliches Gezerre zwischen Bund und Ländern. Kein Euro ist bislang geflossen. Es gibt keine ausverhandelte Vertragsgrundlage. Und selbst wenn diese da wäre: Die Politik verstrickt sich in einen Konflikt um eine Verfassungsänderung. Bei der sich alle Beteiligten nicht einmal einig sind, ob man sie überhaupt braucht.

Der Reihe nach: Im Oktober 2016 frohlockte Wanka über den Trick, den ihre Beamten sich ausgedacht hatten: Der Artikel 91c des Grundgesetzes erlaube die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern in der Informationstechnik. Auf den wollte sich ihr Ministerium (BMBF) berufen, um das Kooperationsverbot zu umgehen. Es könne sofort verhandelt werden, teilte das BMBF mit, eine Grundgesetzänderung sei nicht nötig. Hamburgs Bildungssenator Ties Rabe (SPD) sprach von einer „wackligen Brücke“, von der kein Land Wanka herunterschubsen werde.

In Rekordzeit lag eine Eckpunktevereinbarung vor, doch ab Juni 2017 ging plötzlich nichts mehr. Wanka lehnte es ab, das Dokument zu unterzeichnen, sie fühlte sich von den Kultusministern brüskiert und die von ihr. Kurz vor der Bundestagswahl kam es nochmals zu Annäherungen, doch scheiterte die Sache vor allem an einer basalen Tatsache. Es war noch kein Geld da.

In den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU und SPD stand das Projekt kurzfristig ganz auf der Kippe, dann kam die große Erleichterung: Man werde die Milliarden aus der geplanten Versteigerung von Mobilfunklizenzen nehmen. Allerdings baute die Große Koalition (GroKo) noch einen Passus in ihren Vertrag ein: Das Geld für Digitalisierung, Ganztag und berufliche Schulen gibt es erst, wenn die Verfassung geändert ist. Ein strategischer Fehler.

Cartoon: Freimut Woessner

Baden-Württemberg macht mobil

Denn seitdem gehen Teile der Union und der Grünen auf die Barrikaden, allen voran Baden-Württembergs grün-schwarze Landesregierung. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) sieht einen „Frontalangriff auf die föderale Struktur“, und seine CDU-Kultusministerin Susanne Eisenmann kann nicht nachvollziehen, warum plötzlich für den Digitalpakt doch eine Verfassungsänderung nötig sein soll, welche die Kultushoheit der Länder einschränkt. Bislang stand Baden-Württemberg allein gegen die anderen 15 Länder, deren oberste Priorität lautet, alsbald an das Digi-Geld zu kommen. Das muss aber nicht so bleiben; das Projekt wird jetzt auch von anderer Seite in die Zange genommen, nämlich von den Grünen auf Bundesebene und der FDP. Die fordern, das Kooperationsverbot viel grundsätzlicher zu lockern, als die GroKo das vorhat. Es scheint dies der Preis zu sein, den sie für ihre Zustimmung zur Verfassungsänderung wollen, denn die GroKo hat keine Zwei-Drittel-Mehrheit. Plötzlich ist der Digitalpakt Geisel – Ausgang ungewiss. Derweil spricht Wankas Nachfolgerin Anja Karliczek (CDU) immer noch tapfer davon, Anfang 2019 das erste Geld auszahlen zu wollen. Was gegenüber den ursprünglichen Planungen einen enormen Zeitverzug bedeutet, aber trotzdem jeden Tag unrealistischer wird. Denn auch die nötige Verwaltungsvereinbarung, in der alle Bedingungen und Förderdetails stehen sollen, lag bis vor kurzem lediglich in einem ersten, umstrittenen Entwurf vor. Die Länder kritisieren, einen für Mitte September angesetzten Verhandlungstermin habe Karliczeks Ministerium abgesagt, weil sich ihr neuer Staatssekretär erst einarbeiten müsse. Was das BMBF so wiederum bestreitet.

Längst geht es beim Digitalpakt nicht mehr nur darum, die Schulen in das 21. Jahrhundert zu befördern, sondern auch um den Beweis, dass die Bildungsrepublik Deutschland handlungsfähig ist. Bisher sind Bund und Länder diesen schuldig geblieben.

Jan-Martin Wiarda,
freier Journalist

25.–26.10.2018

EDU Action
BILDUNGSGIPFEL
RHEIN-NECKAR 2018

WeQ More than IQ
Zukunfts-Kompetenzen gemeinsam entwickeln

Bildung zukunftsfähig gestalten. Unbedingt!

Schlüsselkompetenzen entdecken und fördern.

Jetzt noch schnell Tickets sichern!
(bis 20.10.2018)

Lehrende
129,- €

www.edu-action.de

„Mit der Investitionsoffensive Schule und dem Digitalpakt Schule tragen wir auch zur inklusiven Bildung bei“, heißt es im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD. Mit dem Digitalpakt möchte die Große Koalition also nebenbei Inklusion mit umsetzen.

Foto: Dominik Buschardt

Kein Ersatz für Reformen

// Digitalisierung birgt Chancen. Ihre (Über-)Betonung droht aber, andere überfällige bildungspolitische Veränderungen – etwa Inklusion – zu verdrängen. //

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung findet sich viel zur Digitalisierung – und wenig zur inklusiven Bildung. Letztere kommt in einem einzigen Satz vor: „Mit der Investitionsoffensive Schule und dem Digitalpakt Schule tragen wir auch zur inklusiven Bildung bei.“ Mit dem Digitalpakt möchte man also die Inklusion nebenbei mit umsetzen.

So stellt sich die Frage: Ist die Digitalisierung wirklich ein so entscheidender Schritt hin zu einem innovativen Schulsystem? Erleichtern digitale Medien den Umgang mit heterogenen Lerngruppen? Unbestritten ist, dass sie zahlreiche neue Chancen und didaktische Möglichkeiten bieten. Dabei ist etwa an folgende Aspekte zu denken:

1. Digitale Medien erleichtern die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit kommunikativen, sensorischen oder motorischen Beeinträchtigungen am Unterricht (beispielsweise über Spracherkennungsprogramme, Umsetzung von Braille-Schrift in Schwarzschrift oder die Augensteuerung von Computern).
2. Digitale Medien erweitern die Möglichkeiten, sich kreativ mit Lerngegenständen auseinanderzusetzen (Filmprojekte zu bestimmten Fragestellungen, eigene Erstellung von Lernmitteln durch Schülerinnen und Schüler etc.).
3. Digitale Medien erleichtern die eigenständige Recherche, sofern die Lernenden für die Besonderheiten digital aufbereiteter Informationen sensibilisiert werden (Algorithmen-Logik von Suchmaschinen, Gefahren von Fake-Seiten etc.).
4. Digitale Medien erleichtern die Realisierung unterschiedlicher Lernsettings innerhalb eines Klassenraums.

Neben diesen Möglichkeiten ergeben sich aber auch Probleme:

1. Der von der Politik forcierte Digitalisierungs-Hype birgt die Gefahr, dass das Bemühen um eine hinreichende Grundbildung für alle vernachlässigt wird. Eine sinnvolle Nutzung digitaler Medien ist nur möglich, wenn zuvor die Grundlage einer soliden analogen Bildung geschaffen wird. Wie drängend dieses Problem ist, zeigt beispielsweise die immer noch viel zu hohe Zahl funktionaler Analphabeten in Deutschland.
2. Digitale Lernprogramme tragen das Risiko in sich, Vereinzelung und kommunikative Verarmung zu begünstigen. Gerade vor dem Hintergrund, dass auch das Privatleben heutiger Kinder und Jugendlicher verstärkt durch Smartphones, Tablets etc. bestimmt wird, ist die Förderung analoger Kommunikation sinnvoll. Zu denken ist dabei nicht nur an das bloße Sprechen miteinander, sondern auch an die Einübung der dafür nötigen Umgangsformen (etwa Zuhören, aufeinander Eingehen, Argumentieren).
3. Sowohl Politikerinnen und Politiker als auch die Digitalbranche suggerieren, inklusive Bildung lasse sich durch differenzierte Lernprogramme umsetzen. Für einen gelingenden gemeinsamen Unterricht sind aber auch ein gutes Schulklima, respektvoller Umgang miteinander und vielfältige Möglichkeiten gegenseitiger Beratung essenziell. Der Digital-Hype kann dazu verführen, pädagogische Herausforderungen technologisch meistern zu wollen.
4. Digitale Lernprogramme geben durch Programmierungsvorgänge bestimmte Denkmuster vor. Damit erschweren sie die Suche nach individuellen, kreativen Lösungsansätzen. Es besteht die Gefahr, dass das kritische Denken behindert und in der Konsequenz Konformismus und Anpassung gefördert werden.
5. Viele digitale Medien werden von großen Konzernen als Werbegeschenke angeboten. Es ist wichtig, hiermit kritisch umzugehen, um nicht Lobbyisten und Datensammlern die Schultore zu öffnen.

Fazit: Die Digitalisierung bietet zahlreiche Chancen; ein kompetenter Umgang mit digitalen Medien muss in der Schule angebahnt werden. Sie ist aber keineswegs ein Surrogat für notwendige Reformen hin zu einem inklusiven und demokratischen Schulsystem. Die GEW tut gut daran, sich intensiv und kritisch-konstruktiv mit dem Thema auseinanderzusetzen und gleichzeitig für ein Primat der (inklusiven) Pädagogik einzutreten.

Ilka Hoffmann,
GEW-Vorstandsmitglied Schule

Wolkige Lösungen mit Luft nach oben

// Auch Schulen sollen davon profitieren, Daten in der Cloud speichern und verarbeiten zu können, also auf externen Rechnern. Das birgt Chancen und Risiken. //

Zu Besuch am Ratsgymnasium im ostwestfälischen Minden. Dort heißt es, dass die Lehrkräfte am privaten PC zu Hause Notenlisten führen dürfen. Wie das? Dies sind doch besonders geschützte, personenbezogene Daten? „Die Noten befinden sich nicht auf dem Gerät, sondern in der Cloud“, antwortet Manfred Kresse, Verwaltungsleiter des Ratsgymnasiums. Das private Endgerät diene lediglich als „Fernbedienung“, erklärt der 61-Jährige.

Die Cloud ist ein externer Rechner, auf dem große Mengen Daten zentral gespeichert werden. Cloud-Anbieter stellen Rechnerkapazitäten und Software bereit, kümmern sich um die Administration – und entlasten damit Unternehmen und Behörden. Auch Schulen könnten profitieren. Das Problem: Für personenbezogene Daten von Schülerinnen und Schülern gelten strenge Vorschriften. Lehrkräfte seien verpflichtet, diese Daten „einzig auf Computern zu verarbeiten, die hierfür explizit eingerichtet wurden“, so der Kölner Fachan-

Foto: Matthias Holland-Letz

Lehrkräfte dürfen am privaten PC Notenlisten führen. Personengeschützte Daten zu Hause – wie das? Am Ratsgymnasium im ostwestfälischen Minden ist das Praxis. Verwaltungsleiter Manfred Kresse erklärt: „Die Noten befinden sich nicht auf dem Gerät, sondern in der Cloud.“

FÜR WENIGER STRESS UND MEHR FREUDE IM GANZTAG!

Wir sind Ganztagskoordinator*innen, Lehrer*innen, Schulsozialpädagog*innen, Kitapersonal und Softwareentwickler*innen, die Eltern von Schulkindern sind – mit jahrzehntelanger Erfahrung.

Und wir sind auf dem neuesten Stand: Inklusion, kulturelle Vielfalt, die verschiedenen Ganztagsformen und an diesen beteiligten Personen und Institutionen – alles findet sich wieder in GANZTAG+. Wir leben die Idee und wissen: es braucht den Ganztag für gelingende Bildung. Und dieser gelingt mit GANZTAG+.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann kontaktieren Sie uns:

kontakt@ganztagplus.de
www.ganztagplus.de

Die neue Software als Web-Anwendung - speziell für den Ganztag!

GANZTAG+

GANZTAG+ ist ein Produkt der MONDYO® GmbH

walt Christian Solmecke. Dazu zählten „vor allem Computer, die sich im Schulbüro, im sogenannten Verwaltungsnetz, befinden“. Doch an vielen Schulen fehlen Dienst-PCs. Wer jedoch sensible Daten zu Hause am privaten Endgerät bearbeiten will, benötigt grünes Licht von der Schulleitung. In Nordrhein-Westfalen (NRW) müssen Lehrkräfte dazu eine Erklärung unterschreiben – und sich verpflichten, an ihrem Tablet oder Laptop umfangreiche Sicherheitseinstellungen vorzunehmen. Mit der Folge, dass die private Hardware quasi in ein „dienstliches Gerät“ umgewandelt werde, kritisiert Björn Rützenhoff von der AG Digitalisierung der GEW NRW.

Das bleibt den Lehrkräften am Ratsgymnasium erspart – ihre Schule hat seit Schuljahresbeginn eine eigene Cloud. „Der Server steht im Schulgebäude“, erklärt Kresse. Damit würden keine Daten außerhalb der Schule gespeichert. „Was wir hier machen, ist stabil“, versichert der Lehrer, der Mathematik und Physik unterrichtet.

Allerdings ist den Lehrkräften des Ratsgymnasiums außerhalb des Schulgebäudes lediglich erlaubt, die Noten der eigenen Schülerinnen und Schüler zu verarbeiten. Nicht über die Cloud laufen Raumbuchungen und Vertretungspläne. Digitale Lehr- und Lernmaterialien werden weiterhin im schuleigenen Materialpool, dem „Lernnetz“, bereitgestellt. Das Mindener Gymnasium plant aber, diese Materialien künftig via Schulcloud anzubieten.

Am Ende haftet die Schule

Um die schuleigenen Rechner samt Cloud kümmern sich Verwaltungsleiter Kresse und zwei Kollegen. Zum Ausgleich unterrichten die drei zusammen fünf Stunden pro Woche weniger. Außerdem: „Wir haben eine Firma, die wir hinzuholen, wenn wir nicht weiterkommen.“ Die Stadt Minden stellt pro Jahr 13.000 Euro zur Verfügung, damit die Schule IT-Dienstleistungen, Hard- und Software einkaufen kann. Schuleigene Lösungen hätten allerdings auch Nachteile, warnt Klaus Keßler, ebenfalls in der AG Digitalisierung der GEW NRW aktiv. „Die Schulleitung haftet für alles, was schiefgehen kann.“ Nach Ansicht der GEW ist es zudem nicht Aufgabe von Lehrkräften, sich um den Betrieb schulischer Computer zu kümmern.

Viele Bundesländer sind inzwischen bestrebt, zentrale Cloud-Lösungen auf die Beine zu stellen – als Angebot für alle Schulen des Landes. Die bisherige Bilanz ist gemischt. In NRW stoppte die Landesregierung im Herbst 2017 „Logineo NRW“ wegen „technischer Probleme“. Eine überarbeitete Version soll bald starten. In Berlin stellt die Senatsverwaltung für Bildung den „Lernraum Berlin“ bereit, den nach ihren Angaben inzwischen 180.000 Menschen, darunter 4.500 Lehrkräfte, nutzen. Sebastian Schädler, AG Medienbildung der GEW Berlin, urteilt jedoch: „Vor allem sind

Cartoon: Freimut Woessner

Nachholbedarf Breitband

„Die Anbindung von ländlichen Räumen ist ein Problem“, betont Klaus Keßler von der GEW Nordrhein-Westfalen (NRW). Dass Nachholbedarf besteht, auch für Schulen, darauf deuten Zahlen des TÜV Rheinland von Ende 2017 hin. Demnach gilt für ländliche Regionen in NRW: Nur 56,1 Prozent der privaten Haushalte haben Breitband-Internet mit Übertragungsraten von mehr als 50 Mbit/Sekunde. In den ländlichen Regionen Bayerns sind es 54 Prozent, in Thüringen 39,4, in Sachsen-Anhalt 28,6. Allerdings kommt es darauf an, was in der Cloud gespeichert werden soll. Ein Word-Dokument bereitzustellen, sei „unkritisch“, so Keßler. „Eine aufwändige Powerpoint-Präsentation mit integrierten Videoclips benötigt hingegen Glasfaserverkabelung.“ M. H.-L.

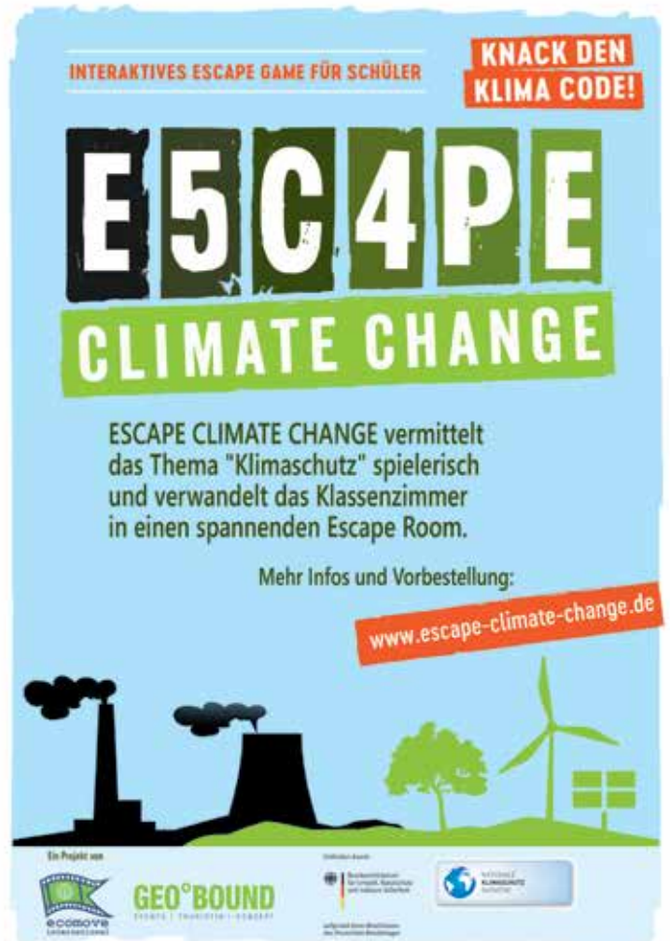
dort Schülerinnen und Schüler angemeldet.“ Für Lehrkräfte sei die Cloud umständlich und werde kaum genutzt. Und in Sachsen-Anhalt startete die „emuCLOUD“ im Schuljahr 2017/2018. Uli Härtel von der GEW Sachsen-Anhalt kritisiert: Bislang sei nicht geregelt, ob Lehrkräfte auch am Wochenende oder nach 22 Uhr die Cloud nutzen müssten, etwa um Mitteilungen der Schulleitung zu lesen (s. E&W 3/2018).

Kommerzielle Interessen

Eine bundesweite Schulcloud entwickelt derzeit das Hasso-Plattner-Institut (HPI) in Potsdam, die Informatik-Hochschule des SAP-Mitgründers und Milliardärs Hasso Plattner. Kooperationspartner ist das MINT-EC-Schulnetzwerk – 300 Schulen mit gymnasialer Oberstufe, die laut Netzwerk ein „hervorragendes mathematisch-naturwissenschaftlich-technisches Schulprofil“ besitzen. Das Bundesbildungsministerium fördert das Projekt mit nahezu acht Millionen Euro. Dem HPI geht es vor allem um die Bereitstellung digitaler Lern- und Lehrmaterialien – und um den Komplettumbau von Schule. Die Cloud trage dazu bei, dass „starre, hierarchische Bildungsstrukturen aufgebrochen werden“, verspricht das HPI auf seiner Homepage. Die Rolle von Lehrkräften und Lernenden werde sich verändern. Schülerinnen und Schüler etwa könnten dank der Cloud „selbst Lernangebote oder Nachhilfe für ihre Mitschüler bereitstellen“ – und entwickelten sich damit zu „Bildungspartnern“. Die Schulcloud trage ferner dazu bei, „einen prosperierenden Bildungsmarkt“ zu etablieren. Lehrkräfte, Schüler, öffentliche Einrichtungen und Unternehmen werden laut HPI angeregt, „neue webbasierte Bildungsangebote (…) zu entwickeln und zu vermarkten“. Das Potsdamer Institut verweist auf digitale Lernangebote, die „auf der Basis der Nutzungsdaten“ weiterentwickelt werden können. Davor warnt Thomas Dornhoff von der GEW Niedersachsen: „Auf Algorithmen beruhende Programme, die Lernprozesse und Lernwege festlegen, um zu erzielende Leistungen zu normieren, widersprechen dem Primat der Pädagogik.“ Und der „prosperierende Bildungsmarkt“? Befeuert durch die Schulcloud? Ein Beschluss des jüngsten Gewerkschaftstages der GEW ist da eindeutig: „Eine zunehmende Kommerzialisierung und Ökonomisierung der Bildung durch die Digitalindustrie wie auch durch private Anbieter digitaler Bildungsmedien“ sei „abzuwenden.“

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

Mitdiskutieren
www.gew.de/EundW



Vom Recht auf Ausloggen

// Die Digitalisierung fordert Kolleginnen und Kollegen im Bildungsbereich zunehmend heraus. Die GEW hat sich auf dem Gewerkschaftstag 2017 mit der „Arbeitswelt 4.0“ befasst. Aktuell bieten die Beschlüsse des DGB-Bundeskongresses vom Mai wichtige Anknüpfungspunkte. //

In vieler Hinsicht sind Bildungseinrichtungen im Vergleich zur Industrie regelrecht unterdigitalisiert. Die Ausstattung mit Hardware lässt ebenso zu wünschen übrig wie die Verfügbarkeit eines bedarfsgerechten WLAN; vielerorts kümmern sich nach wie vor einzelne Lehrkräfte um die Technik, ohne angemessene Entlastung. Mangels Dienstcomputern wird von den Kolleginnen und Kollegen erwartet, dass sie auf privaten Geräten Unterricht vorbereiten, Klassenarbeiten auswerten, Förderpläne schreiben und Schule organisieren. Dabei tragen sie persönlich Verantwortung für die Datensicherheit – Zustände, die in einem herkömmlichen Betrieb undenkbar wären.

Andererseits hält die Digitalisierung auf immer mehr Ebenen Einzug in die Schulen – etwa durch Medientechnologien in Verwaltung und Unterricht, Schulclouds oder digitale Schließanlagen. Das bedeutet: Mehr und mehr sind Kolleginnen und Kollegen wie auch die GEW in Sachen Mitbestimmung, Arbeitszeitrecht, Daten-, Arbeits- und Gesundheitsschutz gefordert. Die Digitalisierung verändert nicht nur die Pädagogik, sondern auch die „Infrastruktur der Arbeitswelt“, wie es in einem der im Mai verabschiedeten DGB-Beschlüsse* heißt. Und: Auch im Bildungswesen wird die Grenze zwischen Arbeits- und Privatleben durchlässiger – ebenso wie jene zwischen Märkten und Bildungseinrichtungen.

Preisgekrönte Vereinbarung

Am Beispiel Schulcloud lässt sich gut zeigen, dass es auch im Bildungsbereich um die Stärkung der Mitbestimmung und die Durchsetzung individueller Rechtsansprüche der Beschäftigten geht. Das Recht auf Nichterreichbarkeit etwa, das der DGB stärken will, spielt eine immer größere Rolle. Denn Schulleitungen erwarten zunehmend, dass Kolleginnen und Kollegen in ihrer Freizeit E-Mails lesen oder nachschauen, ob sie am nächsten Morgen für Vertretungsunterricht eingeteilt sind. Dass die durch ständige Erreichbarkeit entstehende Belastung – die seit jeher ein Kennzeichen der Berufe im Bildungs- und Erziehungsbereich ist – durch die Digitalisierung verstärkt wird, bestätigt der DGB-Index Gute Arbeit von 2016**.

In anderen Branchen, etwa der Automobilindustrie, wurden in dieser Hinsicht wichtige Schritte gemacht: Viele Betriebsräte setzten bereits Vereinbarungen zum Schutz der Work-Life-Balance und zu einem Recht auf Nichterreichbarkeit durch. Es ist höchste Zeit, dass derlei Vereinbarungen auch im Bildungs- und Erziehungsbereich Schule machen. Gute Beispiele gibt es bereits: etwa die – mit dem Deutschen Personalrätepreis gekrönte – Dienstvereinbarung der Hauptpersonalräte

Cartoon: Freimut Woessner

zur Schulcloud „Logineo“ in Nordrhein-Westfalen, die den Schutz vor Mehrbelastung, Arbeitsverdichtung sowie Arbeits- und Verhaltenskontrolle regelt***.

Auch an weitere aktuelle DGB-Beschlüsse kann die GEW anknüpfen. So gelten die „tägliche Höchstarbeitszeit“ wie die „Ruhezeiten nach Arbeitszeitgesetz bzw. dem Dienstrecht“ auch in Bildungseinrichtungen. Ebenso sollte der Datenschutz angesichts der verstärkten Kontrollmöglichkeiten auch im Bildungsbereich stärker „Teil des Gesundheitsschutzes“ werden. Ein wichtiges Instrument für eine menschengerechte Arbeitsgestaltung sehen die Mitgliedsgewerkschaften des DGB zudem in ganzheitlichen, die psychischen Belastungen einbeziehenden Gefährdungsbeurteilungen – die auch im Bildungs- und Erziehungsbereich angezeigt sind. Die gewerkschaftliche Perspektive lautet, „die Digitalisierung als einen Prozess zu verstehen, der von Menschen verantwortet wird und politisch gestaltbar ist“ und die Digitalisierung im Sinne der Humanisierung der Arbeit zu gestalten. Nur dann biete diese Chancen für selbstbestimmtere, gesündere und attraktivere Arbeits- und Lernumgebungen.

Kritisch begleiten

Der Freiburger Gewerkschaftstag formulierte 2017 ausführlich, welche Anforderungen die GEW an „Bildung in der digitalen Welt“ stellt****. Die DGB-Beschlusslage von 2018 knüpft hieran an und konkretisiert die Positionen der Bildungsgewerkschaft insbesondere im berufsbildenden Bereich. Zum Beispiel machen die Gewerkschaften Vorschläge, wie die Qualifizierung der betrieblichen Ausbilderinnen und Ausbilder angepasst werden kann. Sie fordern einen Pakt von Bund und Ländern, um die technische Ausstattung der berufsbildenden Schulen zu modernisieren, damit die berufliche Ausbildung mit neuen Erfordernissen Schritt halten kann.

Nun gilt es, die Beschlüsse weiter zu entwickeln, die Digitalisierung im Bildungswesen kritisch zu begleiten und Einfluss zu nehmen. In einigen GEW-Landesverbänden gibt es bereits Arbeitsgruppen zur Medienbildung und Digitalisierung. Diese werden ab März 2019 in einem Bundesforum, in dem die Kolleginnen und Kollegen aus Landesverbänden und den GEW-Bundesausschüssen zusammen arbeiten sollen, vernetzt. Das Forum soll arbeitspolitische, rechtliche und pädagogische Herausforderungen diskutieren und Lösungen entwickeln. Vorschläge für eine bessere Verankerung von Medienbildung und Digitalisierung in den Curricula stehen ebenso auf der Agenda wie die Aus- und Fortbildung der Lehrenden. Weil die Digitalisierung auch ein Einfallstor für die Kommerzialisierung und Ökonomisierung des Bildungswesens ist, spielen schließlich die Verteidigung öffentlich verantworteter und finanzierter Bildung sowie das Zurückdrängen des zunehmenden Lobbyismus eine zentrale Rolle.

Mit den anderen DGB-Gewerkschaften verbindet die GEW das Ziel, die Digitalisierung so zu gestalten, dass die Kolleginnen und Kollegen ent- statt belastet werden. Und: dass Bildung sich weder technischen Entwicklungen noch Marktinteressen unterwirft, sondern die Pädagogik – und mit ihr die Lernenden und die Beschäftigten – im Mittelpunkt steht.

Martina Schmerr,
Referentin Organisationsbereich Schule
im GEW-Hauptvorstand

***DGB-Beschlüsse 2018: www.bundeskongress.dgb.de**
****DGB-Index Gute Arbeit: www.index-gute-arbeit.dgb.de**
*****Dienstvereinbarung zu „Logineo NRW“: bit.ly/logineo-nrw-pdf**
******GEW-Beschluss „Bildung in der digitalen Welt“: www.gew.de/beschluss-3-26-pdf**

Foto: privat

Ludger Humbert

PRO

Es braucht ein durchgängiges Pflichtfach Informatik!

// Wer die informatische Bildung außerschulischen Initiativen überlässt, vernachlässigt den Auftrag zur Aufklärung. Und ohne verpflichtenden Unterricht im Schulfach Informatik geht es nicht. //

Um grundlegende Ansprüche der Bildung in demokratisch verfassten Gesellschaften, nämlich Mündigkeit, Selbstbestimmungsfähigkeit und individuelle Verantwortlichkeit einzulösen, braucht es dem aktuellen Entwicklungsstand entsprechende basale Wissensbestände. Bezogen auf Informatik sind diese Grundlagen nicht nur Fakten, sondern zudem besondere Fachmethoden. Beiden Dimensionen gilt es, zur Ermöglichung informatischer Bildung Rechnung zu tragen.

Informatik ist allgegenwärtig: Die heutige Welt ist durch Informatik geprägt und von Informatik durchdrungen. Jede Arbeit und alle Lebensbereiche außerhalb individueller Arbeitszusammenhänge sind betroffen. Unzählige Bereiche werden heute und in Zukunft durch informatisch gestaltete Interaktion, Kommunikation und informatische Werkzeuge (heute als Tools oder Apps bezeichnet) nicht nur beeinflusst, sondern geändert.

Nützlich zur Problemlösung

In dieser Welt braucht es informatische Mündigkeit – gleich ob die Informatikmittel in anwendender, gestaltender oder passiv erlebender und nutzender Absicht in Erscheinung treten. Um informatische Mündigkeit zu entwickeln, benötigen alle Bürgerinnen und Bürger informatische Kompetenzen. Diese werden ausgeprägt, indem – durch die aktive, gestaltende Auseinandersetzung mit informatischer Modellierung – erkannt, ja erfahren wird, wie selbst entwickelte Algorithmen hinter der Oberfläche mit Daten, in Form selbst aufgebauter Datenstrukturen, arbeiten. Die Fachwissenschaft Informatik stellt langlebige Ideen und Methoden – speziell informatische Modellierung – bereit, um Probleme zielgerichtet und konstruktiv zu bearbeiten und zu lösen. Aber auch die prinzipiellen Grenzen von Lösungen sind unhintergehbare Forschungsergebnisse. Überdauernde Grundlagen der Informatik sind Daten und Algorithmen – sowie ihre Strukturierung. Diese stellen die fachlichen Ingredienzien der Digitalisierung dar. Aus der Informatik stammende Ideen und Methoden werden auch außerhalb dieser herangezogen: Schülerinnen und Schüler gestalten Problemlösungen auch, indem sie informatische Modellierungen zum Ablauf bringen. Das bedeutet: Informatische Kompetenzen sind für eigenständige Problembewältigung und Situationsbewertung in einem Alltag notwendig, der zunehmend von Informatik durchdrungen ist. Darüber hinaus sind sie aber anwendbar und erweitern die Methoden und Ideen anderer Wissenschaften – etwa die sogenannten „Bindestrichinformatiken“: Geoinformatik, Bioinformatik, Wirtschaftsinformatik … .

Um den Schülerinnen und Schülern zu ermöglichen, informatikbezogene Kompetenzen aufzubauen, benötigt jede Schule – auch Grundschulen – fachlich und fachdidaktisch qualifizierte Informatiklehrkräfte. Nur verpflichtender, durchgängiger Unterricht im Schulfach Informatik für alle Schülerinnen und Schüler über die gesamte Bildungskette – von der 1. Klasse der Grundschule bis zum mittleren Bildungsabschluss, ja bis zum Abitur – ermöglicht, dass die Bürgerinnen und Bürger der kommenden Generation geschlechts- und bildungsschichtunabhängig Zugang zur informatischen Mündigkeit erlangen. Informatik darf nicht außerschulischen Akteuren überlassen werden. Dann bleibt die notwendige informatische Aufklärung auf der Strecke.

Ludger Humbert,
Professor für Didaktik der Informatik
an der Universität Wuppertal

Der Beitrag steht unter einer
Creative Commons Lizenz:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/

Der Autor empfiehlt den Hashtag #PflichtfachInformatik auf Twitter: twitter.com/hashtag/PflichtfachInformatik

KONTRA

Bernd Schorb

Foto: privat

Fächerübergreifend kritisches Denken fördern!

// Wir brauchen medienkompetente und politische, keine digitalen Menschen. Kritisch-informatische Bildung gehört in alle Fächer. //

Erinnern wir uns an die 1980er-Jahre: Bundesregierung wie Kultusministerien hatten über Jahre finanzielle wie geistige Anstrengungen gescheut, die deutsche Schulwirklichkeit zu verbessern. Und das, obwohl seit zwei Jahrhunderten gut überlegte und begründete Modelle einer Reformpädagogik entwickelt worden waren, von Christian Salzmann über Adolf Reichwein bis zu Heinz-Joachim Heydorn. Nun war die Politik mit Unkenrufen der Ökonomen konfrontiert, Deutschland gerate in Sachen Computerindustrie ins Hintertreffen. Flugs wurde die Schule „reformiert“ und informationstechnische Bildung eingeführt. Da es um Technik ging, bildete man Lehrkräfte der naturwissenschaftlichen Fächer in Schnellkursen darin aus, Schülerinnen und Schülern das Programmieren zu lehren.

Das Ergebnis: keines. Von der informationstechnischen Grundbildung blieb das Restfach Informatik.

Es ist wieder soweit. Die BRD hat angeblich zu wenig Informatikerinnen und Informatiker, das Wirtschaftswachstum ist gefährdet. Wieder bildet man Lehrkräfte der naturwissenschaftlichen Fächer weiter, um die Schülerinnen und Schüler fit für die Industrie 4.0 zu machen, als Angestellte der Computerriesen oder als sich selbst ausbeutende „Start-ups“. Der „Erfolg“ ist absehbar.

Tatsächlich wäre es eine der Hauptaufgaben der Schule, Schülerinnen und Schüler zu Souveränen der digitalen Welt zu machen. Alle Bereiche des menschlichen Lebens sind von der Digitalisierung betroffen, und jeder Schüler und wohl auch jede Lehrkraft ist mit seinem Smartphone eingebunden. Sich in dieser Welt zu behaupten, sie zu gestalten, nicht ihr zu dienen, müsste die Idee einer modernen Schule sein, die ihre Wurzeln in der Reformpädagogik hat. Diese ist oder besser wäre dann nicht gerichtet auf Qualifizierung im Dienst der Computerindustrie – sondern auf die Stärkung der Menschen, im sozialen Kontext die Medien zu beherrschen.

Breite Medienkompetenz

Medienkompetenz umfasst alle Medien und natürlich informatische Grundkenntnisse. Ebenso umgreifend wie die digitale Welt muss das Wissen um diese sein. Natürlich sollen Schülerinnen und Schüler wissen, was Algorithmen und neuronale Netze sind, wie sie funktionieren, wozu sie genutzt werden und vor allem: welche Absichten mit der Nutzung verbunden sind und welche Folgen dies haben kann. Sie sollten „Big Data“ entschleiern können und analysieren, dass und wie individuelle Daten zum Zwecke der Enteignung der menschlichen Persönlichkeit gesammelt und in den „Clouds“ der Konzerne gespeichert und verarbeitet werden.

Die fünf größten Medienkonzerne der Welt entscheiden, welche Programme überhaupt entwickelt und angewandt werden. Hier werden die Strukturen geschaffen, die unseren Alltag gestalten und unsere Handlungsmöglichkeiten ebenso vorgeben wie begrenzen.

Das „mathematisch-technische“ Grundwissen muss der naturwissenschaftliche Unterricht möglichst praktisch und anschaulich vermitteln.

Dafür benötigt die Schule allerdings kein weiteres Prüfungsfach. Sie sollte fächerübergreifend die Fähigkeit der Schülerinnen und Schüler entwickeln helfen, die herrschenden Strukturen zu analysieren und mit ihnen kritisch umzugehen. Besonders die Möglichkeiten des exemplarischen und des handelnden Lernens taugen, um sich das in der digitalen Welt notwendige kritisch-reflexive und praktische Wissen anzueignen. Was wir brauchen, ist, wie der Sozialphilosoph Oskar Negt formuliert hat, die Erziehung zum politischen Menschen. Dieser besitzt die Kompetenzen, um einerseits die Komplexität der Mediengesellschaft zu durchschauen und sie andererseits als demokratische zu gestalten.

Bernd Schorb,
Professor für Medienpädagogik
an der Universität Leipzig (em.)

Mit dem Avatar im Meeting

// Auch in der Weiterbildung arbeiten Anbieter zunehmend mit Lernvideos, E-Books, Audiodateien, Webinaren und Lern-Apps. Bis zu einem Megatrend ist es allerdings noch ein weiter Weg. //

Bei der WBS Training AG in Berlin lernen Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Weiterbildung nicht mehr selbst vor Ort. Stattdessen steuern sie ihren Avatar, ihr virtuelles Ich, eine künstliche Figur, der die Lernenden aus Fleisch und Blut Leben einhauchen. Der Avatar arbeitet im Büro, bespricht sich im Meetingraum oder trifft sich in der Pause auf der Terrasse oder im Garten mit den anderen.

WBS-Vorstand Joachim Giese erklärt, warum Weiterzubildende wie Dozentinnen und Dozenten damit gute Erfahrungen machen: „Die Beteiligungsquote der Teilnehmenden steigt, der Dozent bekommt ein besseres Feedback.“ Und: Wenn ein Avatar zu lange inaktiv ist, nickt er auch schon einmal ein. „Das erkennt der Trainer und weiß: Hier ist sozusagen ein kleiner Schubser notwendig“, erläutert Giese. Und er erzählt von den Materialien, die in der Mediathek des 3D-LearnSpace auf die wissbegierigen Avatare warten – von Tutorials über Webinare bis zu virtuellen Unterrichtseinheiten. An 200 Standorten bietet WBS Training Kurse im Second Life an. Der Bildungsträger hofft, so möglichst viel vom wachsenden Weiterbildungskuchen abzubekommen.

Unter den 17.000 Weiterbildungsträgern bundesweit ist „Lernen mit dem zweiten Ich“ allerdings noch kein Megatrend. Auch viele etablierte Weiterbildungsanbieter sind bisher eher zurückhaltend, wie aus dem Monitor Digitale Bildung der Bertelsmann Stiftung hervorgeht. „Die digitale Transformation traditioneller Weiterbildungsformate, Organisationen und Geschäftsmodelle hat gerade erst begonnen“ – so formuliert es Jörg Dräger, Vorstand der Bertelsmann Stiftung.

Klassische Weiterbildungsanbieter setzen eher ergänzend auf digitale Bildungsangebote; seltener bieten sie Onlineformate oder virtuell-kollaborative Lernsettings an. Das gilt auch für das Berufsfortbildungswerk (bfw) des DGB. „Wir sind – vielleicht anders als manche Wettbewerber – der Ansicht, dass man nicht alles digitalisieren kann und auch nicht sollte“, erklärt Reinhold Petermann von der Geschäftsführung. „Wir setzen weiter überwiegend auf Angebote in Präsenzform.“

Markt mit Aussicht

In Deutschland ist viel Geld in Sachen beruflicher Weiterbildung unterwegs. Die Beschäftigten, die Betriebe und die Bundesagentur für Arbeit investierten 2015 rund 56,3 Milliarden Euro. In 2000 lag dieser Betrag erst bei rund 33 Milliarden, wie Daten des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zeigen. Dieser Aufwuchs ist ebenso ein Beleg für die steigende Bedeutung der Weiterbildung wie die zunehmende Zahl der Teilnehmenden an Weiterbildungsangeboten. Dennoch reicht es im internationalen Vergleich für Deutschland bisher nur zu einem Platz im Mittelfeld. Dafür, dass sich dies ändert, zeigt sich die Branche allerdings optimistisch.

Der sich aus der Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ergebene Bildungsbedarf soll nun Motor sein für weitersteigende Umsätze. Thiemo Fojkar, Vorstandsvorsitzender des Bundesverbands der Träger beruflicher Bildung (BBB) und des Trägers Internationaler Bund (IB), erklärt: „So viele gute Chancen hatten wir noch nie. Das Marktpotenzial ist da, und die Digitalisierung befeuert die Entwicklung.“

Digitale Möglichkeiten: Aus einer Vielfalt von Avataren – künstlichen Figuren – können Teilnehmende eines Online-Trainings ein „virtuelles Ich“ auswählen, das sie als Lernende im Seminar steuern, ohne selbst präsent sein zu müssen.

Das sieht man auch bei der Deutschen Angestellten-Akademie (DAA) nicht anders. Im vergangenen Jahr hat Geschäftsführerin Dina Bösch 1.350 Leute neu eingestellt. Die DAA setzt schon länger auf das virtuelle Klassenzimmer

Foto: Fotolia/zplusz

und hat damit Erfolg. Für Chefin Bösch ist das die richtige Reaktion darauf, dass die Teilnehmerzahlen bei regionalen Präsenzseminaren sinken – bei gleichzeitig wachsender Vielfalt der nachgefragten Inhalte: „Vielerorts haben wir es nicht mehr geschafft, in einer ausreichend großen Gruppe Präsenzunterricht zu organisieren. Das virtuelle Klassenzimmer hilft da ungemein."

Chance für die Regionen

Denn nun ist es egal, ob in der Geschäftsstelle Flensburg zwei, in Cottbus vier und in Hamburg nochmals vier Lernende mit ihrem Bildungsgutschein der regionalen Arbeitsagentur auflaufen. „Im virtuellen Klassenzimmer organisieren wir den Kurs überall da, wo es notwendig ist. Oft in Form eines Webinars: Das ist immer live, der Trainer ist virtuell zugeschaltet", berichtet Bösch, die seit drei Jahren an der Spitze der DAA steht. Im Hintergrund hält der Träger noch ein modulares Weiterbildungsangebot bereit. Mehr als 3.000 sogenannte Nuggets liegen auf dem Firmenserver in der hauseigenen Mediathek. Dennoch gilt: Auch in der virtuellen Welt schätzen die Teilnehmenden den persönlichen Kontakt. „Die richtige Mischung aus Lernbegleitung und Fachdozenten vor Ort oder im virtuellen Unterricht ist meist der richtige Ansatz", erläutert Bösch.

Natürlich hat das virtuelle Klassenzimmer mit seinen Lernvideos, E-Books, Audiodateien und Webinaren auch Auswirkungen auf die Arbeit des Personals. In einer Branche, in der es nur so wimmelt von schlecht bezahlten freiberuflichen Honorarkräften, gibt es Bildungsträger, die umschwenken und auf Vollzeitbeschäftigung setzen. Denn digitales Lernen bringt, quasi als Nebeneffekt, eine zeitlich gleichmäßige Auslastung der Lehrenden. Der Buchhaltungskurs läuft jetzt virtuell über das ganze Jahr hinweg. „Im Präsenzseminar wusste ich nicht, wo und ob ich überhaupt den Trainer einsetzen konnte. Das ist jetzt anders. Deswegen können wir den Dozenten fest anstellen", erläutert WBS-Vorstand Giese.

In BBB-Chef Fojkar, dessen Verband Tarifpartei für GEW und ver.di ist, haben die Gewerkschaften einen Mitstreiter für gute Arbeit gefunden: „Ich bin gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse in der Branche. Dafür kämpfe ich im Verband." Der erfahrene Weiterbildner muss einräumen, dass er dafür manchmal auch Kritik einstecken muss. Dabei ist seine Logik ziemlich überzeugend: „Wir brauchen Fachkräfte für digitales Lernen. Die kommen nicht zu uns, wenn wir prekäre Beschäftigung anbieten."

Klaus Heimann,
freier Journalist

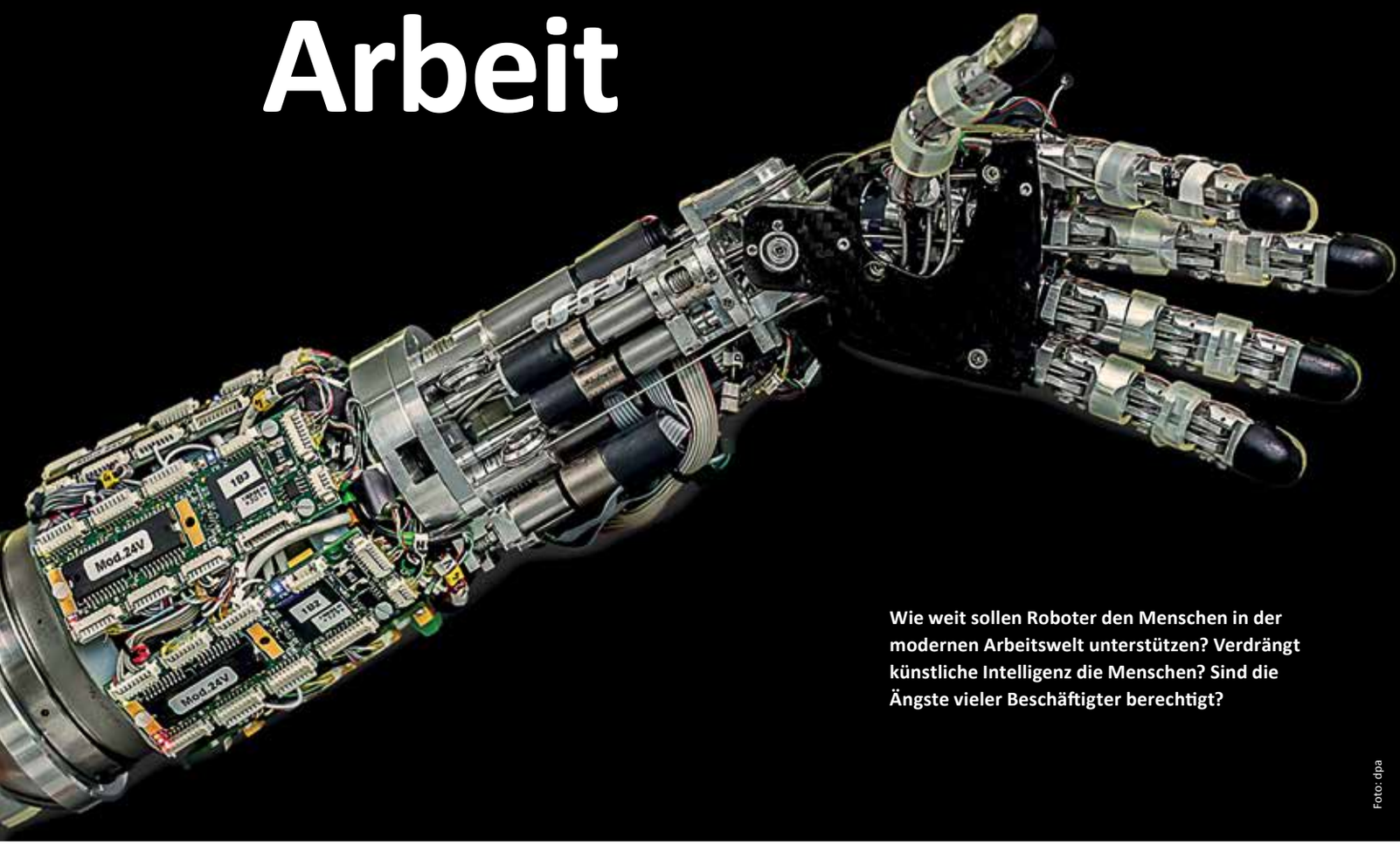
„Monitor Digitale Bildung: Die Weiterbildung im digitalen Zeitalter" (Bertelsmann Stiftung): bit.ly/monitor-digibildung-pdf

Mitdiskutieren
www.gew.de/EundW

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 40 Jahren.
NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig
2,50% echter Vorteilszins effektiver Jahreszins
Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484.- €
Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.
SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen
Exklusivzins sehr gut
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD
0800 - 8664422
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung Andreas Wendholt Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke

Kein Ende der Arbeit



Wie weit sollen Roboter den Menschen in der modernen Arbeitswelt unterstützen? Verdrängt künstliche Intelligenz die Menschen? Sind die Ängste vieler Beschäftigter berechtigt?

Foto: dpa

// **Auch wenn mit der Digitalisierung ein Strukturwandel verbunden ist, sind Horrorprognosen fehl am Platz. Und: Viele negative Entwicklungen sind stärker auf jahrelange Deregulierung zurückzuführen als auf neue Technologien. Die Gewerkschaften sind gefragt – und eine solide Bildungspolitik.** //

Wie alle großen technologischen Umbrüche weckt auch die Digitalisierung Ängste bei vielen Beschäftigten. Geschürt werden diese nicht zuletzt durch Horrorprognosen aus der Wissenschaft. Ein Beispiel dafür ist eine Studie von Carl Benedict Frey und Michael Osborne aus dem Jahr 2013, die durch die Weltpresse ging und laut der in den kommenden 20 Jahren 47 Prozent aller Arbeitsplätze durch den Einsatz digitaler Technologien verlorengehen sollen. Im Einzelnen sind die Prognosen der beiden Wissenschaftler, deren Studie auf Einschätzungen von Ingenieuren der Universität Oxford basiert, mehr als fraglich: So werden Köchen Arbeitsplatzverluste von 96 Prozent, Dachdeckern von 90 Prozent vorausgesagt. Beides ist nur bei völlig unrealistischen Szenarien – es gibt nur noch Fast Food, alle Dächer werden vorgefertigt und per Hubschrauber aufgesetzt – denkbar.

Damit die Szenarien zuträfen, müsste die Produktivität pro Arbeitsstunde schneller wachsen als in der Vergangenheit. Das Gegenteil ist der Fall! In Deutschland wie in allen anderen entwickelten Volkswirtschaften sank der Zuwachs der Stundenproduktivität in den vergangenen Jahrzehnten von mehr als 4 Prozent pro Jahr Anfang der 1970er-Jahre auf knapp 1 Prozent seit 2010. Die dahinterliegenden Gründe sind vielfältig. Am wichtigsten sind: die Zunahme personalintensiver Dienstleistungen, die sich nicht so einfach rationalisieren lassen; nicht gemessene Qualitätsverbesserungen der Produkte sowie die wachsenden Dokumentationspflichten, die Produktivitätsgewinne schlucken. Und: Überfällige Qualitätssteigerungen bei persönlichen Dienstleistungen wie die Verbesserung der Lehrkraft-Schüler- oder der Pfleger-Pflegende-Relation würden sich sogar in einer sinkenden Stundenproduktivität niederschlagen.

Realistischere Prognosen gehen von weit geringeren Auswirkungen der Digitalisierung auf die Beschäftigung aus; allerdings werden beträchtliche Verschiebungen zwischen den Branchen erwartet. Auf der Gewinnerseite werden wissensintensive und persönliche Dienstleistungen stehen. Beschäftigungsverluste wird es im gewerblichen Bereich, aber auch in Dienstleistungsbranchen wie dem Bankensektor geben. Und: Diese Verluste werden auch gut qualifizierte Beschäftigte treffen.

Sinkende Tarifbindung

Nun beruhigt man Beschäftigte, deren Arbeitsplatz bedroht ist, nicht mit dem Hinweis, insgesamt könne die Beschäftigung steigen. Wichtiger sind die eigenen Zukunftsperspektiven im Strukturwandel. Und da kann man in Deutschland tief fallen und zwar sowohl, was das Einkommen als auch was das Qualifikationsniveau angeht: 1990 wurden noch mehr als 85 Prozent der Beschäftigten nach Tarif entlohnt; die Branchentarife stellten sicher, dass man auch bei einem Arbeitsplatzwechsel ordentlich bezahlt wurde. Auch Fortbildungen und Umschulungen wurden großzügig gefördert, sodass man seine Qualifikationen für einen Neubeginn auffrischen konnte.

Heute ist die Tarifbindung in Westdeutschland auf 57, in Ostdeutschland sogar auf 44 Prozent gesunken. Arbeitsplätze gehen besonders in traditionellen Branchen verloren – wo die Gewerkschaften stark sind und die Tarifbindung hoch ist. Neue Tätigkeiten entstehen dagegen vor allem in nicht tarifgebundenen Dienstleistungsunternehmen. Das hat allerdings mehr mit der Deregulierungspolitik der vergangenen Jahrzehnte als mit Technik zu tun. So wurde den Unternehmen erleichtert, Beschäftigung in tarif- und betriebsratsfreie Zonen auszulagern. Wer heute seinen Arbeitsplatz in einem tarifgebundenen Unternehmen verliert, muss unter Umständen mit Einkommensverlusten von bis zu 40 Prozent rechnen. In Dänemark oder Schweden mit einer Tarifbindung von über 90 Prozent sehen die Beschäftigten aus guten Gründen die Gefahr eines Arbeitsplatzverlustes viel entspannter.

Zudem wurde mit den Hartz-Gesetzen die Förderung abschlussbezogener Weiterbildungsmaßnahmen drastisch eingeschränkt, diese sogar verdächtigt, vor allem Sonderinteressen der Weiterbildungsträger zu bedienen und Arbeitslose von der Arbeitssuche abzuhalten. In Folge sank die Zahl der Teilnehmenden an einer abschlussbezogenen Weiterbildung, die bis 2004 regelmäßig zwischen 100.000 und 200.000 Menschen pro Jahr schwankte, bis 2007 auf nur noch 34.000.

Hauptziel der Arbeitsmarktpolitik war die schnelle Vermittlung in die vielen neuen schlecht bezahlten Jobs geworden. In der Weiterbildung wurde fast nur noch „Fast Food“ angeboten, wie Bewerbungstraining oder fachliche Kurzmodule. Diese Politik funktionierte, solange man sich aus einem großen Pool qualifizierter Arbeitsloser bedienen konnte. Inzwischen aber fehlen Fachkräfte allerorten und die Arbeitslosigkeit der Ungelernten, die man vor zehn Jahren hätte qualifizieren müssen, liegt bei rund 20 Prozent.

Die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften ist, das Lohngefälle zwischen den Betrieben zu verringern. Die erfolgreiche Kampagne für die Einführung des Mindestlohns war ein erster Schritt. Für den zweiten Schritt fehlt bislang ein überzeugendes Konzept. Die Unternehmerverbände blockieren die Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Entgelttarifen; ihre Mitglieder nutzen die durch die neuen Technologien verbesserten Möglichkeiten der Auslagerung von Arbeitsplätzen weiter. Überfällig ist eine politische Diskussion, wie man – notfalls auch gegen die Arbeitgeberverbände – Tarifverträge bei bestehendem öffentlichen Interesse für allgemeinverbindlich erklären kann. Ein solches Interesse könnte man beispielsweise bei einem überdurchschnittlichen Anteil von Niedriglöhnen in einer Branche unterstellen. Weil es mit staatlichen Eingriffen in die Tarifautonomie verbunden ist, ist das für die Gewerkschaften ein heikles Thema. Aber will man dem kontinuierlichen Absterben der Tarifbindung in vielen Branchen einfach weiter zuschauen?

Zudem müssen die Weiterbildungschancen verbessert werden. Das erfordert einen Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik: weg von der schnellen Vermittlung in Richtung einer nachhaltigen Förderung. Erste Schritte sind gemacht: Die Zahl der Teilnehmenden in abschlussbezogenen Weiterbildungsmaßnahmen ist zuletzt immerhin auf rund 60.000 pro Jahr gestiegen. Und: Weiterbildung muss wieder finanziell attraktiver werden. Es kann nicht sein, dass ein Arbeitsloser in einem Ein-Euro-Job pro Monat zusätzlich zu seiner Arbeitslosenunterstützung eine Aufwandsentschädigung von etwa 180 Euro bekommt, während man in einer weit anspruchsvolleren Vollzeitumschulung leer ausgeht.

Mythen in der Bildung

Schließlich gilt es, sich in der aktuellen Bildungsdiskussion vor Mythen zu hüten. Das gilt allen voran für die Aussage, die Halbwertszeit von Qualifikationen nehme durch den technologischen Fortschritt ab. In dieser Pauschalität ist das falsch! Die schulische Grundbildung hält das ganze Leben, wenn man sie nicht verkümmern lässt. Auch in der akademischen wie in der nicht akademischen beruflichen Bildung gibt es einen Grundkanon mit sehr langer Halbwertszeit: Die breit angelegte deutsche Berufsausbildung ermöglicht vielen Beschäftigten, sich in neue Anforderungen in Unternehmen erfolgreich einzuarbeiten. Das ist das eigentliche Geheimnis der deutschen Wettbewerbsfähigkeit. Richtig ist natürlich, dass spezifische operative Kenntnisse schnell veralten und – wie schon in der Vergangenheit – einige Berufe wegfallen und neue entstehen. Die Schlussfolgerung ist, dass man den technologischen Wandel am besten mit einer guten schulischen Grundausbildung und einer breiten beruflichen Grundausbildung bewältigt. In der Berufsausbildung ist die Entwicklung breiter Kernberufe einen richtigen und wichtigen Weg gegangen. In der akademischen Ausbildung ist man mit mittlerweile 16.000 verschiedenen Master- und Bachelorabschlüssen hingegen auf dem Holzweg.

Gerhard Bosch,
Seniorprofessor für Arbeits- und Wirtschaftssoziologie am Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Universität Duisburg-Essen

Althochdeutsch via YouTube

// Der Linguist Alexander Lasch und seine Erfahrungen mit Lehrfilmen, Podcasts & Co: immer wieder bei Null anfangen. //

Digital gestütztes Lehren und Lernen? Alexander Lasch, Professor für Germanistische Linguistik und Sprachgeschichte am Institut für Germanistik der TU Dresden, spricht lieber von „elektronischen Lösungen“, wenn es um Digitalisierung an den Hochschulen geht. Für viele Hochschulangehörige, sagt er, sei mit dem Aufkommen digitaler Hilfsmittel die „bittere Erfahrung“ verbunden gewesen, „dass es die versprochenen Wundermittel für eine bessere Wissensvermittlung nicht gibt“.

Was also tun – sich enttäuscht abwenden und die Lehre und das Studium weiter so betreiben, wie es jahrhundertelang üblich war? Der 42-Jährige wählte einen anderen Weg: Er suchte intensiv nach dem Nutzen digitaler Elemente für seine Arbeit. „Mein Einstieg war das Bloggen“, erzählt der Linguist, „da habe ich Tools vorgestellt, die für Studierende und Wissenschaftler nützlich sein können.“ Ziel war, zur Partizipation und zum gemeinsamen Erarbeiten von Ergebnissen anzuregen: „Damit wollte ich die Ellenbogenmentalität im akademischen Bereich ein bisschen zurückdrängen.“ Außerdem sei es ihm von Anfang an um mehr Transparenz an der Grenze zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit gegangen.

Mehr als 30.000 Aufrufe

Schnell entdeckte Lasch auch Podcasts und Lehrvideos für sich. Wer auf seinem YouTube-Kanal* stöbert, findet Audios und Videos, Lehrveranstaltungen und Vorträge. Manche wie die schon vor einigen Jahren erstellten Podcasts zur Einführung ins Alt- und Mittelhochdeutsche kommen auf über 30.000 Aufrufe, andere wie der recht frisch eingestellte Mitschnitt eines Vortrags über „Konstruktionsgrammatik und Framesemantik“ fanden bisher nur gut 60 Zuschauende. „Mit YouTube erziele ich die größte Reichweite“, sagt Lasch, „gleichzeitig lassen sich die Videos am leichtesten in die akademische Lehre integrieren.“ Er sieht gleich drei Vorteile des Mediums: Studierende können von Vorträgen anderer Unis profitieren oder bei verpasster Vorlesung den Stoff nachhören – und die Reichweite und Sichtbarkeit der eigenen Arbeit und Hochschule wird deutlich erhöht.

Dennoch: In jedem Semester beginnt das Ringen um die digitale Lehre aufs Neue. „Man fängt eigentlich immer wieder bei Null an“, hat der Professor festgestellt: „Die Studierenden haben alle einen Rechner in Form eines Smartphones dabei, nutzen ihn aber eigentlich wie ein Nokia-Modell aus der Zeit der Jahrtausendwende.“ Das sei einerseits mühsam, sagt Lasch, biete aber andererseits die Chance, sie gezielt an eine kollaborative Arbeitsumgebung heranzuführen. Sein Credo: „Digitalisierung darf kein Selbstzweck sein, sondern muss immer einen Nutzen für die eigene Arbeit haben.“ So stellt er seinen Studierenden Aufgaben, die auch mit Bleistift und Papier lösbar sind – die aber, darauf zielt der Professor ab, „irgendwann an eine bestimmte Schmerzgrenze stoßen und dann einfacher, schneller und besser mit digitalen Hilfsmitteln zu lösen sind“. Das gelte etwa bei der Korrelation von Daten.

Die Studierenden seien dann schnell überzeugt – und können als Leistungsnachweise beispielsweise Lehrvideos erstellen oder Blogartikel schreiben. Schließlich, sagt Lasch, sei es auch eine Frage der Wertschätzung für die studentischen Arbeitsergebnisse, ob man diese in einer Schublade verschwinden lässt oder sie veröffentlicht. Die Dresdner Linguisten haben einen eigenen Blog, in dem neben Infos zum Studium immer wieder auch studentische Forschungsergebnisse publiziert werden**.

Foto: privat

Alexander Lasch

Doch obwohl die digital gestützte Wissensvermittlung in Dresden schon Alltag ist***, hat Lasch weitere Pläne. Einen Musterstudiengang für Digital Humanities will er mit Kolleginnen und Kollegen an der TU aufbauen, mit starken IT-Anteilen, aber eben doch klar geisteswissenschaftlich geprägt: „Damit Linguisten und andere Geisteswissenschaftler ihre eigenen Materialien auf hohem inhaltlichen und technischen Niveau herstellen können.“

Armin Himmelrath,
freier Journalist

***bit.ly/youtube-lasch**
****http://gls-dresden.de**
*****bit.ly/lasch-digiteaching**

Wikipedia-Artikel statt Hausarbeit

Foto: privat

Friederike Elias

// Die Soziologin Friederike Elias und ihre Ideen für die digitale Hochschullehre: Wer auf Wikipedia veröffentlicht, bekommt den Review-Prozess gleich inklusive. //

Muss es denn wirklich immer eine Hausarbeit sein? Eigentlich könnte die Hochschullehre mal etwas Neues vertragen, dachte sich Friederike Elias, Soziologin an der Uni Heidelberg. Zusammen mit ihrem Kollegen Christian Vater, einem Philosophen, erforscht die 39-Jährige, wie Wissen dokumentiert und weitergegeben wird. Und gemeinsam fragten sie sich: Wie wäre es, wenn die Studierenden statt einer Hausarbeit einen Wikipedia-Artikel verfassten? Vor knapp zwei Jahren setzten sie ihre Idee um.

„Die Schreibprozesse ziehen sich viel länger hin als bei einer normalen Hausarbeit“, berichtet Elias von den Erfahrungen mit der neuen Form der Leistungsnachweise. Die Artikel, etwa zu soziologischen und philosophischen Aspekten der Liebe, zur Theorie digitaler Medien oder zum Stichwort „kollektive Identität“* entstanden in seminarbegleitenden Übungen. „Danach kamen mehrere Review-Prozesse, immer wieder gab es Überarbeitungen und Verbesserungen“, erzählt die Soziologin. Kein Wunder, schließlich gilt die Wikipedia-Community als äußerst diskussionsfreudig: Wer hier einen Text veröffentlicht, der kann fest mit umfangreichem – und kritischem – Feedback rechnen.

„Akademikerinnen und Akademiker müssen sich in öffentliche Diskussionen einmischen und der Kritik stellen“, sagt Elias. Ein Lexikoneintrag sei dabei eine selten geübte, gleichwohl aber wissenschaftliche Textform, die genau das ermöglicht. Und weil mit Wikipedia im Netz ein öffentliches Lexikon zur digitalen Verfügung steht, sei das ein passender Leistungsnachweis für Studierende. Ansonsten, sagt die Soziologin, die im Sonderforschungsbereich „Materiale Textkulturen“ arbeitet, seien die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Hochschulen oft noch überschaubar. „Vieles mit dem Label ‚digital‘ ist nicht wirklich neu, sondern stellt oft nur eine Transformation von Bekanntem in neue Medien dar.“

Scrum & Co.

So beschränke sich E-Learning auf der an vielen Hochschulen genutzten Moodle-Plattform häufig auf Serviceangebote: „Früher gab es in der Bibliothek den Semesterapparat als Kopiervorlage, heute werden die Texte zum Download bereitgestellt.“ Elias will mit ihren Kolleginnen und Kollegen mehr ausprobieren: „Wir versuchen, die Studierenden dazu anzuregen, eigene Datenbanken aufzubauen, ihre Inhalte auszutauschen und digitale Kommunikationsforen zu nutzen.“ Dabei machen sie die Studierenden auch mit modernen Managementtechniken bekannt, etwa der Scrum-Methode zum schrittweisen, flexiblen Entwickeln von Projektergebnissen, stark ausgehend von den Impulsen der Akteure – in diesem Fall also der Studierenden.

Fertige Rezepte für eine digitale Hochschullehre hat Elias nicht. „Ich bin ständig dabei, meine eigenen Lehrmethoden zu überdenken“, sagt die Soziologin. Wichtig ist ihr, Studierende noch stärker in Planungsprozesse einzubeziehen und sich selbst nicht als Wissensvermittlerin, sondern als Lernbegleiterin zu begreifen. In einem Forschungsseminar zum Thema „Herausforderungen für Organisationen im digitalen Zeitalter“, das sie zusammen mit Elizangela Valarini konzipiert hat, zeigt sich, wie das konkret aussehen kann: Dort erforschen sechs Studentinnen, wie die Hochschule 4.0 mit Blick auf Digitalisierung und Personalentwicklung gestaltet werden kann. In Interviews mit Forschenden sowie der Personalentwicklungsabteilung der Uni Heidelberg wollen sie untersuchen, welche Anforderungen im Zuge der Digitalisierung an Hochschulen tatsächlich bestehen und wie man diesen gerecht werden kann**.

Das Wikipedia-Experiment jedenfalls hat Elias Mut gemacht. „Wegen der öffentlichen Sichtbarkeit und dem Zwang, sich kurz und dennoch verständlich und richtig auszudrücken, haben die Studierenden viel mehr über das eigene Schreiben reflektiert.“ Die Text- und Wissensproduktion sei damit nachhaltig verändert worden: „Das hat sich auf jeden Fall bewährt!“

Armin Himmelrath,
freier Journalist

***bit.ly/wiki-kollek-ident**
****Kontakt zum Projekt: hochschule4.0@soziologie.uni-heidelberg.de**

Digitalisierung als

// Während im privaten Alltag eindeutig ist, dass die digitale Welt eine soziale und kommunikative Seite hat, wird dies in der Debatte über die Arbeitswelt kaum diskutiert. Dabei braucht es für neue Prozesse neue Kompetenzen. Das hat auch Auswirkungen auf die berufliche Bildung. //

Als die Industrie 4.0 in unsere Gesellschaft trat, gab es nach nur drei Jahren 100 Begriffsbezeichnungen und eine Flut an Publikationen zum vermeintlich revolutionären Umbruch der Arbeitswelt*. Inzwischen ist Ernüchterung eingetreten. Statt von revolutionären Umbrüchen ist die Rede von evolutionären Entwicklungen, die sich je nach Branche, Betriebsgröße, technologischer Ausstattung, Qualifikationsstruktur und Region unterschiedlich gestalten. Intensiv diskutiert wird die Frage nach den Kompetenz- und Qualifikationsanforderungen.
Wird im Zusammenhang mit der Digitalisierung der Arbeitswelt nach zukünftigen Kompetenzen gefragt, dreht sich die Diskussion vor allem um zwei Aspekte: um die zunehmende Bedeutung informationstechnischer Kompetenzen sowie um notwendige fachübergreifende Fähigkeiten, etwa Prozess- und Zusammenhangswissen, Eigenverantwortlichkeit, Problemlösungs- und Organisationsfähigkeit**. Aktuelle Studien bestätigen, dass in Unternehmen, die sich zunehmend digitalisieren, die Anforderungen an Planung und Organisationsfähigkeit ebenso steigen wie jene an Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit***. Denn: Team- und Projektarbeit, virtuelles Arbeiten sowie die Kommunikation und Kooperation mit internen und externen Partnern in unterschiedlichen Zusammenhängen verändern nicht nur den Arbeitsalltag jedes Einzelnen. Die neuen Arbeitsweisen erfordern auch neue Formen der abteilungs-, disziplin- und/oder hierarchieübergreifenden Vernetzung sowie der dezentralen Steuerung.

Eingeschränkte Sicht

Digitalisierung ist also vor allem ein sozialer Prozess. Demgegenüber konzentrieren sich die Debatten über ihre Auswirkungen im beruflichen Alltag vornehmlich auf technische Aspekte und Befürchtungen, dass der Mensch in einer Zeit, in der Maschinen mit Maschinen kommunizieren, auf das Analoge reduziert wird. Während, auf der anderen Seite, die kommunikative und soziale Dimension der Digitalisierung in unserem privaten Alltag unbestritten ist. Diese vergleichsweise eingeschränkte Sichtweise mag auch eine Erklärung dafür sein, dass die wenigen bislang vorliegenden empirischen Studien aus der Produktionstechnik sowie dem Maschinen- und Anlagenbau kommen.
Eine Alternative zu dieser durch stete Wiederholung nahezu zu einer Selbstverständlichkeit gewordenen Beschreibung bietet sich über eine Betrachtung der digitalen Transformation anhand der verschiedenen Medienepochen an: Sprache, Schrift, Buchdruck und digitale Medien. Für diese alternative Sichtweise spricht zweierlei: Erstens lässt sich die Medienentwicklung – von der Sprache über den Buchdruck bis zu digitalen Medien – als eine Geschichte der Steigerung von Vernetzungsmöglichkeiten lesen. Zweitens wird so die Sozialität digitaler Medien in den Blick genommen.
Der Medien- und Systemtheoretiker Dirk Baecker spricht davon, dass jedes neue Kommunikationsmedium einen „Überschusssinn“ bereitstellt – und zwar in dem Sinne, dass es mehr Möglichkeiten der Kommunikation bietet, als jeweils aktuell wahrgenommen werden können****. Bereits der Buchdruck abstrahierte die Schriftzeichen von der analogen Handschrift zugunsten einer standardisierten und verlustfrei repetierbaren Verbreitung. Nun eröffnen digitale Medien neue Möglichkeiten der Kommunikation, des Erreichens und Verstehens neuer Adressatenkreise. Das Neue besteht darin, dass Maschinen an Kommunikation beteiligt sind, und sich alle anderen Akteurinnen und Akteure – Menschen, Organisationen, Teams – darauf einstellen und neue Formen der Kommunikation und Interaktion generieren (müssen). Digitale Medien sind nicht mehr nur ein Gegenüber, sondern integraler Bestandteil sozialen und kommunikativen Handelns. Stichworte wie „Soziale Robotik“, „Artificial Companions“ (künstliche Begleiter, etwa

Aus dem Blickwinkel verschiedener Medienepochen – Sprache, Schrift, Buchdruck und digitale Medien – lässt sich die digitale Transformation als vorläufiger Höhepunkt in der Geschichte zunehmender Kommunikation und Vernetzung lesen.

Foto: dpa/Stocksnap.io (CC0)/zplusz

sozialer Prozess

Roboter), Wearables (am Körper getragene Kleincomputer) und „intelligente Maschinen“ signalisieren neue Formen der Kommunikation und Vernetzung.

Von Daten zu Informationen

Zu unterscheiden ist zwischen technischen und sozialen Kommunikationsformen im Kontext der Digitalisierung: Kommunizieren Maschinen untereinander, handelt es sich schlicht um einen Signalaustausch, eine Zeichenlogik. Soziale Kommunikation zwischen Menschen sowie mit nichtmenschlichen Akteuren hingegen ist mehr als ein Signalaustausch – es geht um Verstehensleistungen, Interpretationen, also darum, Bezüge und Referentialitäten herzustellen sowie mit Ambivalenzen und Nichtwissen in der Kommunikation umzugehen. Und: Die Aufgabe des Menschen ist die Interpretation, Reflexion und Verknüpfung des Digitalen mit dem Analogen. Erst Informationen bringen Daten in Form, um sie anderen zugänglich zu machen; und nur durch Kommunikation werden aus Daten Informationen. Insofern lassen sich virtuelle Räume als „soziale Handlungsräume“ begreifen – und diese setzen soziale Kompetenzen ebenso voraus wie sie diese benötigen*****.

Und: Wenn die Arbeit abstrakter wird, verlangt dies eine zunehmende Interpretation, Rekontextualisierung (Wiederherstellen von Zusammenhängen, Anm. d. Red.) und Deutung von Informationen. Gegenwärtig lassen sich bei der Einführung digitaler Technologien allerdings systematische Übersetzungsprobleme von der Logik der Software in die Realität komplexer soziotechnischer Arbeitswelten beobachten – gerade weil das Nichtformalisierbare, das Überraschende und Nichttriviale sozialer Kommunikation vernachlässigt wird.

Welche Konsequenzen haben diese Überlegungen für die berufliche Bildung? Der anhaltende Trend zum Akademischen ist eine Reaktion auf verändertes Berufswahlverhalten – aber auch auf sich wandelnde Rekrutierungspraktiken der Unternehmen, die überfachliche Fähigkeiten und kognitiv-theoretische Anforderungen bisher eher dem akademischen als dem beruflichen Bildungsgang zuschreiben. Für die berufliche Bildung stellt sich nun die Frage, wie sie ihren Fokus zugunsten der beschriebenen Sozialität digitaler Technologien neu ausrichtet. Dazu gehört, dass neben dem Zugang zu Informationen und Wissen der kreative und mitunter spielerische Umgang mit denselben an Bedeutung gewinnt, damit die Beschäftigten bei zunehmender Automatisierung zu Problemlösungen befähigt werden.

Zudem konfrontieren uns die digitalen Technologien mit bislang unwahrscheinlichen Formen der Organisation von Komplexität. Auch in diesem Zusammenhang ist die berufliche Aus- und Weiterbildung gefordert, die sozialen und kulturellen Veränderungen der Arbeitswelt in den verschiedenen Berufsfeldern aufzugreifen und die Sozialität der Digitalisierung zu fokussieren. Insgesamt liegt die Herausforderung in der Förderung all jener Kompetenzanforderungen für die Gestaltung sozialer Innovationen in digitalisierten Arbeitswelten, die durch den technischen Fortschritt möglich und notwendig werden.

Daniela Ahrens,
Uni Bremen, Institut Technik und Bildung,
stellvertretende Abteilungsleiterin der
Abteilung Lehren, Lernen, Organisation

***s. Jörg Abel: „Kompetenzentwicklungsbedarf für die digitalisierte Arbeitswelt. FGW-Studie 09“, 2018. Download: bit.ly/fgw-digiarbeit-pdf**

****s. Melanie Arntz. et al.: „Dienstleister haben die Nase vorn“, in: IAB-Kurzbericht Nr. 22/2016. Download: bit.ly/iab-4-0-pdf**

*****s. Andrea Hammermann, Oliver Stettes: „Qualifikationsbedarf und Qualifizierung, Anforderungen im Zeichen der Digitalisierung“, IW policy paper 3/2016. Download: bit.ly/iw-digiquali-pdf**

******s. Dirk Baecker: „Ausgangspunkte einer Theorie der Digitalisierung“. Download: bit.ly/db-digitheorie-pdf**

*******s. Andreas Boes et al.: „Informatisierung und neue Entwicklungstendenzen von Arbeit“, in: Arbeits- und Industriesoziologische Studien 1/2014. Download: bit.ly/ab-informatisierung-pdf**

Foto: Stiftung Haus der kleinen Forscher/Christoph Wehrer

Haben Algorithmen etwas mit Algen zu tun? Und was ist ein Binärcode? Ein Zauberwort? Die Stiftung „Haus der kleinen Forscher" bietet Kita-Fachkräften ein neues Programm an: „Informatik entdecken – mit und ohne Computer". Es schult Erzieherinnen und Erzieher, damit sie den Einstieg in Fragen der Digitalisierung für die Jüngsten kindgerecht anbieten können.

Digitale Bildung ohne PC

// Die Stiftung „Haus der kleinen Forscher" will bereits Kita-Kinder an den digitalen Alltag heranführen. Dabei helfen Karten mit Nullen und Einsen, ein Seil und Post-it-Zettel. //

In der Kita Maris sitzt ein Dutzend Knirpse im Kreis und schaut gespannt auf Erzieherin Franziska Nischke. „Wisst ihr, was ein Algorithmus ist?", fragt Nischke und guckt in die Runde. Nico* hebt den Finger. „Hat das was mit Algen zu tun?" Leider nein. „Klingt ein bisschen nach Rhythmus", sagt Lisa*. Nischke nickt. „Das geht in die richtige Richtung, auch wenn das Wort da nicht herkommt." Denn Algorithmen „bezeichnen etwas, das immer wieder passiert", nach klaren Regeln und Befehlen. Wie das Klatschen im Morgenkreis, die Schritte beim Papierfliegerfalten oder Wenn-dann-Vereinbarungen beim Mittagessen. „Algorithmen stecken auch im Computer", erklärt Nischke, „der muss dafür sortieren, ordnen, wiederholen, Schritt für Schritt – ein bisschen wie beim Spiel ‚Koffer packen'." Und das wird jetzt gemeinsam gespielt. „Hurraa."

Die Kita Maris, eine Einrichtung der Nachbarschafts- und Selbsthilfezentren in der Berliner UFA-Fabrik, ist eine der ersten Einrichtungen, in der die Fachkräfte mit dem neuen Angebot der Stiftung „Haus der kleinen Forscher" arbeiten: „Informatik entdecken – mit und ohne Computer"**. Seit zehn Jahren wird in der Kita naturwissenschaftlich geforscht. Jetzt rückt das Digitale in den Blick. In jedem der fünf Teams, die den Alltag der 200 Kinder organisieren, ist eine Fachkraft dafür zuständig. Menschen wie Nischke und ihre Kollegin Tina Dölle, die neulich eine dazugehörige Fortbildung besuchten. Dölle: „Es war ein echter Aha-Effekt für uns, dass im Grunde unser ganzer Kita-Alltag von Algorithmen geprägt ist – wir haben doch auch überall kleinteilige Regeln."

Positive Evaluierung

Informatische Bildung in der Kita – brauchen wir sie? Und wie könnte so eine Bildung aussehen? Diese Fragen stellte sich von 2015 bis 2017 eine Expertengruppe aus Wissenschaft und Pädagogik für das „Haus der kleinen Forscher". „Unser Ziel ist nicht Computerunterricht. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, dass Kinder früh eine Vorstellung von den Prozessen entwickeln, die hinter den Geräten liegen", sagt Karen Brünger, Teamleiterin „Inhaltliche Entwicklung". Wie funktionieren Computer? Wie arbeiten Algorithmen? Was sind Daten? „Digitale Geräte gehören zur Welt der Kinder. Es ist wichtig, dass sie diese Welt verstehen." Drei unterschiedliche Zugänge haben die Bildungsexperten entwickelt: Programmieren lernen, Robotik erleben und besonders wichtig: „unplugged", also ohne Computer, die Grundprinzipien verstehen.

Um zum Beispiel die Steuerung von Robotern besser zu begreifen, sollen sich die Kinder mit Hilfe von Befehlen auf Post-it-Zetteln durch den Gruppenraum steuern. Rechts, links, stopp. Um zählen zu lernen wie ein Computer, basteln sie Karten mit Nullen und Einsen und legen die Geburtsdaten von Geschwistern. Um zu begreifen, wie im Computer Abläufe optimiert werden, stellen sich die Kids im Raum auf und suchen mit dem Seil den kürzesten Weg, der alle verbindet. Denn: Je kürzer dieser, desto stabiler ein System – es kann weniger schiefgehen.

Einen Praxistag lang dauert die Fortbildung „Informatik entdecken". Dazu gibt es pädagogische Materialien und einen zweistündigen Onlinekurs. Brünger: „Wir wollen den Fachkräften die Scheu nehmen und ein Instrumentarium in die Hand geben." Dass die Ansätze greifen, zeigen Evaluierungen der Pilotphase mit Berliner und Brandenburger Einrichtungen.

Allerdings wird kontrovers diskutiert, wie sinnvoll es ist, dass sich schon die Kleinsten mit Algorithmen & Co. befassen. „Ambivalent" ist Harmut Wedekind, Professor für Frühpädagogik an der Alice Salomon Hochschule Berlin: „Einerseits müssen wir Kindern Zugänge zu dem digitalen Wahnsinn eröffnen, in dem sie aufwachsen, und ihnen Möglichkeiten zeigen, die Technik zu verstehen und sinnvoll zu nutzen. Andererseits dürfen wir nicht vergessen, dass man mit dem Tablet nicht riechen, sprechen, hüpfen – schlicht nicht die Realität erfahren kann."

Anja Dilk,
freie Journalistin

***Name geändert**
****bit.ly/kleine-forscher-informatik**

World Teachers‘ Day 2018

// Am 5. Oktober ist Welttag für alle Menschen, die im Bildungsbereich arbeiten. //

„Recht auf Bildung bedeutet: Es gibt ein Recht auf gut ausgebildete Lehrende“ – unter diesem Leitthema steht der World Teachers‘ Day am 5. Oktober. Dieser wird jährlich von der UNESCO, der internationalen Arbeitsorganisation ILO und dem Gewerkschaftsdachverband Bildungsinternationale (BI) veranstaltet. Fast könnte man meinen, sie hätten die Situation in Deutschland zum Anlass für das Jahresthema genommen.

Doch nicht nur in der Bundesrepublik fehlt es an qualifizierten Lehrenden. Nach Angaben der UNESCO werden weltweit rund 69 Millionen zusätzliche Lehrkräfte benötigt, um allen Kindern bis 2030 – wie mit den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung beschlossen – eine Schulausbildung zu ermöglichen. „Gute Bildung gibt es nur mit gut ausgebildeten Fachkräften“, erklärt GEW-Vorsitzende Marlis Tepe, die auch Vizepräsidentin der BI ist. Die aktuelle Misere in Deutschland bezeichnet Tepe als „hausgemacht“. Die Bundesländer hätten „verschlafen, ausreichend Lehrkräfte insbesondere für Grundschulen auszubilden, um die Unterrichtsversorgung trotz Pensionierungswelle und steigender Schülerzahlen sicherzustellen“. Nun sei es wichtig, den vielen Quer- und Seiteneinsteigerinnen und -einsteigern Wertschätzung entgegenzubringen und sie pädagogisch zu qualifizieren. National und international sei die Bundesregierung gefordert, ihrer „Verantwortung gerecht zu werden und mehr Geld für Bildung hier und in der Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen“.

Manfred Brinkmann,
Referent Internationales, GEW-Hauptvorstand

Infos zu Aktionen: www.dafdaz-lehrkraefte.de/weltlehrertag

+++ Bewerbungsstart 15. Oktober 2018 +++ Bewerbungsstart 15. Oktober 2018 +++ Bewerbungsstart

Bildnachweis: © Ulfert Engelkes

Jakob Muth-Preis
für inklusive Schule

Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen

UNESCO
Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur
Deutsche UNESCO-Kommission

BertelsmannStiftung

Jakob Muth-Preis für inklusive Schule 2019

Ab dem 15. Oktober 2018 können sich Grundschulen, weiterführende Schulen und Schulverbünde unter www.jakobmuthpreis.de/bewerbung/ um den Jakob Muth-Preis für inklusive Schule 2019 bewerben.

Angesprochen sind Schulen aller Schularten, -formen und -stufen sowie Schulverbünde in Deutschland. Es werden zwei Einzelschulpreise und ein Verbundspreis verliehen. Die Einzelschulpreise sind mit je 3.000 Euro dotiert, der Verbundspreis mit 5.000 Euro.

Außerdem wird es einen Publikumspreis für inklusive Schüler*innenprojekte geben. Weitere Informationen finden Sie dann ebenfalls unter www.jakobmuthpreis.de/bewerbung/. Auch dieser Publikumspreis wird mit 3.000 Euro honoriert.

+++ Ab 15. Oktober bewerben auf **www.jakobmuthpreis.de/bewerbung/** +++

Konflikte lösen lernen

// Georg Lind plädiert im E&W-Interview dafür, dass Schulen die „Moralkompetenz“ Heranwachsender stärken sollen. Wie, dazu hat der emeritierte Professor für Psychologie an der Universität Konstanz eine Methode entwickelt. //

E&W: Herr Lind, wir erleben Angriffe auf geflüchtete Menschen, antisemitische Hetze, Wahlerfolge der Rechtspopulisten. Sie setzen sich auch deshalb dafür ein, dass Schülerinnen und Schüler „Moralkompetenz“ lernen. Zunächst: Wofür steht dieser Begriff?

Georg Lind: „Moralkompetenz“ ist die Fähigkeit, Konflikte und Probleme auf der Grundlage gemeinsamer Moralprinzipien (etwa Gerechtigkeit und Respekt) durch Nachdenken und im Gespräch zu lösen. Es geht darum, in Auseinandersetzungen nicht mit Gewalt, auch nicht mit Unterwerfung zu reagieren. Wer nur über geringe „Moralkompetenz“ verfügt, der empfindet heikle Entscheidungs- und Beziehungssituationen schnell als bedrohlich, weil er sich überfordert fühlt.

E&W: Wie lässt sich „Moralkompetenz“ an Schulen vermitteln?

Lind: Mithilfe der „Konstanzer Methode der Dilemma-Diskussion“, kurz KMDD, konfrontieren ausgebildete Fachkräfte die Schülerinnen und Schüler mit einer Dilemma-Geschichte, in der eine schwierige Entscheidung zu treffen ist. In einer Pro- und einer Kontra-Gruppe wird diese anschließend diskutiert. Die beiden Gruppen müssen versuchen, einander in einem Dialog zu überzeugen. Hier gilt die Regel: Niemand darf bewertet werden. So kann man Mädchen und Jungen befähigen, sich moralische Kompetenzen anzueignen, die für die Lösung eigener Konflikte notwendig sind. Ich habe diese Methode bereits in der Grundschule angeboten, aber auch an Hochschulen und in Seniorenheimen.

E&W: Wie war das Feedback?

Lind: Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer meldeten uns zurück: So lange hätten sie noch nie über ein unangenehmes Thema geredet, ohne sich gegenseitig „an die Gurgel“ zu gehen. Auch die Messungen mit einem Testverfahren vor und nach einer 90-minütigen Unterrichtseinheit zeigen einen deutlichen Anstieg der „Moralkompetenz“. Bei diesem „Moral Competence Test“ werden zwei Dilemma-Geschichten vorgegeben, außerdem die Pro- und Kontra-Argumente für eine Position. Dann werden die Teilnehmenden gebeten, diese auf einer Skala zu bewerten: Stimmen sie einem Argument stark zu, nur eingeschränkt oder lehnen sie es ab. Jede Bewertung ist mit einem Punktwert verknüpft. Daraus wird ein Ergebnis ermittelt. Der Erfolg hängt von einer qualifizierten Ausbildung der Lehrenden ab.

E&W: Wie bilde ich mich als Lehrkraft entsprechend fort?

Lind: Die Ausbildung besteht aus zwei Teilen, zunächst aus einem einwöchigen Workshop. Anschließend haben die Teilnehmenden zwei bis drei Monate Zeit, das Gelernte einzuüben. Währenddessen werden sie online betreut und beraten. Für die KMDD-Zertifizierung* müssen die Kandidatinnen und Kandidaten unter anderem einen nicht geschnittenen Videofilm schicken, der zeigt, dass sie die Methode beherrschen. Die Ausbildung findet etwa in Universitäten, Volkshochschulen, Fortbildungsinstituten für Lehrkräfte und Ministerien statt.

Foto: privat

Prof. Georg Lind

E&W: In welchen Ländern wird diese Methode bereits praktiziert?

Lind: Ich habe Workshops in der Schweiz, in China und der Türkei gemacht, auch in Mexiko, Brasilien und Chile. In Kolumbien kam, als dort noch Bürgerkrieg herrschte, aus Regierungskreisen die Bitte, ob ich dabei helfen könne, in der Bevölkerung mehr Demokratie- und Moralbildung zu vermitteln. Das sei wichtig, um Frieden zu schaffen. Ich habe dort damals mehrfach Workshops angeboten und auch das Bildungsministerium beraten.

E&W: Zurück nach Deutschland: Wie beurteilen Sie den aktuellen Zustand unserer Demokratie?

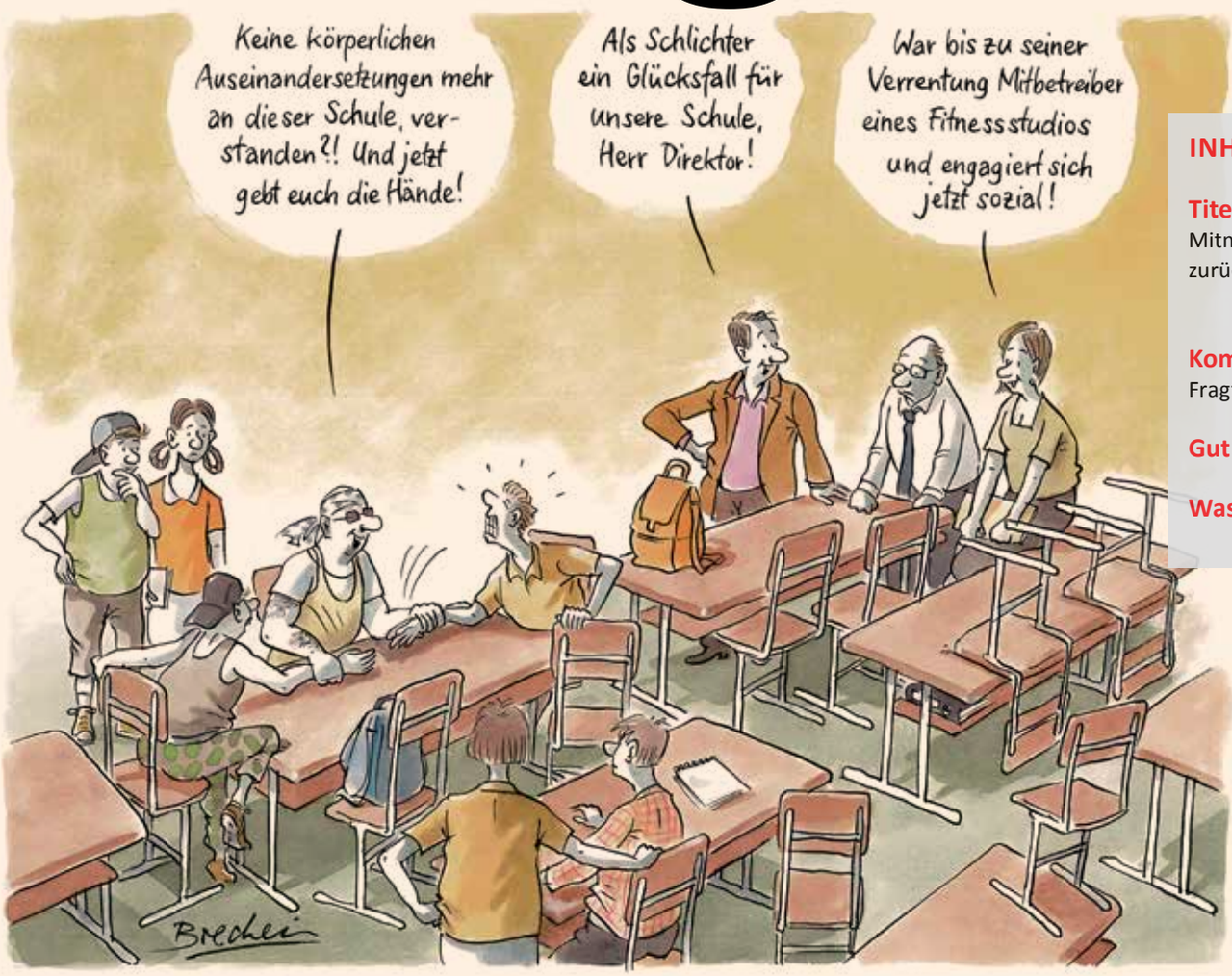
Lind: Das Bewusstsein ist hierzulande geschwunden, dass Demokratie erkämpft wurde und von der Zivilgesellschaft immer wieder weiterentwickelt und neu gestaltet werden muss. Das ist einer der Gründe, warum antidemokratische Kräfte derzeit an Land gewinnen. KMDD könnte einen Beitrag leisten, diesem Trend – zumindest in den Bildungseinrichtungen – entgegenzuwirken.

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

***bit.ly/uni-konstanz-kmdd**

Dialog

3/2018



Cartoon: Karl-Heinz Brecheis

INHALT:

Titel
Mitmachen statt zurücklehnen
Seite 1–3

Kommentar
Fragt uns! Seite 2

Gut zu wissen
Seite 4

Was bewegt …
Seite 4

Mitmachen statt zurücklehnen

// **Immer mehr Ältere engagieren sich für die Gesellschaft. Sie wollen mitgestalten, etwas Sinnvolles tun, etwas zurückgeben. Die Formen des freiwilligen Engagements sind so vielfältig wie nie zuvor.** //

Gerade klopft wieder eine Interessentin in Manja Harms Sprechstunde an. Auf der Brötchentüte hatte die Dame die Werbung gesehen: 10 Jahre Freiwilligenzentrum Sternenfischer – kommen Sie vorbei. Nun sitzt die Mittsechzigern in Harms Büro. Sie möchte sich engagieren, Zeit schenken, etwas Sinnvolles tun. Was gibt's denn da für Möglichkeiten? Harms schenkt eine Tasse Kaffee ein und geht Schritt für Schritt vor. Was interessiert Sie? Wie viel Zeit möchten Sie sich nehmen? Wo wohnen Sie? Welche Berufserfahrungen haben Sie?

Gern etwas Soziales

Nach einer Stunde gibt es mehr Klarheit. Die Besucherin war Erzieherin, möchte aber nichts mehr mit Kindern machen, doch gern etwas Soziales und wohnortnah. „Wie wäre es mit ambulanter Betreuung von Hochbetagten, Vorlesen, zu Kulturveranstaltungen begleiten?", schlägt Harms vor. Auch ein Hospiz und eine Demenz-WG suchen Unterstützung. Harms reicht der Interessentin drei Adressen mit Aufgabe, Arbeitsumfang, Rahmenbedingungen. „Wenn Sie Lust haben, melden Sie sich dort einfach mal."

Harms und ihre Kolleginnen beraten im Büro der Sternenfischer in Berlin-Köpenick im persönlichen Gespräch, aber auch online und am Telefon. Engagementwillige können an knapp 300 Einrichtungen des Bezirks vermittelt werden. „Wir sorgen für ein möglichst passgenaues Matching." Ein Großteil der Interessierten ist weiblich, bestens ausgebildet, gut die Hälfte 60plus.

Das Engagement in dieser Altersgruppe sei im zurückliegenden Jahrzehnt um etwa 10 Prozent gestiegen, schätzt

Serge Embacher vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE). „Die ersten Babyboomer gehen in Rente, sind fit, selbstbewusst, wollen etwas Sinnvolles tun, neue Kontakte knüpfen, die Gesellschaft mitgestalten und nach einem erfüllten Leben etwas zurückgeben.“ Manche engagieren sich einmal im Jahr, andere strukturieren ihre Woche mit einem maßgeschneiderten Mix. Montags Lesepatin, mittwochs Flüchtlingscafé, freitags Jugendarbeit. Mal packen die Älteren projektweise an, mal langfristig, mal online.

Carola Schaaf-Derichs, Geschäftsführerin der Landesfreiwilligenagentur Berlin, beobachtet einen weiteren Trend: „Früher wollten Ältere vor allem ihr Erfahrungswissen zur Verfügung stellen, heute möchten sie selbst aktiv werden.“ Noch mal ein Projekt aufziehen, als Naturschützer im Wald anpacken, etwas ganz Neues machen. Schaaf-Derichs: „Viele suchen eine Arbeit jenseits des eigenen Berufsbereichs.“

Wie Friedrich Wrede. Nach Jahrzehnten als Unfallchirurg hatte er „das Thema Medizin abgehakt“. Als er 2006 in Rente ging, wollte er auf einem anderen Feld etwas für die Entwicklung der Gesellschaft tun, am liebsten für die junge Generation. Wrede stieß auf die bundesweite Bürgerinitiative „Seniorpartner in School“ (SiS), die Ältere als Konfliktbegleiter an Schulen ausbildet.

Lücken füllen …

80 Stunden dauerte die Grundausbildung, ergänzt durch diverse Fortbildungsmodule und später Supervision. 18 Monate musste er sich zur ehrenamtlichen Arbeit für SiS verpflichten, sonst lohnt sich die teure Qualifizierung nicht. Für Wrede kein Problem, „ich wollte etwas Anspruchsvolles machen“. Einmal die Woche besuchte er mit einer ehrenamtlichen Teampartnerin vier, fünf Stunden eine Schule, wurde zum Ansprechpartner für Jugendliche bei Konflikten. Wrede lacht: „Graue Haare strahlen offenbar Vertrauen aus.“

Was sie denn bitte besser könnten, wurde Wrede anfangs von Lehrkräften gefragt. „Nichts“, sagte er dann und: „Doch wir springen dort ein, wo der Staat eigentlich sein sollte, aber nicht ist.“ Priorität hat eine gute Zusammenarbeit mit den Pädagoginnen und Pädagogen: „Wie können wir euch unterstützen?“ Klar sei dabei: „Sobald wir merken, dass mit uns an einer Schule Stellen gespart werden sollen, sind wir weg.“

Heute ist Wrede Vorstand von SiS, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an 350 Schulen bundesweit tätig sind. Er hat alle Hände voll zu tun, Freiwillige zu finden, die sich auf diesen Job einlassen wollen. Wrede: „Viele trauen sich das nicht zu, vor allem aber suchen sie etwas Flexibleres.“ BBE-Experte Embacher beobachtet das oft. „Wer sich engagiert, möchte sich oft nicht

>> **Fortsetzung auf Seite 3 Dialog**

Fragt uns!

FRAUKE GÜTZKOW

Foto: Kay Herschelmann

// GEW-Kommentar //

Im Grunde sind das hervorragende Nachrichten: 42 Prozent der Deutschen engagieren sich bürgerschaftlich. Und in keiner Bevölkerungsgruppe nimmt das Engagement so zu wie unter den Seniorinnen und Senioren: Fast jeder Zweite packt mittlerweile ehrenamtlich an. Die Älteren unterstützen Kitas und Schulen, pflegen Parks und Wälder, kümmern sich um Hochbetagte und Einsame. Auch die Formen des Engagements sind vielfältiger geworden. Projektweise, online, selbstorganisiert. Beeindruckend.

Und doch: Aus vielen Studien wissen wir, dass sich Ältere zu wenig einbezogen fühlen. Statt, wie so oft, irgendein Amt angeboten zu bekommen, das gerade zufällig frei wird, wollen sie gefragt werden. Wie stellst du dir deine ehrenamtliche Tätigkeit vor? Welche Erfahrungen bringst du mit, was willst du dir neu erschließen? Ältere wünschen sich Aufgaben, die den Fähigkeiten gerecht werden, die sie in 30, 40 Jahren Beruf gesammelt haben. Sie möchten Ideen einbringen: Wie kann man bürgerschaftliches Engagement noch besser machen? Die Älteren wissen, was sie zu bieten haben und wollen die Gesellschaft mit Power mitgestalten. Es ist überfällig, dass wir ihre Kraft mehr nutzen. Nie darf dabei natürlich freiwilliges Engagement willkommener Gratis-Ersatz für reguläre Beschäftigung werden. Mit dem Gewerkschaftstagsbeschluss zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements und der expliziten Einbeziehung der älteren Generation in die Organisationsentwicklung hat die GEW wichtige Signale gesetzt: Seniorinnen und Senioren, ihr seid uns wichtig! Nun ist es an der Zeit, die Frage zu stellen: Wie möchtet ihr in der GEW aktiv sein? Was braucht ihr dafür? Und wir müssen noch etwas mehr beherzigen: Den aktiven Älteren Wertschätzung zeigen. Denn was wäre die GEW ohne ihre vielen, vielen älteren Mitglieder, die sie auch nach dem Ende der Berufstätigkeit tatkräftig unterstützen?

Frauke Gützkow,
GEW-Vorstandsmitglied Frauen und Senioren

Welche Wünsche und Ideen habt ihr?
Schreibt an: frauke.guetzkow@gew.de

Foto: dpa

Langweile im Alter? Muss nicht sein. Es gibt viele Möglichkeiten, sich zu engagieren – wie hier bei der Essensausgabe für Bedürftige in der Berliner Caritas-Wärmestube.

mehr langfristig binden." Schließlich gibt es noch anderes zu tun. Reisen, Enkel genießen, Kultur erkunden, sich fit halten.

So geht es auch Wilfried Rehfeld aus Münster: „Bloß nicht die Autonomie des Zeitplans an eine Organisation abgeben." Jahrelang war der Leiter des dialog Bildungswerks eingebunden in ein Korsett von Verpflichtungen. Als er im Januar 2018 in Rente ging, schwor er sich: bürgerschaftliches Engagement ja, ein Netz neuer Verpflichtungen nein. Seine Strategie: „In Ruhe planen, um eine freiwillige Arbeit zu finden, mit der ich nicht Hauptamtlichen die Arbeit wegnehme." Dabei schwebte dem 66-Jährigen kein festes Amt mit Wahl, Satzung und klarer Zuständigkeit vor, sondern „ein Raum für neue Erfahrungen".

Derzeit nimmt Rehfeld einen Mix ins Visier. Er will die Öffentlichkeitsarbeit der „Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege" unterstützen, wird die GEW im „Nationalen Forum Beratung" vertreten und spielt mit der Idee, einen Philosophischen Salon aufzuziehen. „Ich will die großen Themen der Gesellschaft mitgestalten: Migration, Klimawandel, sozialer Zusammenhalt", sagt Rehfeld. „Gerade wir Älteren haben doch die Zeit, uns da gründlich reinzuknien."

Es sei „ein Wahnsinn", wenn die Gesellschaft dieses Potenzial nicht nutze, findet BBE-Mann Embacher. „Wir rufen die Erfahrungen und die Kreativität Älterer viel zu wenig ab. Dafür müssen wir ihnen mehr Wertschätzung zeigen, statt sie als ‚billiger Jakob' abzuhaken." Den Ex-Manager in der Suppenausgabe abstellen? Funktioniere auf Dauer nicht. Embacher: „Die Älteren wollen mitbestimmen, wo sie was wie tun." Wohlfahrtsorganisationen haben das inzwischen erkannt. Von der Caritas bis zum Roten Kreuz arbeiten sie derzeit an neuen Strukturen und Angeboten, laden Ältere zu Debatten ein: Was wünscht ihr euch, was fehlt?

Mitstreiter gewinnen

Marianne Grimmenstein wird darauf nicht warten. Sie hat längst einen ganz anderen Weg gewählt: Die 72-jährige Musiklehrerin aus Lüdenscheid startet Onlinepetitionen auf der Kampagnenplattform change.org. Angefangen hatte es mit ihrer Verfassungsbeschwerde gegen das Freihandelsabkommen CETA. „Die habe ich einfach selbst geschrieben und eingereicht." Als die taz berichtete, klingelten die Campaigner von change.org bei ihr durch: „Wollen Sie nicht über uns mobilisieren?" Grimmenstein wollte. Auch wenn die Campaigner wegen mangelnden Datenschutzes und unzureichender Transparenz des Geschäftsmodells immer mal wieder kritisiert werden. Für Grimmenstein zählte: Mitstreiter gewinnen. „Unter der Kuscheldecke der Demokratie werden uns Rechte weggezogen. Dagegen können wir etwas tun, wenn wir viele sind."

296.000 User unterschrieben ihre Petition gegen CETA, vor einigen Tagen lud sie eine weitere Kampagne hoch. Online mitzumischen, gefällt ihr. „Ich bin ohnehin viel im Internet und so zeitlich flexibel." Ein wichtiger Aspekt, denn sie muss sich auch um ihren Mann kümmern, der nicht mehr fit ist. Manchmal sitzt sie bis nachts am Rechner. Grimmenstein: „Es knirscht an vielen Ecken in der Gesellschaft. Und eines will ich sicher nicht: tatenlos aus dem Leben abtreten."

Anja Dilk,
freie Journalistin

Bürgerschaftliches Engagement

Gut zu wissen

// Wo kann ich mich engagieren? Wie finde ich eine Aufgabe, die zu mir passt? Worauf muss ich achten? Welche Formen der Freiwilligenarbeit gibt es? Diese Links helfen weiter. //

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa)
Der Zusammenschluss kommunaler und regionaler Freiwilligenagenturen ist ein bundesweites Netzwerk. Eine digitale Karte auf der bagfa-Website gibt einen hervorragenden Überblick über die Freiwilligenagenturen in Deutschland inklusive Telefonnummern, Adressen und E-Mail.
www.bagfa.de/freiwilligenagenturen.html

Bundesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement (BBE)
Im BBE haben sich Akteure aus Bürgergesellschaft, Staat und Wirtschaft zusammengeschlossen, um bürgerschaftliches Engagement nachhaltig zu fördern. Online gibt es Informationen über Projekte auf unterschiedlichen Arbeitsfeldern, Rahmenbedingungen sowie Veranstaltungen zu Themen wie „Digitales Engagement“.
www.b-b-e.de

Kampagnenplattformen
Engagieren kann man sich auch auf digitalen Plattformen. Ob für Naturschutz, Bildung oder das Bleiberecht eines Flüchtlings, den man begleitet hat – mit einer Onlinepetition lassen sich schnell Unterstützerinnen und Unterstützer für eine gute Sache mobilisieren. Einige Anbieter helfen bei Formulierung und Kampagnenauftritt. Allerdings: Wegen ihrer Datenschutz- und Geschäftspolitik stehen Kampagnenplattformen immer wieder in der Kritik.
secure.avaaz.org/page/de, www.campact.de, www.change.org

ICJA Freiwilligenaustausch weltweit
Der Freiwilligendienst richtet sich an tolerante, flexible Menschen zwischen 26 und 80 Jahren, die sich für drei bis zwölf Monate im Ausland engagieren wollen. Von Gemeindeprojekten für Kinderrechte bis zu Tagesstätten für Seniorinnen und Senioren. Spezielle Angebote für Ältere.
bit.ly/2N5gp7S

Community Organizing
Das Konzept aus den USA ist mittlerweile in Deutschland angekommen: Menschen und Organisationen aus einem Quartier treffen sich regelmäßig und entwickeln Ideen, wie sie ihren Kiez besser machen können. Zusammengehalten wird die Kooperation von einem hauptberuflichen Community-Organizer vor Ort. Vorteile dieser „Bürgerplattformen“: praxisnah, basisdemokratisch, Menschen aller Milieus kommen zusammen.
www.dico-berlin.org, www.fo-co.info

Bundesgemeinschaft Seniorenbüros (BaS)
Die BaS ist ein Zusammenschluss der Träger von Seniorenbüros und fördert das freiwillige Engagement Älterer. Sie tritt für bessere Rahmenbedingungen der Freiwilligenarbeit Älterer und ein positives Altersbild ein. Auf der BaS-Website finden sich alle Seniorenbüros in Deutschland und ihre Aktivitäten, inklusive Kontaktdaten.
bit.ly/2CJI6hE

IMPRESSUM Dialog
Herausgeberin: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main, Telefon 069 78973-0
Vorsitzende: Marlis Tepe, **Redaktionsleiter:** Ulf Rödde,
Geschäftsführende Redakteurin: Anja Dilk, **Redakteurinnen:** Frauke Gützkow, Helga Haas-Rietschel, **Redaktionsassistentin:** Katja Wenzel

Was bewegt …

// Erwin Trunk, 67, seit 2014 in Rente, früher Grundschullehrer in Kürnbach (Baden-Württemberg) //

Wie ich meinen Tag beginne …
Zwischen sieben und acht stehe ich auf, dann ist eine Stunde Gymnastik Pflicht. Seit Ewigkeiten habe ich Ärger mit dem Rücken, vor zwei Jahren kam eine Knieoperation dazu. Danach genieße ich das Frühstück und lese Zeitung.

Was mich bildungspolitisch umtreibt …
Ich habe 30 Jahre lang an einer sehr innovativen kleinen Dorf-Grundschule unterrichtet. Wir haben viele neue Ideen ausprobiert. Textzeugnisse statt Noten, mehr Gewicht auf Soziales statt auf fachliche Leistung. Jede Woche gab es eine Konferenz zur Schulentwicklung. Doch dafür bleibt an vielen Schulen immer weniger Platz. Es zählt nur noch der Output, die Kinder müssen funktionieren. Und warum beharrt die Politik auf dem dreigliedrigen Schulsystem? In den neuen Gemeinschaftsschulen in unserer Region läuft es viel besser.

Welche Erfahrung ich nicht missen möchte …
Am meisten Freude hat mir gemacht, Kinder ins Leben zu begleiten. Zu sehen, wie sie sich entwickeln, allmählich Selbstbewusstsein gewinnen, vorankommen. Auch die Zusammenarbeit im Team war großartig.

Was ich mir vorgenommen habe …
Ab und zu springe ich bei Ausfällen als „Handschlaglehrer“ in der Schule ein, dreimal im Monat arbeite ich bei der Telefonseelsorge, einmal im Weltladen im nahegelegenen Bruchsal. Daheim erfülle ich mir gerade einen kleinen Traum: Ich male eine Wand unseres Hauses im Hundertwasser-Stil an. Inspiriert hat mich dazu ein Schulprojekt. Bis ich 70 bin, will ich einmal einen Marathon laufen. Und mit meiner Frau auf den Gran Paradiso in den italienischen Alpen steigen.

Fragebogen: Anja Dilk, freie Journalistin

Im Schneckentempo

Inklusion kommt in Deutschland zwar voran, aber, wie die GEW kritisiert, „nur sehr bescheiden“ im Schneckentempo. Die Studie „Unterwegs zur inklusiven Schule“, die der Bildungsforscher Klaus Klemm für die Bertelsmann Stiftung erarbeitet hat, nimmt zum ersten Mal nicht die sogenannte Inklusions-, sondern die Exklusionsquote in den Blick – das heißt, den Anteil aller Kinder und Jugendlichen, die in Förderschulen unterrichtet werden. Klemms Untersuchung weist in dem Zusammenhang auf große regionale Unterschiede hin. So hatte Bremen im Schuljahr 2016/17 die niedrigste Exklusionsquote mit 1,2 Prozent, Mecklenburg-Vorpommern die höchste mit 6 Prozent. Entgegen dem Bundestrend und den Vorgaben der UN-Behindertenkonvention sind die Exklusionsquoten im Südwesten Deutschlands zwischen 2008 und 2017 gestiegen: In Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz besuchen wieder etwas mehr Kinder eine Förderschule. In den östlichen Ländern hingegen geht ihr Anteil erheblich zurück. Ob Mädchen und Jungen eine inklusive Schule besuchen, hängt zudem stark von ihrem Förderbedarf ab. Klemms Fazit: Grund für den bundesweiten Rückgang der Exklusionsquote von 4,9 auf 4,3 Prozentpunkte sei, dass Kinder mit Lern- oder Sprachschwierigkeiten heute öfter eine Regelschule besuchen. In anderen Förderschwerpunkten habe sich Deutschland von den UN-Vorgaben weiter entfernt. GEW-Vorstandsmitglied Ilka Hoffmann bemängelte, dass Lehrkräfte für den inklusiven Unterricht vor Ort zu wenig Unterstützung von Bund und Ländern erhielten.

Aufstieg durch Bildung?

Mädchen und Jungen aus ärmeren Familien sowie Einwandererkindern gelingt der Aufstieg durch Bildung immer noch zu selten. Das zeigt die neue Studie „Bildung auf einen Blick 2018“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die im September in Berlin präsentiert worden ist. OECD-Bildungsdirektor Andreas Schleicher sagte der Deutschen Presse-Agentur (dpa), in der frühkindlichen Bildung habe sich in Deutschland zwar enorm viel getan, aber: Kinder aus „ungünstigen sozialen Schichten“ – aus ärmeren und bildungsfernen Milieus oder geflüchteten Familien –, die „am dringendsten frühkindliche Bildung“ bräuchten, „bekommen am wenigsten“. Die soziale Schere gehe immer weiter auseinander, deshalb müssten diese Kinder am meisten unterstützt werden, hob Schleicher hervor. Auffällig ist dem OECD-Bericht zufolge ebenso die nach wie vor hohe Zahl von 13 Prozent Jugendlicher, die ihren Bildungsweg in Deutschland ohne einen höheren Schul- oder Berufsabschluss beenden. Mit Blick auf diese Befunde mahnt die GEW Bund, Länder und Kommunen, ihre Anstrengungen für ein qualitativ besseres und zukunftsfähiges Bildungssystem massiv zu erhöhen. Die Finanzierung der Bildungseinrichtungen habe mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes nicht Schritt gehalten, kritisierte GEW-Vorstandsmitglied Ansgar Klinger.

Vitzthum im Amt bestätigt

Während der 9. Landesvertreterversammlung der GEW Thüringen, die im September in Suhl stattfand, haben die Delegierten mit 89 Prozent der Stimmen die bisherige Vorsitzende Kathrin Vitzthum im Amt bestätigt.

Foto: GEW Thüringen

Kathrin Vitzthum

"Den Menschen im Blick"

Geprägt von dieser Philosophie erbringen wir seit über 20 Jahren eine medizinische Versorgung auf höchstem Niveau in den Bereichen Psychosomatik, Psychotherapie und Naturheilverfahren.

Die in traumhafter Landschaft des Allgäus und in unmittelbarer Nähe zum Bodensee gelegene Privatklinik mit ausschließlich Einzelzimmern ist eine Klinik zum Wohlfühlen.

Das Konzept unserer Klinik soll sowohl naturwissenschaftlich-schulmedizinischen als auch psychosomatischen Ansprüchen gerecht werden und ist u. a. ideal geeignet zur Behandlung von Burn-out, Angsterkrankungen und Depressionen.

Ein Aufenthalt dauert in der Regel 4-6 Wochen, integriert verschiedene psychotherapeutische Behandlungsmethoden und ist dem Grunde nach beihilfefähig.

Bei Fragen zu einem Aufenthalt hilft Ihnen unser Patientenservice gerne weiter.

Panorama Fachklinik Scheidegg
Privatklinik Hubertus

Psychosomatik. Psychotherapie. Naturheilverfahren.

www.panorama-privatklinik.de * 0800 / 7 234 005

PANORAMA KLINIKEN SCHEIDEGG / ALLGÄU

Wenn eine ganze Lehrkräftegeneration fehlt

// Mecklenburg-Vorpommern hat über Jahre Lehrerstunden abgebaut und Schulen geschlossen. Angesichts steigender Schülerzahlen wird es nun eng. //

Eine Kleinstadt in schöner Landschaft, die polnische Grenze ist nicht weit – eigentlich ideal für junge, aktive Menschen, die gern in der Natur sind. Aber wenn sich Marlies Schuster* im Lehrerzimmer umschaut, sieht sie viele graumelierte Haare: „Wir sind alle alt“, sagt die Grundschullehrerin, die in der DDR ausgebildet und, wie viele Lehrkräfte ihrer Generation, in der Bundesrepublik nicht verbeamtet wurde. Trotz guter Arbeitsbedingungen und aller Anstrengungen der Schulleitung bleiben an ihrer Schule Stellen unbesetzt. Niemand wolle aufs Land, klagt die Lehrerin. In Bewerbungsgesprächen hätten sich die Verhältnisse umgekehrt: „Eine junge Kollegin, frisch aus der Ausbildung, forderte übertarifliches Gehalt, sonst würde sie nicht kommen.“

Ähnliche Probleme teilen viele der kleineren Standorte in Mecklenburg-Vorpommern. Auf dem Papier sind die meisten Stellen zwar besetzt: Das Bildungsministerium in Schwerin zählte landesweit im vergangenen Schulhalbjahr 60 vakante Positionen, und im Internet-Stellenportal waren Anfang August keine freien Referendariatsplätze gelistet. Aber aufgrund hoher Krankenstände und vieler Teilzeitbeschäftigungen fehlen im Unterricht Lehrkräfte. Dadurch kommt es zu Stundenausfällen, mancherorts in gravierendem Ausmaß.

„Eine ganze Lehrergeneration fehlt in unseren Schulen“, brachte Andreas Butzki, Bildungsexperte der SPD-Landtagsfraktion, das Problem in der Parlamentsdebatte Ende Mai auf den Punkt. Die Wurzeln liegen in der Umbruchphase nach der Wiedervereinigung. Durch den Wegzug jüngerer Paare und die wirtschaftliche Unsicherheit sanken die Kinderzahlen innerhalb weniger Jahre dramatisch. Schulen schlossen, Lehrkräfte reduzierten zwangsweise ihre Stunden, um Entlassungen zu vermeiden. „Wir haben in Rostock und Greifswald immer ausgebildet, aber bis vor wenigen Jahren wurde kaum eingestellt“, so Butzki.

Heute besetzen die über 50-Jährigen rund 60 Prozent der Stühle in den Lehrerzimmern. Bis 2030 kommt mehr als die Hälfte der aktuell tätigen Lehrerinnen und Lehrer ins Pensionsalter. Laut einer Prognose zur Personalbedarfsentwicklung des Kultusministeriums für den Zeitraum von 2016 bis 2030 erreicht die Pensionierungswelle im Schuljahr

Kaum jemand will aufs Dorf: Mecklenburg-Vorpommern sucht für Grundschulen händeringend Nachwuchskräfte in ländlichen Regionen. Ein zusätzliches Problem für alle Schulen des östlichen Bundeslandes: Bis 2030 geht die Hälfte der aktuell tätigen Lehrerinnen und Lehrer in den Ruhestand.

Foto: Stephan Rudolph-Kramer

Zahlen in Mecklenburg-Vorpommern

- Rund 11.400 Lehrkräfte unterrichten an den öffentlichen Schulen in Mecklenburg-Vorpommern, davon 10.200 an den allgemeinbildenden und 1.200 an den beruflichen Schulen. 1.700 Lehrkräfte sind an privaten oder freien Schulen tätig.
- Rund 500 allgemeinbildende öffentliche Schulen gibt es im dünn besiedelten Flächenland. Hinzu kommen rund 100 Schulen in privater oder freier Trägerschaft.
- Knapp 150.000 Kinder und Jugendliche besuchen zurzeit die allgemeinbildenden Schulen – ihre Zahl steigt seit einigen Jahren wieder.
- In den nächsten fünf Jahren erreichen laut Berechnungen des Bildungsministeriums rund 2.000 Lehrkräfte die Altersgrenze für Rente bzw. Pensionierung. Bis 2030 gehen 50 Prozent der heutigen Lehrkräfte in Ruhestand.
- Aktuell zählt das Statistische Bundesamt rund 4.900 Lehramtsstudierende in Mecklenburg-Vorpommern. Im Jahr 2016 schlossen von den ursprünglich 733 Studierenden des Jahrgangs nur 330 ihr Studium erfolgreich ab.

E.G.

2020/21 ihren Höhepunkt: 503 Lehrkräfte gehen dann voraussichtlich in den Ruhestand.

Bildungsministerin Birgit Hesse (SPD) machte bei der Landtagssitzung einen feinen Unterschied: „Ja, wir haben Bedarf – aber wir haben noch nicht Mangel.“ Schließlich arbeite die Regierung stetig daran, neue Kräfte zu gewinnen. Dass es Fluktuation und freie Stellen in den Schulen gebe, sei „ein Dauerzustand. Lehrer werden krank, Schülerzahlen verändern sich. Den daraus resultierenden Bedarf zu decken, ist ein fortlaufender Prozess“, sagt Hesse, die 2016 ihrem Parteifreund Mathias Brodkorb als Bildungsministerin nachfolgte.

Kein Mangel?

Bedarf, aber kein Mangel? Simone Oldenburg, Bildungsexpertin der Linken im Schweriner Landtag, kann darüber nur den Kopf schütteln: „450 bis 500 Lehrkräfte fehlen ganzjährig“, sagt die Politikerin, die selbst als Lehrerin tätig war. „Wir fahren unsere Lehrkräfte auf Verschleiß, und die Regierung steht am Spielfeldrand und schaut zu.“ Bessere Ausbildung in Studium und Referendariat, Arbeitszeitkonten, die sich auf die Lebensarbeitszeit anrechnen lassen, und mehr Gehalt für die Grundschullehrkräfte sind einige der Forderungen der Opposition. „Aber alle Anträge werden abgelehnt“, kritisiert Oldenburg.

Dafür setzt das Land, das seit 2006 von einer Großen Koalition unter SPD-Führung regiert wird, auf andere Maßnahmen. Die wichtigste ist, dass seit einigen Jahren Beamten- statt Angestelltenverträge geschlossen werden. Bis zum 40. Lebensjahr wird verbeamtet, auch Quereinsteiger haben gute Chancen. Mit diesen Angeboten wirbt das „Land zum Leben“, so der Slogan Mecklenburg-Vorpommerns, in einer bundesweiten Kampagne um Fachkräfte.

Vor allem die ländlichen Schulen sollen attraktiver werden. Ein zweijähriges Modellprojekt, das der Landtag im Frühjahr beschlossen hat, will erforschen, ob Fahrtkostenzuschüsse, Baudarlehen oder Kita-Angebote mehr Junglehrkräfte in die Dörfer locken. Auch Gehaltsaufstockungen – „Buschzulage“, spottet die Opposition – sind möglich. Solche Sonderzahlungen seien bundesweit üblich und zählten zu den „besoldungsrechtlichen Möglichkeiten im Zusammenhang mit der Gewinnung von Lehrkräften“, so die Landesregierung.

Dennoch sei die Idee „ein Schlag ins Gesicht für alle Kollegen, die nicht mehr in den Genuss der Ver-

Die besonderen Klassenfahrten nach London und Versailles

- Unterbringung in netten und bewährten **Gastfamilien**
- auf Wunsch mit Reiseleitung und Sprachunterricht

Nach Absprache moderiert Christian Reichardt einen Elternabend an Ihrer Schule und stellt die Reisen vor.

Wir bieten Ihnen außerdem Schülersprachreisen und Sprachreisen für Erwachsene an unseren Standorten London und Versailles.

Christian Reichardt ist Deutsch- und Englischlehrer und organisiert seit 1992 Schulfahrten und Sprachreisen nach London und Paris. Er ist in beiden Ländern gleichermaßen zuhause und plant mit Ihnen gemeinsam tolle Reiseerlebnisse.

Mit Reisebussen von 8-92 Sitzplätzen planen wir Ihre Fahrten europaweit **individuell nach Ihren Vorstellungen** (auch als Bahn- und Flugreisen).

Reichardt®
taking you to where you want to be®

Angebote und Beratung bei:
Christian Reichardt | Berliner Straße 3 | 63477 Maintal
Tel. 06181 / 42 46 70 | info@reichardt.eu | www.reichardt.eu

Unternehmensgruppe Medicover
Inselklinikum Heringsdorf
Haus Kulm
Fachklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie

Meer für Ihre Gesundheit

Burnout?
Wirkungsvolle Hilfe durch multimodale Komplexbehandlung.

Chronische Schmerzen?
Hilfe durch multimodale Schmerztherapie mit integrierter Ganzkörper-Kältetherapie bei -110°C

Unser Leistungsspektrum umfasst:
Krankenhausbehandlung
(anstelle einer Behandlung am Wohnort)
Rehabilitation (ehemals Sanatoriumsbehandlung)

Die Inselklinik Heringsdorf „Haus Kulm“ ist spezialisiert auf die Behandlung von psychosomatischen Krankheitsbildern, insbesondere von chronischen Schmerzen wie Spannungskopfschmerz, Migräne und Fibromyalgie-Syndrom, Erschöpfungszustände/Burnout, depressive Störungen, Angststörungen, Anpassungs- und Schlafstörungen.

Ein erfahrenes Team garantiert eine interdisziplinäre Zusammenarbeit zur Umsetzung des ganzheitlichen Behandlungskonzeptes.

www.inselklinik.de

Inselklinik Heringsdorf GmbH & Co. KG Haus Kulm
Kulmstraße 9 – 17424 Ostseebad Heringsdorf
Telefon: 038378 59-130 oder -591
Fax: 038378 59-585
E-Mail: info@kulm.medigreif-inselklinikum.de

„Unterrichtsausfall vorprogrammiert“

Foto: Silke Winkler

Annett Lindner

„Der Unterricht nach Stundentafel ist abgesichert“, heißt es vom Land derzeit. Das Signal: Es gibt kein Problem. Zwar ist die Lage angespannt, immerhin habe man aber mit 639 Neueinstellungen so viele Lehrkräfte wie noch nie verpflichten können.
Der Teufel steckt im Detail. Fast 30 Prozent der Neueinstellungen sind Seiteneinsteiger. Absicherung laut Kontingentstundentafel bedeutet: Pflichtaufgabe erledigt. Alles, was an Leistungen für Inklusion, Ganztagsschule, Weiterbildungen etc. noch „oben drauf“ käme, muss bei Mangel gespart werden. Und es bedeutet: Unterrichtsausfall ist vorprogrammiert. Das Land rechnet mit einer Versorgung von knapp 100 Prozent. Wir fordern mindestens 4 Prozent mehr. Rund 500 Lehrkräfte fehlen damit schon systembedingt. Und die Jahre, in denen ein Großteil der Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand geht, kommen erst noch.
Annett Lindner, Vorsitzende GEW Mecklenburg-Vorpommern

beamtung gekommen sind“, findet ein Grundschullehrer an einer ländlichen Schule. „Denn diese Kollegen haben solidarisch auf Gehalt und Rentenpunkte verzichten müssen, danach wurden sie mit Nichtverbeamtung abgestraft.“

Hohe Abbrecherquoten

Doch schon im Studium gibt es Probleme, die sich seit Jahren an hohen Abbrecherquoten zeigen. Zwar beginnen tendenziell immer mehr Nachwuchskräfte ein Lehramtsstudium, aber längst nicht alle beenden es auch. So schloss im Jahr 2016 nicht einmal die Hälfte des Jahrgangs erfolgreich ab. Das Land hat eine Studie in Auftrag gegeben, die bis Jahresende die Gründe klären soll. Vielleicht brächte eine Anfrage bei den Studierenden schon Aufklärung: 250 angehende Grundschullehrkräfte gingen im April in Rostock auf die Straße. Sie forderten unter anderem mehr Dozenten und eine bessere Ausstattung der Gebäude.
Der Lehrkräftebedarf wird absehbar weiter steigen, unter anderem, weil die Landesregierung das Nachmittagsangebot ausbaut. Fünf weitere Schulen stellten im August auf Ganztagsbetrieb um. „Ein Beitrag zur Chancengerechtigkeit“, erklärte Ministerin Hesse. Ziel sei, bis Ende der Legislaturperiode im Jahr 2021 bis zu 10.000 Ganztagsplätze zu schaffen. 2018 unterrichten bereits 338 Schulen im Ganztag – rund zwei Drittel aller staatlichen allgemeinbildenden Schulen. 26 Millionen Euro stellt das Land für Ganztagsschulen und volle Halbtagsgrundschulen pro Jahr bereit.
Die GEW im Land begrüßt diesen Schritt, auch wenn es bereits jetzt an Lehrkräften mangelt: „Angesichts der Fachkräftesituation wie das Kaninchen vor der Schlange zu verharren, ist keine Lösung“, sagt Landesvorsitzende Annett Lindner. Nun gehe es darum, gemeinsam mit allen Akteuren, auch außerhalb der Schulen, langfristig tragfähige Konzepte zu entwickeln. „Insbesondere in den ländlichen Räumen muss die Chancengleichheit auch in der Vielfalt der Angebote bestehen“, so Lindner.
Um die zusätzlichen Stunden für den Ganztagsbetrieb abdecken zu können, setzt das Kultusministerium auch auf Kooperationspartner, etwa Sport-, Umwelt- oder Kulturvereine. Dafür erhalte jede Schule zusätzliches Geld, heißt es auf der Homepage des Ministeriums. Basis sei ein „Grundbudget“ von 2.500 Euro, eine Aufstockung sei möglich.
Das laufende Schuljahr begann für das Kultusministerium jedenfalls mit einer Erfolgsmeldung: 639 Lehrkräfte konnte das Land einstellen, davon 475 unbefristet. 186 neue Lehrkräfte sind Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger. Deren Anteil liegt damit bei fast 30 Prozent. „Wir können mit den Zahlen alles in allem zufrieden sein“, so Ministerin Hesse. Damit sei der Unterricht nach der Kontingentstundentafel gesichert: „Eine weitere gute Nachricht“, fand die Ministerin.
Ein zusätzliches neues Werkzeug im Maßnahmenkasten der Regierung, um Lehrerinnen und Lehrer zu gewinnen, ist ein dritter Einstellungstermin für Berufseinsteiger, die nicht mehr nur zu Beginn der Halbjahre, sondern auch zum 1. Oktober in die Klassen kommen sollen. Ob das etwas bringt? Lehrerin Schuster lacht: „Unsere Stellen sind seit Jahren frei, da können Neue kommen, wann immer sie wollen.“ Etwaige Zugänge im laufenden Schuljahr brächten zwar auch Durcheinander: „Im August

Fotos: Stephan Rudolph-Kramer

Die Sorgen, zu wenig pädagogischen Nachwuchs zu bekommen, beginnen bereits in den Hörsälen. Das zeigen die hohen Abbrecherquoten im Studium: Zwar studieren tendenziell mehr junge Leute auf Lehramt, aber nicht alle beenden es auch.

„Land zum Leben“– mit diesem Slogan wirbt die rot-schwarze Landesregierung in einer bundesweiten Kampagne um Fachkräfte. Vor allem ländliche Schulen sollen als Standorte attraktiver werden.

strickt der Schulleiter einen Stundenplan, an den sich alle gewöhnt haben – und dann wird alles neu durchgewürfelt.“ Trotzdem wäre es großartig, wenn sich jemand angesprochen fühlte: „Wir sind froh über jeden, der den Weg zu uns findet.“

Esther Geißlinger,
freie Journalistin

*Name geändert

„Hart für die Fachkräfte, noch schlimmer für die Kinder“

Peggy Lehm ist im GEW-Vorstand Mecklenburg-Vorpommern zuständig für Jugendhilfe und Soziales.

Foto: privat

Peggy Lehm

E&W: Frau Lehm, im Ländervergleich steht Mecklenburg-Vorpommern schlecht da: Eine Erziehungskraft betreut sechs Krippen- oder 15 Elementar-Kinder ...

Peggy Lehm: ... wobei diese Zahlen allein gar nichts aussagen. Weil im Landesgesetz ein Mindestpersonalschlüssel fehlt, setzen die Kommunen die Kalkulation für Urlaub, Krankheit oder Fortbildungen zu niedrig an. In der Konsequenz müssen oft Gruppen zusammengelegt werden, mit noch weit mehr Kindern pro Fachkraft. Das ist hart für die Fachkräfte und noch schlimmer für die Kinder, denn in diesem Alter werden die Grundlagen für Lernverhalten und Persönlichkeitsstrukturen gelegt.

E&W: Fehlt das Geld oder fehlen Menschen?

Lehm: Die Landesregierung benennt beide Faktoren. Aber beide steuert das Land selbst, schließlich ist die Kinder- und Jugendhilfe Teil der öffentlichen Fürsorge. Vor jeder der fünf staatlichen Erzieherfachschulen stehen Interessenten Schlange. Aber für neue Klassen fehlen Berufsschullehrer. Mir ist keine Initiative des Landes bekannt, hier etwas zu ändern.

E&W: Das Land erprobt einen dualen Ausbildungsgang. Was ist davon zu halten?

Lehm: Eine praxisintegrierte Ausbildung, bei der die Schülerinnen und Schüler bereits Geld verdienen und den Alltag in den Einrichtungen kennenlernen, ist eigentlich zu begrüßen. Kritisch sehen wir, dass Auszubildende laut Gesetz bereits wie fertige Kräfte eingeplant werden müssen. In den Kitas übernehmen Fachkräfte das Mentoring des Nachwuchses. Die Kita-Träger sind für die umfangreiche praktische Ausbildung verantwortlich, aber freie Träger erhalten die Kosten dafür nicht erstattet, obwohl das Land durch die kürzere theoretische Ausbildung Geld spart. Immerhin verspricht die Landesregierung, dass die dualorientierte Ausbildung mit landesweit 150 Plätzen die klassische Ausbildung nicht verdrängen soll.

Interview: Esther Geißlinger, freie Journalistin

Unterrichten im Ausland

Sie haben das 1. und 2. Staatsexamen oder Sie sind im Landesschuldienst verbeamtet oder fest angestellt, sind aufgeschlossen und engagiert. Sie suchen eine neue Herausforderung? Dann brauchen wir Sie als

Lehrerin / Lehrer für einen Einsatz an Deutschen Auslandsschulen oder ausgewählten staatlichen ausländischen Schulen. Wir freuen uns auf Ihre Anfrage und informieren Sie gerne über die Rahmenbedingungen.

Weitere Informationen und die Bewerbungsunterlagen finden Sie unter:

www.auslandsschulwesen.de

Tel.: 022899 358-3666 • mailto: ZfA.Bewerbung@bva.bund.de

Bundesverwaltungsamt
– Zentralstelle für das Auslandsschulwesen –

ZfA
Deutsche Auslandsschularbeit International

„Jeder hat das Recht auf Bildung...“

Artikel 26 (1) Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Wer wir sind

World University Service (WUS) ist eine 1920 gegründete internationale, politisch und konfessionell nicht gebundene Organisation von Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitenden im Bildungssektor. WUS-Deutschland ist eines von weltweit über 50 Komitees, die sich gemeinsam für das **Menschenrecht auf Bildung** einsetzen.

Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika

WUS unterstützt ausländische Studierende durch:
- **Lobbyarbeit** zur Verbesserung der Rahmenbedingungen
- **berufliche Orientierung** und **Reintegration** in ihren Herkunftsländern
- **STUBE** – das Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Hessen
- das **Portal Hessische Hochschulen im Nord-Süd-Kontext**

Globales Lernen und Portale

Förderung des Globalen Lernens und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) durch:
- die **Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd** im Bereich der Vernetzung und Vermittlung von Informationen
- das **Portal Globales Lernen der Eine Welt Internet Konferenz (EWIK)** beim WUS: kostenfreie Unterrichtsmaterialien und aktuelle Aktionen und Veranstaltungen aus dem Bereich Globales Lernen
- das **Portal Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik** im Auftrag der 16 Deutschen Länder

WUS World University Service

World University Service - Deutsches Komitee e.V.
Tel: 0611/446648 * info@wusgermany.de *
www.wusgermany.de

„Wir denken uns nichts mehr für die Kinder aus“

// Das Familienzentrum Ludwig-Uhland-Straße im hessischen Maintal hat sich von festen Angeboten verabschiedet. Die Kinder bestimmen das Programm. Ziel ist, die Kleinen zu stärken – und ihre Eltern. Für ihr Konzept wurde die Einrichtung zur „Kita des Jahres 2018“ gekürt. //

Weiße Flöckchen aus Rasierschaum fliegen durch die Sommerluft, klatschen auf die Terrassenplatten, bleiben an der Holzbank kleben. „Ahhh“, ruft Lara. Die Fünfjährige drückt auf die Dose, reibt sich bergeweise Schaum auf den nackten Bauch – und kichert fröhlich. Ein paar Schritte weiter schüttet der dreijährige Kerem im Schatten eines Kastanienbaums farbiges Wasser aus Eimern in eine Gießkanne um – und wieder zurück. Ein bisschen schwappt immer daneben, auf der Erde bilden sich Pfützen. Der Junge taucht einen Stock hinein, schmiert damit Matsch auf ein Bobbycar. Erzieherin Kathrin Weber beobachtet ihn. „Viele Dinge übersieht man im Alltag leicht“, erklärt sie. „Wir gucken ganz individuell auf jedes Kind.“ Mit Erfolg. Das Bundesfamilienministerium hat das Familienzentrum Ludwig-Uhland-Straße in Maintal gerade als „Kita des Jahres“ ausgezeichnet. Gegen 1.400 Bewerbungen konnte sich die kommunale Einrichtung in der Nähe von Frankfurt am Main durchsetzen. Die Jury lobte vor allem die „vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten“ für Kinder und Eltern.

Seit über 25 Jahren leitet Gabriele Steltner-Merz die Einrichtung, zu der auch ein Hort gehört, und hat Schritt für Schritt neue Ideen umgesetzt. Nun stehen Fragen im Mittelpunkt wie: Was kann jedes einzelne Kind besonders gut? Und: Welche Themen beschäftigen es gerade? „Das ist Arbeit“, betont Steltner-Merz, „das muss man richtig lernen.“ Nur durch Bücher sei so etwas schwierig. Deshalb bleibt die Kita jedes Jahr eine Woche lang geschlossen, damit sich die Kolleginnen und Kollegen weiterbilden können. Das Team reist – bezahlt aus eigener Tasche – regelmäßig in andere Länder, um sich Tipps für die pädagogische Arbeit zu holen. Zum Beispiel nach England, Finnland – oder Reggio Emilia in Norditalien. „Das Mekka für Pädagogen“, so die Leiterin. „Die ganze Stadt lebt für ihre Kinder.“ In Reggio Emilia herrscht die Überzeugung, dass Kinder ihre Welt selbst entdecken und verstehen sollen. Die Kita in Maintal folgt diesem Ansatz.

Fotos: Christoph Boeckheler

Freut sich über die Auszeichnung: Kita-Leiterin Gabriele Steltner-Merz: „Wir müssen größer denken, die Familien einbeziehen und stabilisieren.“

Schon vor Jahren hatte die Leiterin festgestellt, dass die Sozialstruktur des Stadtteils, aus dem die Kinder überwiegend kommen, eine neue Arbeitsweise erforderte. In dem kleinen Gebäude wuseln 140 Mädchen und Jungen aus 36 Nationen umher, neun von zehn haben einen Migrationshintergrund. Viele Familien leben in Sozialwohnungen, sprechen kaum Deutsch, haben traumatische Fluchterfahrungen hinter sich. „Sie haben keine sozialen Netzwerke“, berichtet Steltner-Merz. Viele Probleme bestimmten ihren Alltag. Früher rannten die Mädchen und Jungen wild durch die Kita, konnten kaum stillsitzen, sich schlecht konzentrieren. Schnell wurde klar: „Die Eltern geben die Kinder hier ab, und wir betreuen sie. Das funktioniert so nicht.“ Die Pädagogin kam zu dem Schluss: „Wir müssen unseren Blick auf die Kinder verändern.“ Und: „Wir müssen größer denken, die Familien einbeziehen und stabilisieren.“

„Ressourcen der Kinder“

In einem dreijährigen Verfahren eignete sich das Team den sogenannten neuseeländischen Ansatz an: Das Konzept zielt darauf ab, die Mädchen und Jungen „wertfrei“ zu beobachten, ihre Interessen zu entdecken und individuelle Angebote zu entwickeln.

„Wir arbeiten nur noch mit den Ressourcen der Kinder“, erklärt Steltner-Merz. „Wir denken uns nichts mehr für die Kinder aus, haben uns von festen Angeboten verabschiedet.“ In die Analysephase sind alle Kolleginnen und Kollegen eingebunden. Das Team überlegt gemeinsam für jedes Kind, welche pädagogischen Impulse sinnvoll sind. Oft entwickeln sich daraus Projekte, welche die Kinder viele Monate beschäftigen. Ein Junge, der neu in der Kita war, weinte zum Beispiel sehr viel. Das habe die anderen Kinder beschäftigt, berichtet die Pädagogin. Daraus entstanden Fragen: Warum weint man überhaupt? Woher kommen die Tränen? Oder „die Sache mit der Angst“. Das Projekt richtete sich an Flüchtlingskinder, die so ihre Erfahrungen bewältigen konnten. Aber nicht nur sie: „Alle anderen Kinder haben auch Ängste.“ Die Mädchen und Jungen fragten sich:

„Wir gucken ganz individuell auf jedes Kind“, sagt Erzieherin Kathrin Weber. „Und fragen“, ergänzt Kita-Leiterin Gabriele Steltner-Merz, „welche Themen beschäftigen es gerade?“ Egal, ob es sich um Einseifen oder das Hantieren mit farbigem Wasser handelt – alles verdient Aufmerksamkeit.

Woher kommt die Angst? Was macht sie? Ali weiß: „Die Angst sitzt im ganzen Körper.“ Er hat ein Bild davon gemalt: ein Männchen, das überall mit dunklem Filzstift überkritzelt ist. Eine Psychologin betreute das Projekt, finanziert von der Stadt. So lernten die Kinder, dass Angst auch gut ist – und wie man sie loswerden kann.

Ob Tod oder Trennung, Wind oder Wald: Die Kinder bestimmen die Themen. Mal stapfen sie gemeinsam übers Feld, pflücken Erdbeeren, kochen auf einem Campingkocher Marmelade – und verputzen danach Brote mit dicker Marmeladenschicht. „Es ist völlig egal, welches Thema man aufgreift“, betont die Leiterin. „Wichtig ist, dass es in die Tiefe geht.“ Die Erzieherinnen und Erzieher lieferten keine fertigen Lösungen, sondern stellten Fragen. Die Kinder sollen eigene Ideen entwickeln und lernen, wo sie Antworten finden. Bei einem Ausflug zum Orthopäden erfahren sie, warum Menschen im Alter kleiner werden. Der Zahnarzt erklärt, warum die Zähne ausfallen.

Feste Ansprechpartner

Die Kita hat ein halboffenes Konzept. Die Kinder haben feste Gruppen, können sich aber frei im Haus bewegen, ihre Freunde besuchen, in die Bibliothek gehen oder in den Bewegungsraum. Viele Mädchen und Jungen in der Einrichtung seien „nicht sicher gebunden“, so die Pädagogin. Deshalb sei es wichtig, dass sie feste Ansprechpartner haben.

Das pädagogische Stammteam besteht aus 16 Fachkräften – Vollzeit und Teilzeit – plus Leitung. Hinzu kommen eine Psychologin, eine Sprachexpertin – und viele Azubis. „Es ist seit Jahren ein großer Zugewinn für uns, dass wir unser eigenes Personal ausbilden“, sagt die stellvertretende Kita-Leiterin, Tina Knorr.

Eine pädagogische Vollzeitkraft ist rechnerisch für zehn Mädchen und Jungen zwischen drei und zehn Jahren zuständig. Steltner-Merz betont, dass sich alle enorm einsetzten. „Alle arbeiten immer über 100 Prozent, bekommen dafür keinen Euro mehr.“ Erzieherin Weber berichtet, dass sie während der Arbeit permanent gefordert sei. Jeden Morgen koche sie sich einen Kaffee, der bis zu ihrem Feierabend kalt geworden sei. Und trotzdem: „Ich will hier nicht mehr weg.“ Sie finde es toll, so zu arbeiten, sagt Weber: Zu schauen, was für jedes Kind gut sei, es so zu nehmen, wie es ist. Die Erzieherinnen besuchen nach Möglichkeit auch jedes Kind zu Hause, sprechen viel mit den Eltern.

Ziel der Maintaler Einrichtung ist es, die Kinder zu stärken. Steltner-Merz ist überzeugt: „Dafür müssen wir auch die Eltern stärken.“ Deshalb wurde das Haus zum Familienzentrum umgebaut. Ohne zusätzliche Mittel, betont die Leiterin. „Aber wir schöpfen immer alle Töpfe aus, arbeiten mit diversen Stiftungen zusammen.“ Wenn die Mütter und Väter montags ihre Kinder bringen, können sie direkt ins Elterncafé weitergehen. Dort gibt es Tee und Frühstück, Erzieherinnen und Erzieher sprechen mit ihnen über die Mädchen und Jungen oder das Bildungssystem, je nach Interesse. Auch kostenlose Deutschkurse gehören zum Angebot. Dabei fahren etwa alle zusammen ins Schwimmbad, lernen, wie sie mit dem Bus dorthin kommen und was es zu beachten gilt. „Die Chancen stehen gut, dass sie später auch mal mit ihren Kindern hingehen“, betont die Pädagogin.

Bei der Preisverleihung hieß es in der Laudatio, die Einrichtung habe eine besondere Sensibilität entwickelt „für Schwache, für Fremde und für Menschen, die nicht aus diesem Land kommen“. Klar freut sich Steltner-Merz über so viel Lob. Aber eigentlich, sagt sie, wolle sie immer nur gute Arbeit machen. Gerade hat sie wieder mal einen Brief bekommen, von Eltern, die aus Afghanistan stammen: Ihre Tochter habe jetzt Abi gemacht, „ohne euch wäre das nicht möglich gewesen“. In solchen Momenten weiß die Pädagogin, dass sich der Einsatz lohnt: „Alles ist gut.“

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

www.deutscher-kita-preis.de

Der aktuelle Ländermonitor der Bertelsmann Stiftung zeigt, dass sich der Personalschlüssel im Krippenbereich in elf Bundesländern nicht weiter verbessert hat. Die GEW fordert deshalb ein bundesweites Kita-Qualitätsgesetz. Wichtiger Eckpunkt: die Fachkraft-Kind-Relation.

Foto: Alexander Paul Englert

Ost-West-Spaltung bei Kitas bleibt

// Deutschlands Kitas werden besser, doch die Unterschiede zwischen den Ländern bleiben groß. Das zeigt eine aktuelle Studie. „Der Geburtsort eines Kindes darf nicht über dessen Bildungsweg entscheiden", mahnt die GEW. //

Die Qualität der Kitas hat sich laut dem Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme 2018 der Bertelsmann Stiftung in den vergangenen Jahren verbessert – gemessen an den Personalschlüsseln und der Zeit, die Kita-Leitungen für Führungsaufgaben zur Verfügung steht. So war eine pädagogische Fachkraft in Krippen 2012 rechnerisch für 4,8 ganztagsbetreute Kinder zuständig, 2017 für 4,3 Mädchen und Jungen. In Kindergartengruppen verantworteten Erzieherinnen und Erzieher 2012 die Förderung von 9,8 Kindern, 2017 für 9,1. Und hieß es 2014 noch aus 17 Prozent der Kitas, keine Zeit für Leitungsaufgaben zu haben, sank diese Zahl 2017 auf 11 Prozent. In der gleichen Zeit stieg die Anzahl der betreuten Kinder, die jünger als drei Jahre waren, um 36 Prozent.

Doch der jährlich erhobene Monitor zeigt auch: Trotz des quantitativen und qualitativen Ausbaus gibt es weiter große Unterschiede zwischen den Ländern – vor allem zwischen jenen in Ost- und Westdeutschland. So kamen in den östlichen Bundesländern 2017 durchschnittlich 6,0, im Westen 3,6 Kinder auf eine Krippenfachkraft (2012: 6,4 zu 3,9). Ähnlich sieht es in den Kita-Gruppen aus: 2017 kamen im Osten 11,9 und im Westen 8,4 Kinder auf eine Erzieherin bzw. einen Erzieher (2012: 12,8 zu 9,2). Und: Seit 2015 hat sich in elf Bundesländern der Personalschlüssel im Krippenbereich nicht weiter verbessert. Das geplante Gute-Kita-Gesetz der Bundesregierung scheine nicht dazu beizutragen, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, bilanziert die Bertelsmann Stiftung. Vielmehr drohe eine Verschärfung der Situation.

Rückenwind für die GEW

Damit stärkt der aktuelle Ländermonitor der GEW den Rücken, die seit langem ein bundesweites Kita-Qualitätsgesetz* (s. S. 4) fordert und den vorliegenden Gesetzentwurf als „völlig unzureichend" zurückweist. Mit Blick

auf die anhaltende Kluft zwischen den Ländern betont GEW-Vorsitzende Marlis Tepe: „Der Geburtsort eines Kindes darf nicht über dessen Bildungsweg entscheiden.“ Der Bund müsse ein in allen Ländern verbindliches Gesetz auf den Weg bringen, um für Kinder bundesweit vergleichbare Lebensverhältnisse zu schaffen. Wichtige Eckpunkte seien Standards, welche die Fachkraft-Kind-Relation, die Freistellung der Leitungskräfte, die Fachberatung und die Anerkennung mittelbarer pädagogischer Arbeitszeit festschreiben. Wissenschaftlich empfohlen wird eine Fachkraft-Kind-Relation von 1:3 in Krippen und 1:7 beziehungsweise 1:8 für Kitas.
Tepe fordert, der Bund müsse statt der angekündigten 5,5 Milliarden Euro bis 2020 jährlich rund zehn Milliarden Euro zusätzlich in den Kita-Bereich investieren und sich zudem dauerhaft an den Kosten der frühkindlichen Bildung beteiligen. Wie bereits die Schulen steuerten die Kitas auf einen „exorbitanten Fachkräftemangel“ zu: „Wenn nicht sofort die Ausbildungskapazitäten hochgefahren werden und der Beruf attraktiver gestaltet wird, fehlen bis 2025 – je nach Rechenmodell – bis zu 600.000 Fachkräfte.“
Die GEW-Vorsitzende macht sich dafür stark, nach dem quantitativen Ausbau der Kitas jetzt den Fokus auf die Verbesserung der Qualität zu richten.

Nadine Emmerich,
freie Journalistin

*www.gew.de/kita/qualitaet

Personalschlüssel oder Fachkraft-Kind-Relation?

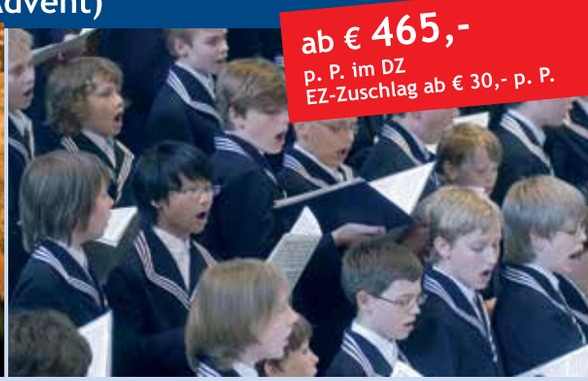
Der „Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme“ zeigt die Personalschlüssel und die Leitungsausstattung der Kitas für die einzelnen Bundesländer und die 401 Kreise in den Ländern. Für die Betreuungsqualität ist die Fachkraft-Kind-Relation allerdings entscheidender als der Personalschlüssel. Der Unterschied ist für Erzieherinnen in der Praxis ganz wesentlich: Der Personalschlüssel setzt die bezahlte Arbeit einer pädagogischen Fachkraft über den Zeitraum eines Jahres und unter der Annahme einer Vollzeitbeschäftigung ins Verhältnis zu den zu betreuenden Kindern und den jeweiligen Betreuungszeiten. Dieser Wert ist eher theoretisch. Die Fachkraft-Kind-Relation dagegen berücksichtigt Zeiten für Urlaub, Krankheit und Fortbildung sowie die mittelbare pädagogische Arbeit wie die Vor- und Nachbereitung von Elterngesprächen. Das sieht auch die Bertelsmann Stiftung so: Sie hat sich dennoch entschieden, den Personalschlüssel als Bezugsgröße zu nehmen, weil die Länder nach diesem Modell rechnen. N.E.

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Weihnachtsoratorium in Leipzig

Thomanerchor und Gewandhausorchester präsentieren Bach

3-tägige Musikreise vom 14.12.-16.12.2018 (3. Advent)



ab € 465,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag ab € 30,- p. P.

Erleben Sie das vorweihnachtliche Leipzig und gönnen Sie sich einen Musikgenuss der ganz besonderen Art. Seien Sie dabei, wenn der Thomanerchor und das weltberühmte Gewandhausorchester in der Leipziger Thomaskirche das Weihnachtsoratorium präsentieren. Tauchen Sie weiter ein in die Welt der Kunst und Musik und besuchen Sie das Museum der bildenden Künste und lassen Sie sich im Wohn- und Sterbehaus Felix Mendelssohn Bartholdys Leben und Werk des berühmten Komponisten und Gewandhauskapellmeisters näher bringen.

Das beinhaltet unsere Reise

- Bahnreise ab/bis gewünschtem Abfahrtort (2. Klasse) bis 350 km, darüber hinaus + € 50,- p. P.
- 2 Übernachtungen inklusive Frühstück im Seaside Park Hotel Leipzig (****) oder gleichwertig
- 2-std. Stadtführung durch Leipzig
- Eintritt Museum der bildenden Künste inkl. Führung
- Eintritt Mendelssohn-Haus inkl. Kammerkonzert und Führung
- Karte Weihnachtsoratorium Kat. 4
- ts|medialog-Reisebegleitung (ab 20 Teilnehmern)

Fotos © LTM

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0
Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

„Wenn wir kommen, wird ausgemistet!“

// In 14 von 16 Landtagen sowie im Bundestag vertritt die Alternative für Deutschland (AfD) inzwischen ihre Positionen. Auch in Sachen Bildung geht sie in die Offensive. Erhard Korn hat für die Zeitschrift „der rechte rand“ unter die Lupe genommen, wie die AfD dabei vorgeht und welches Bildungssystem sie sich vorstellt. E&W stellt die Erkenntnisse in drei Teilen vor. Dies ist der erste Beitrag. //

Auf mehreren Ebenen bemüht sich die AfD, bildungspolitisch in die Offensive zu kommen. Ihr Ziel ist dabei ebenso, Unterrichtsinhalte nach rechts zu rücken, wie Einfluss auf die Struktur des Bildungswesens zu nehmen. Auch Lehrkräfte sowie Dozentinnen und Dozenten an Hochschulen durch Dienstaufsichtsbeschwerden zu diskreditieren, wenn diese AfD-kritische Veranstaltungen unterstützen, gehört dazu. So werden ganze Kollegien – beispielsweise in Bernhausen bei Stuttgart – als „rot-grün geprägt“ angegangen; einzelne Lehrkräfte, weil sie „die AfD als Partei Ewiggestriger“ bezeichnet hätten. Bei den Anhängerinnen und Anhängern kommt das an: „Diese Verbrecher gehören auf die Anklagebank wegen Volkshetze!“, heißt es in der Kommentarspalte der rechten Nachrichtenseite pi-news.net zur Kritik von Lehrkräften an der AfD in Bernhausen. Der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Heinrich Fiechtner greift via Facebook in ähnlicher Wortwahl die Bundeskanzlerin an: „Frau Merkel ist eine Verbrecherin am deutschen Volk, die ihre Jahre im Gefängnis absitzen müsste.“

In der AfD dominiert ein Freund-Feind-Denken, in dem Gegnerinnen und Gegner ebenso wie Migrantinnen und Migranten kriminalisiert werden. „Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet!“, kündigte Markus Frohnmaier von der „Jungen Alternative“ bei einer PEGIDA-Kundge-

Cartoon: Thomas Plaßmann

bung 2016 in Erfurt an. Seit 2017 sitzt Frohnmaier für die AfD im Bundestag. Der Abgeordnete Stefan Räpple verstieg sich im Stuttgarter Landtag zur Beschimpfung anderer Abgeordneter als „Volksverräter“ und laut der „Jungen Freiheit“ vom 11. November 2016 zu der Bekundung: „Die im Bundestag würde ich auch aufhängen!“

Auf die inhaltliche Auseinandersetzung mit ihren Positionen in der Schule reagiert die rechtspopulistische Partei allergisch. Eine kritische Auseinandersetzung mit der AfD im Unterricht sei „nur noch als kriminell zu bezeichnen“, konstatiert Räpple auf seiner Homepage – sie müsse also strafrechtlich verfolgt und unterbunden werden. Gegen den zur Westermann-Gruppe gehörenden Bildungsmedienanbieter Schroedel kündigte er Strafanzeige an, weil dieser Arbeitsblätter zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Parteiprogramm der AfD herausgibt. Und er rief dazu auf, „umgehend ALLE Druckerzeugnisse des Schroedel-Verlages zu boykottieren“. Die stellvertretende Landesvorsitzende und Abgeordnete Christina Baum unterstellte der Landesregierung in der ersten Anfrage der AfD Baden-Württemberg eine Mitbeteiligung an der Erstellung der Arbeitsblätter und wollte wissen, an welchen Schulen diese eingesetzt werden.

Erziehung zur Männlichkeit

Auch an weiteren Unterrichtsinhalten stört sich die AfD. Mit dem 2016 auf den Weg gebrachten neuen Bildungsplan für baden-württembergische Schulen strebe die – damalige – grün-rote Landesregierung „die Zerstörung der traditionellen Familie“, ja die Abschaffung des eigenen Volkes an, klagt die AfD-Abgeordnete Baum. Wie Beatrix von Storch, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, spricht sie von einem „schleichenden Genozid durch Genderismus“ und einer bewussten „Umvolkung“ durch Zuwanderung. Ebenfalls hat von Storch nach eigener Aussage die sogenannte „Demo für alle“ mitorganisiert und dazu beigetragen, dass in der Anti-Bildungsplan-Bewegung die Grenze zwischen konservativen Christinnen und Christen und extremer Rechter überwunden werden konnte – eine der Voraussetzungen für den Erfolg der AfD (E&W berichtete).

An einer Neuschreibung der Geschichte – und des Geschichtsunterrichts – versucht sich die AfD ebenfalls. In einer Dresdner Rede forderte der Thüringer AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke im Januar 2017 eine erinnerungspolitische Kehrtwende um 180 Grad. Höcke, der bis 2014 an einem hessischen Gymnasium unterrichtete und wegen seines Mandats beurlaubt ist, kritisierte die „dämliche Erinnerungspolitik“, die Deutschland die kollektive Identität raube. Er beklagte, dass sich das Land mit dem Holocaust-Mahnmal „ein Denkmal der Schande ins Herz seiner Hauptstadt gepflanzt“ habe.

„Nationalidentität“

Laut AfD Sachsen-Anhalt soll Schule zu einer „gefestigten Nationalidentität“ erziehen und durch Disziplin „starke Männer“ formen. Außerdem will die Partei Lehrpläne zugunsten „positiver Anknüpfungspunkte“ umschreiben, damit die Geschichte Deutschlands „angemessen und unverfälscht“ dargestellt wird: Die Erinnerung an Nazigräuel soll die Entwicklung eines neuen „Patriotismus“ nicht behindern.

In diesem Sinn beantragte die AfD im Stuttgarter Landtag drei Tage nach der Rede Höckes im Januar 2017, Zuschüsse für die Gedenkstätte Camp de Gurs in Südfrankreich zu streichen. In dieses Internierungslager vor den Pyrenäen waren 1940 badische Juden deportiert worden. Zudem beantragte die AfD, Zuschüsse für Fahrten zu „Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts“ in eine Förderung für Fahrten zu „bedeutsamen Stätten der deutschen Geschichte“ umzuwidmen. Frohnmaier möchte zudem jeden Morgen das Deutschlandlied singen lassen. Der Sprecher von AfD-Chefin Alice Weidel stellte im ZEITmagazin klar, dass dazu auch die erste Strophe gehöre.

Militarisierung von Schule

Neben der Wiedereinführung der Wehrpflicht fordert die AfD Baden-Württemberg in ihrem Landtagswahlprogramm, den Einsatz von Jugendoffizieren der Bundeswehr an Schulen auszuweiten. Sie sollen an diesen „ohne Beschränkung“ agieren dürfen – und das kann nur heißen: ohne Berücksichtigung des Beutelsbacher Konsenses, also ohne Kontrolle durch die Lehrkräfte und ohne potenzielle Gegenargumente aus der Friedensbewegung, wie es die einschlägige Kooperationsvereinbarung des Stuttgarter Kultusministeriums mit der Bundeswehr vorsieht. Entsprechend fordert AfD-Ideologe, Landessprecher und Bundestagsmitglied Marc Jongen im Landeswahlprogramm eine „Erziehung zur Männlichkeit“ und zum „Thymos“ (altgriech. Wort, meint Wut, Zorn, Empörung, Anm. d. Red.), damit die Deutschen wieder Wehrwillen entwickeln.

Insgesamt gilt: Die AfD entwickelt sich sehr markant zu einer rechtsextremen Partei. Ihr Ziel ist, nationalistisches Denken auch in die Bildungslandschaft zu tragen. Um dieses Ziel zu erreichen, kritisiert und diskreditiert sie systematisch Lehrende und versucht gleichzeitig auf politischer Bühne, Unterrichtsinhalte nach rechts zu rücken.

Erhard Korn,
Leiter des Vorstandsbereichs Grundsatzfragen
im GEW-Landesverband Baden-Württemberg

Schulbau ohne Know-how

// Die Stationen Hessen und Rheinland-Pfalz führten der Vorsitzenden Marlis Tepe bei ihrer Tour „GEW in Bildung unterwegs“ zwei typische Probleme vor Augen: Allzu häufig wird am Bau gepfuscht. Und selbst, wenn das nicht passiert, werden Pädagoginnen und Pädagogen nicht gefragt, welche Räume sie brauchen. //

Hessen: Gut gemeint genügt nicht …

Auf den ersten Blick macht die erst vor wenigen Jahren gebaute, dreigeschossige Viktoria-Luise-Grundschule einen ansprechenden Eindruck. Doch gut gemeint ist hier nicht gut gemacht. „Die Stadt Frankfurt hat viel Energie darauf verwandt, ein zukunftsweisendes Schulgebäude nach Passivhausstandard zu realisieren“, erzählt Lehrerin Laura Preusker. Die Lehrkräfte seien in das pädagogische Konzept einbezogen worden, nicht jedoch in die Architektur: „Sie waren regelrecht geschockt, als sie das erste Mal im Rohbau standen.“ Überall mangelt es an Platz. Die Unterrichtsräume sind für die bis zu 24 Kinder zählenden Klassen sichtbar zu klein. An aufgelockerte Lerninseln ist nicht zu denken, ebensowenig daran, dass die Kinder in Gruppen arbeiten und umherlaufen. Für Schränke fehlt der Raum. Dafür stehen Gegenstände herum, die im Unterricht nicht gebraucht werden. Denn alle Räume sind „multifunktional“ konzipiert. Nach dem Unterricht werden die Klassenräume für Betreuungsangebote genutzt. „Wie funktioniert das praktisch?“, will GEW-Vorsitzende Marlis Tepe von dem für diese zuständigen Mitarbeiter des Internationalen Bundes für Bildung und soziale Dienste (IB) wissen. „Wir schaffen uns die Räume, die wir brauchen – so gut es eben geht“, sagt IB-Vertreter Julian Schneider. Maike Wiedwald kennt die Klagen: „Multifunktionale Räume werden dem Anspruch an ein gutes Ganztagskonzept nicht gerecht“, sagt die hessische GEW-Vorsitzende. Als Schlussfolgerung nimmt Tepe mit in die GEW-Zentrale: „Wir müssen unbedingt eine Handreichung für Pädagoginnen und Pädagogen erstellen, um die Voraussetzung für eine Beteiligungskultur bei Diskussionen mit den Kommunen und den Architekten zu schaffen.“

Rheinland-Pfalz: … neu auch nicht immer

Moderne, großzügige Räume, professionelles Gerät. Das neue Gebäude der Berufsbildenden Schule (BBS) Technik 2 in Ludwigshafen erfüllt alle baulichen Anforderungen, die eine moderne Pädagogik stellt. Köche, Metzger, Servicepersonal & Co. werden hier ausgebildet. GEW-Vorsitzende Tepe nickt anerkennend. „Ein herrliches Gebäude“, sagt Schulleiter Hubert Boßle. Doch auch hier täuscht der erste Blick. Boßle beklagt: undichte Leitungen, eine nicht funktionierende Klimaanlage, abgehängte Deckenverkleidung. Es wäre daher von großem Vorteil, wenn es ein funktionierendes und stetiges Gebäudemanagement geben würde.

Noch einmal ganz anders geht es in den Anfang der 1970er-Jahre errichteten Gebäuden zu. In die Werkstätten regnet es herein. Um die Fenster breiten sich Schimmelkolonien aus. In einem Büro schützt eine Holzplatte das Telefon gegen Feuchtigkeit. Stühle und Schreibtisch sind aufgequollen. „Im Sommer herrschten Temperaturen bis 35 Grad in den Klassenräumen“, erzählt Boßle. Wie unter diesen Bedingungen noch Unterricht möglich gewesen sei, will Tepe wissen. Er habe nichts dagegen gehabt, so Boßle, wenn die ein oder andere Lehrkraft den Unterricht ins Grüne verlegt habe.

Die rheinland-pfälzische GEW weiß, warum sie „Gute Akustik, Temperatur und frische Luft!“ fordert. Ihr Landesfachgruppenausschuss Berufsbildende Schulen tagt an diesem Tag an der BBS Technik 2. „Berufliche Bildung. Weiter denken!“ steht auf der Tagesordnung. Passend dazu erinnert die stellvertretende Landesvorsitzende Sabine Weiland daran, dass der Landeshaushalt einen Überschuss von 893 Millionen Euro aufweist. „Wir müssen die Landesregierung an ihre Verantwortung erinnern: mehr Geld für Bildung, bessere Arbeitsbedingungen, multiprofessionelle Teams – und zwar nicht additiv, sondern inklusiv.“

Tepe sagt: Bildung müsse sich gerade auch um jene kümmern, die nicht die besten Startchancen hatten. Und sie unterstreicht: „Berufliche und Weiterbildung dürfen nicht schlechter gestellt werden als akademische Bildung.“

Norbert Glaser,
freier Journalist

Foto: Martin Leissl

Während ihres Besuches in Ludwigshafen entdeckte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe (rechts) in den neuen wie älteren Gebäudeteilen der Berufsbildenden Schule Technik 2 viele Mängel: undichte Leitungen hier, Schimmelkolonien an den Fenstern dort.

Problem verkannt

(E&W 5/2018, Seite 30 f.: „Streit um ‚Virtuelle Realität' im Unterricht")

Gibt es eigentlich bei der GEW noch einen Begriff von Schule, Lernen und Bildung? Im Artikel, auf den ich mich hier beziehe, wird im ersten Teil ein Patt hergestellt zwischen Kritikern, die der „virtuellen Realität" eine Vorgefertigtheit anlasten, und der Google-Argumentation, die Produkte dienten der „Veranschaulichung". Eine tiefergehende bildungs- oder lerntheoretisch begründete Position aus Gewerkschaftssicht ist nicht zu erkennen. Allein das nachgeschaltete Argument, es drohe „Marketing" betrieben zu werden, scheint zaghaft eine kritische Position anzudeuten. Die Frage danach, ob Bildungsprozesse mittels Google-Brillen ablaufen sollten, wird nicht weiter behandelt, sondern nur das Argument der – möglichen sozialen Diskriminierung bei der – Zugänglichkeit der Technik und des Einbruchs von Google & Co. in die Schule angetippt. Fällt der GEW dazu sonst nichts ein? Und müssen die Gewerkschaftsmitglieder mit derlei Wischi-Waschi in einer der gegenwärtig wichtigsten Fragen bei der Qualität der Bildung abgespeist werden? Wann tritt die Gewerkschaft (auch wieder) auf als ein Bündnis gegen die Verdummung?

Jürgen Helmchen, Berlin

„Drogen töten"

(E&W 6/2018, S. 6 ff.: Schwerpunkt Sucht)

Sucht ist kein trendiges Lifestyle-Thema für Unwissende. Sie haben einige Experten auf diesem Gebiet vorgestellt, jedoch sieht die praktische Erfahrung von Familienangehörigen, Geschwistern, Lehrkräften usw. etwas düsterer aus. Es gibt kaum relevante Angebote, Hilfe ist im konkreten Fall schwer zu bekommen. Die Informationsabende an Schulen in Hessen sind seltsam. Familien sind mit diesem Problem sehr oft alleingelassen, und man wundert sich, wo überall Gelder versenkt werden, ohne je auch nur den geringsten Erfolg zu zeitigen. Die Naivität und Unwissenheit vieler Laien ist erschreckend. Drogen töten, vernichten Familien und zerstören gesellschaftliche Strukturen. Fakt ist: Seit Jahren steigt die Zahl der Konsumenten. Diese werden immer jünger, das Angebot an konsumierbaren Drogen wird immer breiter. Vielleicht hilft dem ein oder anderen jungen Konsumenten am Ende doch nur ein „Warnschuss" durch die Justiz. Es gibt schon heute Tausende obdachlose, sich prostituierende jugendliche Drogenkonsumenten, denen nicht mehr zu helfen ist. Leider! Die Hilfsangebote sind unzureichend, Betroffene müssen teilweise monatelang auf angemessene therapeutische Angebote warten. Schulen sind auf diese Entwicklung gar nicht vorbereitet und die meisten Lehrer vollkommen damit überfordert.

Es bringt also gar nichts, so zu tun, als sei alles in bester Ordnung. Diese Gesellschaft zerfällt, und deshalb werden auch immer mehr Drogen konsumiert. Es fehlt der innere Zusammenhalt, es fehlt an Orientierung und an Perspektiven für junge Menschen. Dies schreibt Ihnen kein potenzielles AfD-Mitglied, sondern ein sach- und fachkundiger Leser. Die offene Gesellschaft schafft mehr Probleme als sie Lösungen bringen kann. Zielführend wäre zum Beispiel die Zusammenarbeit der Kultusministerien mit Selbsthilfegruppen in größerem Stil. Selbsthilfe rettet Leben, während institutionalisierte Angebote die Sucht nur verlängern und der Süchtige weiterhin leidet. Es gibt zu wenige Notschlafplätze, zu wenig Hilfe für verzweifelte Angehörige und suchtkranke Jugendliche. Es fehlt schlicht und ergreifend an fachkundigen Beratern. Es mangelt an einer funktionierenden Vernetzung. Vorhandene Angebote sind stets überlastet, und bunte Fly-

Mit dem Aktionskoffer „Gehörlosigkeit verstehen" das Thema Hörbehinderung spielerisch kennenlernen. Mit Materialien und Ideen für spannenden Unterricht ab der Sekundarstufe.

Hier geht es zu unseren Angeboten:
www.cbm.de/schulen

Kostenlos ausleihen

Ihre Ansprechpartnerin:
Marzena Gergens
Telefon: (0 62 51) 131 - 295
E-Mail: material@cbm.de

cbm
christoffel blindenmission
gemeinsam mehr erreichen

Wir geben Halt!
Anonym, kostenlos,
365 Tage im Jahr.

Jugend Notmail

er sind zwar hübsch anzusehen, bringen aber keine konkreten Lösungsansätze.
Die von Ihnen vorgestellten Institutionen sind teilweise zu Sozialkonzernen mutiert, deren primäres Interesse am Erhalt ihres Klientenstamms hängt. Ein abstinentes Leben ist die sichere Voraussetzung für ein gutes Leben, ein bisschen süchtig gibt es nicht. Das wissen zumindest all jene, die sich von ihrer schmerzhaften aktiven Sucht befreien konnten. Danach kann erst eine erfolgreiche innere Arbeit beginnen.
Marcus Pothoff, Friedberg

Medizinpflanze Hanf

Der Schwerpunkt legte zu viel Gewicht auf die Cannabispflanze – angefangen bei der Bildunterschrift: „... Es gibt Experten, die vor einer gesellschaftlichen Verharmlosung von Cannabis warnen.“ Es ist ja auch auf Seite 21 deutlich geworden, dass im legalen Bereich jährlich 40 Milliarden Euro für die Folgekosten ausgegeben werden. Legal bedeutet keinesfalls unschädlich, die Folgen sind nach meiner Beobachtung verheerend. Und ich habe lange genug in Altersheimen gearbeitet, um die Nebenwirkungen unserer zugelassenen Medikamente zu kennen. Mir persönlich erscheint die Medizinpflanze Hanf, wie sie in Israel in Seniorenheimen eingesetzt wird, als eine mögliche Alternative.

Deshalb frage ich mich, weshalb die Verteufelung von Hanf der gesellschaftliche Weg sein soll. Wollen wir nicht lieber in einer Gesellschaft leben, in der wir nach einem langen Arbeitsleben, beispielsweise in den sozialen Berufen – die in die Altersarmut und meist Krankheit münden –, nicht einmal selbst entscheiden dürfen, welche Medikamente wir einnehmen? Und wenn Hanf die passende Alternative für Lebensqualität wäre, sollen wir uns nicht dafür entscheiden dürfen?
Michaela Walter, Taufkirchen

„Mär vom käuflichen Abitur“

(E&W 6/2018, Seite 22 f.: „Teurer, aber nicht besser“)

Ihr Artikel ist für mich – langjähriger Lehrer an einem privaten Ganztagesgymnasium, Betriebsratsvorsitzender und seit zirka 30 Jahren Mitglied der GEW – sehr ärgerlich, zusammen mit der Karikatur, die suggeriert, man könne sich an Privatschulen ein gutes Abitur jederzeit erkaufen, sogar beleidigend.
Gerne versichere ich Ihnen, auch wenn das ganz offensichtlich in Deutschland nicht vermittelbar ist, dass man bei uns das Abitur nicht erkaufen kann, nicht einmal eine Zehntelnote. Wir haben die gleichen Anforderungen, unsere Schüler bearbeiten die gleichen zentral gestellten Aufgaben wie Schüler aller anderen Gymnasien in Baden-Württemberg auch. Das wissen Sie und Ihre Autoren, es hindert allerdings nicht daran, weiterhin die Mär vom käuflichen Abitur zu verbreiten.
Wenn wir unsere Noten verschenken oder verkaufen würden, müssten wir spätestens bei den Zweit- bzw. Drittkorrekturen oder in den mündlichen Prüfungen auffallen, das war bisher nie der Fall und wird es auch in Zukunft nicht sein. Im Übrigen sind wir sehr froh, dass es praktisch keine Unterschiede in den Leistungen zwischen uns und den staatlichen Schulen gibt, denn sonst würden wir tatsächlich zur Ungleichheit in der Gesellschaft beitragen.
Viele staatliche Schulen haben Fördervereine, in denen Eltern und ehemalige Schüler Mitglieder sind und damit eine meist längerfristige Bindung mit ihrer Schule eingehen. Dafür bezahlen sie Mitgliedsbeiträge, die der Arbeit der Schule zukommen.
Das kennen wir auch, und es ist die einzige Möglichkeit, neben dem monatlichen Schulgeld, der Schule etwas zukommen zu lassen, selbstverständlich auch in Form einer Spende und gegen Spendenquittung. Dies kommt eher selten vor – und wenn, dann nachdem Schüler die Schule verlassen haben. All das ist an staatlichen Schulen ebenso möglich und ist Realität.
Dass unsere Schule Geld kostet, stimmt natürlich, aber das hat Gründe. Wir sind eine echte Ganztagesschule von 8 Uhr morgens bis 16 Uhr am Nachmittag. Die Schülerinnen und Schüler haben mehr Unterricht, Mittagessen, Pausenbetreuung, Arbeitsgemeinschaften. All dies wird fast ausschließlich von ausgebildeten Lehrern geleistet, die grundsätzlich – da müsste die GEW eigentlich frohlocken – nach Tarifvertrag bezahlt werden. Dadurch haben wir einen höheren Bedarf an Lehrkräften, was Kosten verursacht, die von den Zuschüssen des Landes nicht abgedeckt sind, deshalb ist Schulgeld notwendig. Oder erwarten Sie von uns, dass wir unsere Arbeit ehrenamtlich leisten?
Bernhard Bechler, Baden-Baden

„Verharmlosende Zahlen“

(E&W 6/2018, Seite 34 ff.: „Schuldenbremse statt Bildungsvorsorge“)

Leider ist der Länderbericht aus Bremen unvollständig geblieben. Im Artikel werden nur die verharmlosenden Zahlen der Senatorin für Bildung über den Lehrkräftemangel benannt. In Wirklichkeit sind in der Stadtgemeinde Bremen nicht die genannten 230, sondern über 700 Vertretungskräfte ohne abgeschlossene Ausbildung tätig. Nur 93 Prozent des Unterrichts werden von voll ausgebildeten Lehrkräften erteilt. 40 Stellen sind gänzlich unbesetzt. Außerdem fehlen sämtliche Angaben über Bremerhaven, wo die Situation noch prekärer ist: Auch hier gibt es 35 unbesetzte Stellen (bei nur einem Fünftel der Bevölkerung). Jede zweite Neueinstellung erfolgt ohne abgeschlossenes Referendariat.
Besonders groß ist der Mangel in beiden Städten im Bereich der Inklusion, wobei die Inklusionsquote im Bundesland die höchste im Ländervergleich ist. Die Kurzsichtigkeit der Bremer Bildungspolitik zeigt sich in der Tatsache, dass der Studiengang Behindertenpädagogik an der Universität Bremen kurz vor der Einführung der Inklusion geschlossen wurde. Die Folgen tragen die Beschäftigten, die oft vor überfordernde Situationen gestellt werden. Dies sagt nicht nur die GEW, sondern stellte auch die von der Bürgerschaft eingesetzte Evaluationskommission unter Leitung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) fest, die im März 2018 ihren Bericht über die bisherigen Ergebnisse der „Bremer Schulreform“ von 2009 vorgelegt hat.
Weiterhin hätte es der Erwähnung bedurft, dass die Hansestadt nach Berechnung des Statistischen Bundesamtes jährlich 2.000 Euro weniger pro Schülerin bzw. Schüler ausgibt als die anderen

beiden Stadtstaaten. Gleichzeitig ist die Armutsquote hier unter allen Bundesländern die höchste. Nach Auffassung der GEW bedarf es einer grundlegenden Verbesserung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen, um junge Lehrkräfte für die Arbeit in den Bremer und Bremerhavener Schulen zu gewinnen.

Jürgen Burger für die AG Bildungsfinanzierung der GEW Bremen

Gemeinsames Nachdenken

(E&W 6/2018, Seite 38 f.: „Eindrücke, die im Gedächtnis bleiben“)

Allen Schulklassen, Jugendorganisationen, Vereinen, Studierenden oder Lehrkräftegruppen, die einen Besuch der Gedenkstätten Auschwitz und Birkenau planen, empfehle ich für den Aufenthalt in Oswiecim die Internationale Jugendbegegnungsstätte (IJBS), ein Gäste- und Begegnungshaus, das zwischen der Stadt Oswiecim und der Gedenkstätte Auschwitz liegt. In Ruhe die Eindrücke und Bilder des ehemaligen Konzentrationslagers zu verarbeiten und miteinander ins Gespräch zu kommen, vertieft das Erlebte. Oft wird nach dem Besuch von Gedenkstätten bedauert, dass nur auf der Weiterfahrt im Bus oder am Abend in einem Hotel die Erinnerungen ausgetauscht werden können und man so der Thematik zu wenig gerecht werden kann.

Die IJBS, auf Initiative von Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF) hin entstanden, bietet auch ein pädagogisches Konzept an: Unter der Begleitung von Fachleuten gibt es Workshops, Freiwillige von ASF sind Gesprächspartnerinnen und -partner für Besuchsgruppen.

Internationale Kontakte entstehen, es begegnen sich Gäste etwa aus Europa, Israel und den USA. Die Schritte auf den Spuren der Verfolgten in den Gedenkstätten Auschwitz und Birkenau bedürfen des gemeinsamen Nachdenkens und der Verständigung unter den Nationalitäten.

Marie-Luise Buchholz, Dürnau/Göppingen

Nicht gendergerecht

(E&W 6/2018, Seite 41: „Es geht nicht ums Raufen“)

Es geht dem Autor Thomas Gesterkamp noch nicht um wirklich gendergerechtes Schreiben. Er ist zutiefst bemüht, kommt dann aber im gesamten Artikel immer in die doppelte Bewertung des Männlichen; er sollte sich dringend „die eigenen Vorurteile bewusst machen“ (s. Artikel mit der Politologin Saba-Nur Cheema in derselben Ausgabe). Beispiele: „Die nicht gendergerechte Sprache ist ausnahmsweise korrekt“; besser: „Die nicht gendergerechte Schreibweise ist korrekt“, denn es herrscht Lehrer- und kein Lehrerinnenmangel, und es wurde nicht gesprochen, sondern geschrieben. „Männliche Schüler (was sind weibliche Schüler?) – „… männliche (?) Helfer …“ – oder eben nur Helfer – „… männliche (?) Studienanfänger …“ – oder eben nur Studienanfänger? Ansonsten habe ich mich über den Inhalt des Artikels sehr gefreut.

Hanna Leinemann, Kiel

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Musikalischer Advent in Weimar

„Die Hochzeit des Figaro“ im Deutschen Nationaltheater Weimar

3-tägige Musikreise vom 14.12.-16.12.2018 (3. Advent)

ab € 475,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag ab € 115,- p. P.

Das Ensemble „Klassisches Weimar” stellt ein einzigartiges Zeugnis einer vergangenen, jedoch bis heute nachwirkenden Kulturepoche dar – der Weimarer Klassik. So wurde Weimar in die Welterbeliste der UNESCO aufgenommen. Besuchen Sie mit den Wohnhäusern Goethes und Schillers und der Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek UNESCO-Welterbestätten mit großer historischer Bedeutung. Schätze der ehemaligen großherzoglichen Kunstsammlung vom Mittelalter bis zur Moderne um 1900 erwarten Sie bei einem Besuch des Schlossmuseums. Erleben Sie außerdem „Die Hochzeit des Figaro“ im Deutschen Nationaltheater Weimar.

Das beinhaltet unsere Reise

- Bahnreise ab/bis gewünschtem Abfahrtort (2. Klasse) bis 350 km, darüber hinaus + € 50,- p. P.
- 2 Übernachtungen inkl. Frühstück im Dorint Hotel Weimar am Goethepark (****S) oder gleichwertig
- 2-std. Stadtführung „Musikalisches Weimar”
- Eintritt Wohnhaus Goethe inkl. Führung
- Eintritt Wohnhaus Schiller inkl. Führung
- Eintritt Schlossmuseum inkl. Führung
- Eintritt Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek inkl. Führung
- ts|medialog-Reisebegleitung (ab 20 Teilnehmern)

Fotos: Weimar GmbH

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0
Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Familienfeindlich

(E&W 7-8/2018, Seite 22 f.: „Wir wollen keinen Rückschritt“)

Den Ganztag auszuweiten auf 6 bis 18 Uhr ist nicht nur ein Rückschritt, sondern absolut reaktionär. Er dient unter den gegebenen Verhältnissen nur dazu, die Menschen dem Kapital länger zur Ausbeutung zu Verfügung zu stellen. Die Familie bleibt dabei auf der Strecke. Ganzwochenschulen mit familiärer Betreuung am Wochenende wären folgerichtig der nächste „Fortschritt“. Es wäre richtig, dafür einzutreten, dass Eltern mit Kindern bis ans Ende der Grundschulzeit nur sechs statt acht Stunden arbeiten müssen, aber acht Stunden bezahlt bekommen. Das wäre kinder- und familienfreundlich. Sollte das unter kapitalistischen Bedingungen nicht möglich sein, dann muss ein anderes Wirtschaftssystem her. Warum hinterfragt die GEW nicht solche kinder- und familienfeindlichen Maßnahmen?

Georg Kaufmann, Kempen

„Gesagtes nur Oberfläche“

Zum Interview mit der Berliner Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) muss ich leider feststellen, dass die Aussagen zur Qualitätssicherung und zu den Standards einer Betreuung in den offenen Ganztagsschulen komplett fehlen. Daher ist viel Gesagtes nur Oberfläche.

Aktuell fehlen jetzt schon in vielen Schulen des offenen und des gebundenen Ganztagsbetriebs in Berlin die (Fach-) Erzieherinnen und Erzieher. Auch die räumliche Situation ist überall längst an den Grenzen der pädagogischen Verträglichkeit oder schon darüber hinaus (Lärm, kein Platz).

Es geht nicht darum, dass die Öffnung für alle Grundschulkinder nicht in Ordnung wäre, es gibt derzeit nur keinen vernünftigen Plan der Senatsverwaltung, das Berliner Bildungsprogramm für den offenen Ganztag qualitativ gut umzusetzen. Es kann und darf nicht sein, dass der Klassenraum als Kompensation für die Freizeit der Schülerinnen und Schüler genutzt wird, weil Räume für eine adäquate Hortfreizeit nicht vorhanden sind. Kinderzimmer und Büro passen ja auch nicht unbedingt zusammen. Die Personallücke wird ab August 2019 (Ausbau des Ganztagsangebots, Anm. d. Red.) noch größer, das Fachpersonal fällt leider nicht vom Himmel. Die Lücke durch den Quereinstieg und die berufsbegleitenden Erzieherinnen und Erzieher zu flicken, ist grob fahrlässig, denn somit wird die bisher erreichte pädagogische Qualität nicht mehr gehalten – und dann wird definitiv Instabilität Alltag! Die berufsbegleitenden Auszubildenden sind nur zu drei Fünftel ihrer Arbeitszeit in ihrer Grundschule – allerdings werden sie mit einer vollen Stelle auf den Personalschlüssel angerechnet. Das wurde im Interview mit Frau Scheeres leider nicht mitgeteilt. Sehr geehrte Frau Senatorin, es ist ja sehr ehrenwert, dass Sie Ihre Wahlkampfversprechen auch umsetzen wollen – machen ja längst nicht alle Politikerinnen und Politiker –, nur betrachten Sie bitte die Situation an den Berliner Grundschulen sehr gründlich. Sorgen Sie für vernünftige und pädagogisch gute Grundlagen zur Umsetzung Ihrer politischen Vorhaben.

Martin König, Berlin

Diskussion wert

(E&W 7-8/2018, Seite 44, Leserforum: „Wirklich gleichwertig?“)

Eine altgediente Ossi-Lehrerin für Russisch/Deutsch, fast 80 Jahre alt, muss ein paar Gedanken loswerden zum Leserbrief von Barbara Tiaden aus Hamburg. Sie spricht mir aus dem Herzen. Ich habe 1963 die Karl-Marx-Uni in Leipzig mit der Lehrbefähigung für die zehnklassige Oberschule verlassen (Studium Slawistik/Germanistik). Anschließend war ich in Hohenstein-Ernstthal/Sachsen in den Klassen 7 bis 10 tätig. Ab 1985 durfte ich in Zwickau Offiziersanwärter auf das Abitur vorbereiten. Und in den 1970er-Jahren „musste“ ich auch einmal eine Klasse 3 in Deutsch unterrichten.

Ich weiß also, wovon ich rede. Lehrer müssen gut bezahlt werden, sie haben eine verantwortungsvolle Tätigkeit – wenn sie ihren Beruf ernst nehmen. Aber kann man den Zeitaufwand für alles gleichsetzen: Vorbereitungszeit, Korrekturzeit und selbst die Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern bei Lernschwierigkeiten? Also bitte, das alles ist doch eine Diskussion unter den Lehrkräften von der Grund- bis zur Gymnasialstufe wert. Oder?

Christine Winkler, Hohenstein-Ernstthal

„Bornierte Haltung“

Die Leserbriefschreiberin Barbara Tiaden fragt sich tatsächlich noch, „welches die Belastungen in den Grundschulen sind und ob sie vergleichbar mit denen im Gymnasium sind“. Die Belastungen von Grundschullehrerinnen und -lehrern sind längst allen informierten, an Bildung interessierten Menschen klar. Liest Frau Tiaden die E&W? Oder Studien, die die Belastungen untersucht haben und belegen? Läuft sie mit offenen Ohren und Augen durch den Schulalltag? Nimmt sie wahr, was neben Korrekturarbeiten und Vorbereitungen noch belastend sein kann?

Ich empfehle Frau Tiaden, nur den ersten Abschnitt des Artikels auf Seite 27 ff. derselben Zeitschrift, in der ihr Leserbrief steht, zu lesen. Besser wäre es, sich intensiv zu informieren, bevor sie ihre bornierte Haltung kundtut. Und am besten, sie würde sich an eine Grundschule abordnen lassen. Aber vielleicht würde man den Schülerinnen und Schülern damit keinen Gefallen tun. Und Frau Tiaden würde den Belastungen eventuell nicht gewachsen sein!?

Dann doch lieber in allen Ferien korrigieren und vorbereiten. Dafür mehr Geld und weniger Wochenstunden! Ich wundere mich immer wieder, dass es diese Einstellung von Gymnasialkolleginnen und -kollegen noch gibt. Sehr schade!

Kristin Brandt, Bremen

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de
Die Redaktion bittet darum, die Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 2.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

Berlin-Klassenfahrten
030 / 29 77 83 0
BERLIN UNLIMITED
Städtereisen International

4 Tage „Mittenmang – ein Streifzug durch Berlin“ ab **89,00 € p.P.**
inkl. 3 x Ü/F, Stadtrundfahrt und Currywurst, Spreebootstour, "Unterwegs in Berlin" – junge Berliner zeigen Ihre Stadt

5 Tage „Grenzgänger“ ab **105,00 € p.P.**
inkl. 4 x Ü/F, geführte Mauertour, Mauermuseum „Haus am Checkpoint Charlie", DDR-Museum, Führung durch das ehemalige Stasigefängnis

Telefon: 030 / 29 77 83 0
info@berlinunlimited.com
www.berlinunlimited.com

AGARIA TOURS
Fachveranstalter für Pragreisen

Entspannt auf Klassenfahrt!

Info: 040/2809590 • nachprag@agaria.de • agaria.de

• **Berlin – Stadtführungen**
• **Schülertouren mit dem Rad, zu Fuß, im Bus**
030-21805214
TRAVEL SITE
www.travelxsite.de

Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung.
Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 **www.la-ruca.de**

Insel Rügen: Ferienwohnungen in Putbus für 2 bis 4 Personen: ruhig, sonnig, Natur pur; **Tel. 038301 60289**, **www.ferienhaus-sonneninsel-ruegen.de**

Kutter-Segeln am Bodensee für Schulklassen und inklusive Gruppen
Übernachtung im Zeltcamp
www.vss-ev.de, info@vss-ev.de
Tel: 07732 945 7 945
Verein für sozialpäd. Segeln e.V.

GRUSS
DER HEIMAT,
VON UNS GERETTET.

Leuchtturm Roter Sand – das weltweit erste Bauwerk auf offener See. Mehr über die Geschichte dieses Denkmals: dieganzegeschichte.de

Eines von vielen tausend geförderten Denkmalen.

Wir erhalten Einzigartiges.
Mit Ihrer Hilfe!

Spendenkonto
IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400
BIC: COBA DE FF XXX, Commerzbank AG
www.denkmalschutz.de

DEUTSCHE STIFTUNG DENKMALSCHUTZ
Wir bauen auf Kultur.

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

www.schulorganisation.com
Dokumentation · Organisation
Rechtssicherheit täglich

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Skilanglaufreisen nach Skandinavien
www.die-vagabunden.de
☎ 0 43 52 - 95 68 695

Klassenfahrten, Abi- & Studienreisen nach Berlin
www.berlinreisen.de

Sorgen kann man teilen.

TelefonSeelsorge
Anonym, kompetent, rund um die Uhr.
TelefonSeelsorge
0800/111 0111
0800/111 0222
www.telefonseelsorge.de
Die Deutsche Telekom ist Partner der TelefonSeelsorge.

Seit 1966
Friesland Charter
Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen
Auf IJsselmeer und Binnengewässer
8 bis 60 Personen
• Klassenfahrten
• Wochenendarrangements
Familie Koopmans
De Slinke 19, NL 9011 WV Jirnsum
Ruf 0031-566-631604
An Bord 0031-6-50681864
E-mail: info@frieslandcharter.nl
Internet: www.frieslandcharter.nl
Klipper DE HOOP****

Jahn-Lederwaren

Lauter Einserkandidaten!
Lehrertaschen made by Jahn.
www.jahn-lederwaren.de

schulfahrt.de
Klasse Reisen.
Klasse Reisen. Weltweit.
Klassenfahrten-Reisefinder mit BUDGETPLANER
Das Maximale aus einem vorgegebenen Reisebudget holen!
- Teilnehmerzahl, Budget, Wunschdatum eingeben
- sofort Preis für alle Saisonzeiten erfahren!
- Rundum-Sorglos-Paket für Kursfahrten, Studienreisen ...

Tausende Schüler & Lehrer buchen immer wieder – weil es sich lohnt!
Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde
Telefon: 0 35 04/64 33-0
✆ Service-Center Frankfurt:
069/96 75 84 17
www.schulfahrt.de

TimeTEX
So leben Lehrer/innen leichter

Zeitdauer-Uhr
„lautlos“ compact
- rückwärts laufende Uhr
- lautloser Zeitablauf
- sicherer Stand durch breiten Boden

TimeTEX Hermedia Verlag GmbH · Tel. 09442 92209-0 · www.timetex.de

Diesmal

Cartoon: Thomas Plaßmann